



Gewerkschaftskunde

GK
3C

Vom 1. bis zum 14. ÖGB-Bundeskongress

INHALT

Die wichtigsten Beschlüsse
der ÖGB-Bundeskongresse 1948–1999
Zeittafeln zur gewerkschaftlichen, wirtschaftlichen,
sozialen und politischen Entwicklung in der Zweiten
Republik 1945–1999

2
17

Aktualisierung:
Michael Niedermair / Peter Autengruber
Inhaltliche Koordination
der Skriptenreihe:
Wolfgang Greif

Stand: Mai 2000
Nachdruck: Oktober 2002

In dieser Beilage zum Skriptum GK 3 finden Sie zwei nach dem geschichtlichen Ablauf gegliederte Überblicke:

1. Eine Zusammenfassung der wichtigsten Beschlüsse der ÖGB-Bundeskongresse 1948, 1951, 1955, 1959, 1963, 1967, 1971, 1975, 1979, 1983, 1987, 1991, 1995 und 1999.
2. Zeittafeln, die den Verlauf der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung in der zweiten österreichischen Republik parallel zur wirtschaftlichen, sozialen und politischen Entwicklung 1945 bis 1999 darstellen.

Anmerkungen

Die wichtigsten Beschlüsse der ÖGB-Bundeskongresse 1948 bis 1999

1. Bundeskongreß – 18. bis 23. Mai 1948

Der Kongreß lehnt die Forderung nach einer sofortigen 25prozentigen Lohnerhöhung mit großer Mehrheit ab. Präsident Johann Böhm erklärt dazu: „Es wäre ein leichtes, in einzelnen Berufszweigen diese Lohnerhöhung zu erreichen. Die Folge davon aber wäre eine Inflation und damit die Verelendung der österreichischen Arbeiterschaft. Ja, wir könnten der österreichischen Wirtschaft weitgehend einen egoistischen Willen aufzwingen. Das aber würde den völligen Zusammenbruch bedeuten. Und es wäre verhängnisvoll und katastrophal, die vorhandenen, zum Teil durch Arbeiterhände mühselig neugeschaffenen Werte zu zerstören, ehe sie endgültig in ein gemeinwirtschaftliches Staatswesen übergeführt werden können.“

Mit großer Mehrheit spricht sich der Kongreß für die Annahme des Marshallplans aus, der amerikanische Hilfe für den Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft zusagt.

In einer Resolution zur Frage der Gleichberechtigung der Frauen fordert der Kongreß die Gewerkschaften auf, für die völlige Angleichung der Löhne bei gleicher Leistung zu sorgen.

Auf organisatorischem Gebiet bestätigt der Kongreß die bisher provisorisch in Kraft gestandenen Statuten als gültige Rechtsgrundlage des ÖGB.

Das Präsidium des ÖGB dankt den Zehntausenden Wienern und Wienerinnen, die auf dem Rathausplatz an der Abschlußkundgebung des 1. Bundeskongresses teilnahmen. In dieser Dankadresse spricht sich das ÖGB-Präsidium für eine geordnete und gelenkte Wirtschaft, für die Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie, für den Ausbau der Sozialgesetzgebung sowie für die Freiheit und Unabhängigkeit Österreichs aus.



Johann Böhm spricht über „Die organisatorischen Aufgaben des Gewerkschaftsbundes“.



Sozialminister Karl Maisel spricht über „Aufbau und Ausbau der österreichischen Sozialpolitik“.

2. Bundeskongreß – 1. bis 5. Oktober 1951

Der 2. Bundeskongreß des ÖGB fordert die wirtschaftliche Mitbestimmung der Arbeitnehmer auf betrieblicher und überbetrieblicher Ebene.

Zur Lösung der Wirtschaftsprobleme nimmt der Kongreß in neun Hauptpunkten Stellung. Darunter sind folgende Forderungen: Sicherung der Versorgung der Bevölkerung mit den notwendigen Konsumgütern, arbeitsfördernde Maßnahmen des Staates, der Länder und Gemeinden, lückenlose Kontrolle des Außenhandels, rücksichtslose Anwendung der gesetzlichen Strafbedingungen gegen alle Wirtschaftsschädlinge, verstärkte allgemeine Preiskontrolle, umfassende Kreditkontrolle. Auf sozialpolitischem Gebiet bezeichnet der Kongreß folgende Gesetze als ausständig: ein zeitgemäßes Arbeitsgesetz, das BäckereiArbeiterschutzgesetz, das Personalvertretungsgesetz für die öffentlich Angestellten, Gesetze über Arbeitsvermittlung und Berufsberatung sowie über die Organisation der Arbeitsämter.

Als Unrecht bezeichnet der Kongreß die Einstellung der Renten von Arbeiterwitwen beim geringsten Einkommen. Notwendig sei die Aufnahme der Landarbeiter in die Arbeitslosenversicherung. Das sehr zerklüftete Arbeitsrecht sei zu kodifizieren sowie ein einheitliches, den neuen sozialen Auffassungen und Bedürfnissen entsprechendes österreichisches Sozialversicherungsgesetz zu schaffen.

In der Lohnpolitik bestätigt der Kongreß die vom Gewerkschaftsbund angewendeten Grundsätze, die darauf gerichtet sind, eine Inflation zu verhindern und die Forderungen mit den jeweiligen wirtschaftlichen Möglichkeiten in Einklang zu bringen. Die Einführung eines automatisch gleitenden Lohnindex hält der Kongreß zumindest in Österreich für kein geeignetes Mittel der Lohnpolitik.

Der Kongreß fordert die Bundesregierung auf, sich mit allen zu Gebote stehenden Mitteln für die sofortige Rückkehr der noch immer in Kriegsgefangenschaft festgehaltenen Österreicher einzusetzen. An internationale Gewerkschaftsverbände appelliert der Kongreß, bei den zuständigen internationalen Stellen die Freilassung der österreichischen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten zu unterstützen.

Anmerkungen

3. Bundeskongreß –18. bis 22. Oktober 1955

Die letzten Besatzungssoldaten verlassen gerade Österreich, als im Oktober 1955 der 3. Bundeskongreß des ÖGB zusammentritt.

Einhellig beschließt der Kongreß ein Aktionsprogramm. Zu den wirtschaftspolitischen Forderungen dieses Aktionsprogramms zählt die Errichtung einer amtlichen Preisprüfungsstelle, der Schutz wettbewerbswilliger Geschäftsleute, elastische Zollpolitik bei Bedarfsgütern, weitere angemessene Liberalisierung der Einfuhr von Nahrungsmitteln und Industrieprodukten.

Im Punkt Wirtschaftsplanung verlangt das Aktionsprogramm die Schaffung einer gemeinsamen Institution der Kammern und des Gewerkschaftsbundes auf Landes- und Bundesebene zur Ausarbeitung von Vorschlägen und zur Beratung der öffentlichen Körperschaften in Wirtschaftsfragen. Gegen Konjunkturrückschläge seien Investitionsreserven anzulegen, gegen die strukturelle Arbeitslosigkeit in den wirtschaftlich zurückgebliebenen Teilen Österreichs seien Maßnahmen zu treffen, ebenso gegen die Saisonarbeitslosigkeit. Das Aktionsprogramm fordert im Rahmen der wirtschaftlichen Möglichkeiten die schrittweise Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich, ferner ausreichenden Urlaub für Arbeiter, Angestellte und öffentlich Bedienstete, in Verbindung mit einem entsprechenden finanziellen Urlaubszuschuß.

Einige sozialpolitische Forderungen des Aktionsprogramms: ein zeitgemäßes Arbeitsgesetz, ein Mutterschutzgesetz für alle weiblichen Arbeitnehmer, eine gesetzliche Bestimmung, daß Krankheit den Urlaub unterbricht, Ausbau der Arbeitsinspektion, Ausbau der Unfallverhütung, Ausbau der Sozialmedizin.

Zu den familienpolitischen Punkten zählt das Aktionsprogramm die Erhöhung des Ergänzungsbetrags zur Kinderbeihilfe und die Ausdehnung auf die ersten beiden Kinder sowie Einführung eines Haushaltszuschusses.

Im Abschnitt Kulturpolitik tritt der Gewerkschaftsbund für eine zweckmäßige Reform des Schulwesens im Sinne demokratischer, gemeinschaftsfördernder Erziehung und für geeignete Maßnahmen ein, die begabten Kindern unbemittelter Eltern den Besuch höherer Schulen ermöglichen.

Motto:
„Vollbeschäftigung – soziale Sicherheit – wirtschaftliche Mitbestimmung“

4. Bundeskongreß – 21. bis 25. September 1959

In einer umfangreichen „Stellungnahme zur Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik und Kulturpolitik“ beschließt der Kongreß ein für viele Jahre gültiges Konzept.

Aktuelle Forderungen des Kongresses sind unter anderem die Erweiterung der Funktion der Paritätischen Kommission sowie die Entwicklung einer aktiven Arbeitsmarktpolitik, um während des ganzen Jahres in allen Teilen Österreichs echte Vollbeschäftigung zu erreichen.

Der Kongreß fordert die gesetzgebenden Körperschaften und die Bundesregierung auf, die rechtliche und wirtschaftliche Basis des verstaatlichten Sektors der Wirtschaft dauerhaft zu sichern. Der Kongreß richtet auch die Aufmerksamkeit der maßgebenden Stellen auf die Erdölwirtschaft, die zweckmäßigerweise von der Gewinnung bis zur Verteilung in einer Hand vereinigt werden sollte. In einer Resolution erklärt der Kongreß, es sei notwendig, daß die Gewerkschaften rechtzeitig Maßnahmen treffen, um die Arbeiter und Angestellten vor den Gefahren der Automation zu schützen.

Als besonders aufreizend erklärt der Kongreß die Weigerung der Unternehmervertreter, endlich klarzustellen, daß Krankheit den Urlaub unterbricht.

Auf dem Gebiet der Sozialversicherung müsse die finanzielle Grundlage der Krankenversicherung durch staatliche Garantien gesichert und der staatliche Zuschuß für die Pensionsversicherung erweitert werden. Für die Einführung der dynamischen Rente seien die Voraussetzungen zu schaffen.

Die Resolution zur Kulturpolitik tritt für die Modernisierung und zielbewußte Förderung der Volksbildung, des gesamten Schulwesens und der Wissenschaft ein.

Motto:
„Fortschritt in Frieden und Freiheit - Der Mensch im Mittelpunkt“

5. Bundeskongreß – 23. bis 27. September 1963

Der 5. Bundeskongreß des ÖGB verlangt, daß die österreichische Wirtschaftspolitik nicht weiterhin ziellos ins Ungewisse steuert, sondern sich ein klares Konzept gibt und durch Programmierung das wirtschaftliche Wachstum fördert.

Eine aktive Arbeitsmarktpolitik habe die Krisenherde zu sanieren und die österreichischen Entwicklungsgebiete zu fördern. Der Kongreß verlangt, daß die Diskriminierung der gemeinwirtschaftlichen Betriebe beseitigt werde. Die Entwicklung der Genossenschaften sowie der verstaatlichten, kommunalen und staatlichen Betriebe dürfe nicht aus politischen und ideologischen Gründen behindert werden.

Unter den wirtschaftspolitischen Anträgen ist auch die Forderung nach Beseitigung von Ungerechtigkeiten in der Einkommensteuergesetzgebung.

Zum Ausbau der Sozialgesetzgebung erklärt der Kongreß, notwendige, der sozialpolitischen Entwicklung entsprechende Reformen seien schon lange fällig, vor allem ein Mindesturlaub von drei Wochen. Die Leistungen aus der Sozialversicherung sollen an die Änderungen des Lohn- und Gehaltsniveaus angepaßt werden. Auch Arbeitern soll eine Abfertigung gewährt werden.

Die kulturpolitischen Anträge enthalten unter anderem die Forderung nach kostenloser Schulbildung und nach Beistellung der Lehrmittel in allen Schulstufen. Der Kongreß stimmt einem Antrag der Gewerkschaft Kunst und freie Berufe zu, worin es heißt: „Der 5. Bundeskongreß hält es für notwendig, die Situation des österreichischen Rundfunks und eine allfällige Rundfunkreform einer umfassenden Diskussion und einer baldigen Klärung zuzuführen.“

Anmerkungen

Motto:
„Mehr mitbestimmen – Sozialprodukt vergrößern – gerechten Anteil sichern“

6. Bundeskongreß – 24. bis 29. September 1967

Im Vordergrund der Beratungen des 6. Bundeskongresses steht die Vollbeschäftigung. Die Hochkonjunktur ist einer Rezession gewichen. Die siebenzig Diskussionsredner nehmen vor allem zur nicht sehr rosigen Wirtschaftsentwicklung sowie zur Frage der Arbeitszeitverkürzung Stellung.

In einer Resolution zur wirtschaftlichen Lage fordert der Kongreß unter anderem die Belegung der öffentlichen und privaten Investitionstätigkeit sowie die Herbeiführung einer weiteren Industrialisierungswelle durch Konzentration und Förderung von Wachstumsprojekten. In der Resolution wird auch die gerechte Verteilung der Steuerlasten durch eine Reform der Steuerprogression verlangt, bei der insbesondere die Steuersätze bei hohen Einkommen hinaufzusetzen seien. In der Resolution zur Sozialpolitik fordert der Kongreß die Aufhebung des § 82 h der Gewerbeordnung (Möglichkeit der fristlosen Entlassung eines Arbeitnehmers nach längerer Krankheitsdauer), die Vereinheitlichung des Urlaubsrechts, die Gewährung einer Abfertigung für alle Dienstnehmer, ein Arbeitszeitgesetz, das, ausgehend von der 45-Stunden-Woche, in einem konkreten Arbeitszeitverkürzungsplan bei vollem Lohnausgleich zur 40-Stunden-Woche führt, die unter Bedachtnahme auf die wirtschaftliche Entwicklung möglichst auf fünf Tage verteilt werden soll. Verlangt wird auch die rascheste Behandlung des vom Justizministerium ausgearbeiteten Entwurfs eines Sozialgerichtsgesetzes.

Zur Bekämpfung der strukturellen und saisonellen Schwächen des Arbeitsmarkts ist – erklärt der Kongreß – eine aktive Arbeitsmarktpolitik unerlässlich.

In der Resolution zu Kulturfragen weist der Kongreß auf die Notwendigkeit einer Bildungsfreistellung für Arbeitnehmer hin.

In seinem Referat „Der Weg des ÖGB unter den geänderten Verhältnissen“ (1966 wurde die zwei Jahrzehnte bestehende Regierung der großen Koalition durch eine Einparteienregierung der ÖVP abgelöst) legt der soeben einhellig wiedergewählte Präsident Anton Benya die Stellung des ÖGB gegenüber der Bundesregierung dar:

„Der Österreichische Gewerkschaftsbund ist weder eine Oppositionspartei noch ein Teil des Staats- und Verwaltungsapparats. Unsere Aufgabe ist es weder, aus grundsätzlichen Erwägungen der Regierung Schwierigkeiten zu machen, noch ihr regieren zu helfen. Unsere Einstellung gegenüber der Regierung hängt davon ab, in welchem Maße diese den berechtigten Wünschen, Anliegen und Bedürfnissen der Arbeitnehmer entspricht.“

Motto:
„Vollbeschäftigung sichern – Wirtschaftswachstum fördern Volkseinkommen gerecht verteilen“

7. Bundeskongreß – 20. bis 24. September 1971

Der Bundeskongreß, der in der dritten Septemberwoche tagt, erklärt in der Resolution zur Wirtschaftspolitik:

„In den vier Jahren seit dem letzten Bundeskongreß des Österreichischen Gewerkschaftsbundes hat sich die wirtschaftliche Situation Österreichs grundlegend gebessert. Stand der 6. Bundeskongreß im Zeichen abnehmender Wachstumsraten der österreichischen Wirtschaft, die durch immer deutlicher in Erscheinung tretende Strukturschwächen gekennzeichnet war, so befindet sich Österreich gegenwärtig noch immer in der längsten und nachhaltigsten Hochkonjunktur seit über einem Jahrzehnt und zählt zu den Ländern mit dem stärksten Wirtschaftswachstum.“

Trotz dieser erfreulichen Entwicklung wäre es – heißt es in der Resolution – verfehlt, die außerordentlichen Schwierigkeiten zu übersehen, denen sich die Weltwirtschaft und damit natürlich auch die österreichische Wirtschaft gegenüberstehen.

Motto:
„Die Zukunft mitbestimmen – die Arbeitswelt vermenschlichen: Mit starken Gewerkschaften“

Der Kongreß verlangt daher zielführende Maßnahmen zur Bekämpfung des Preisauftriebs, Sicherung der Vollbeschäftigung, aktive Konjunkturpolitik und Ausbau des Konsumentenschutzes. Eine weitergehende Demokratisierung der Wirtschaft soll im betrieblichen Bereich durch den Ausbau der Rechte des Betriebsrats, im Unternehmensbereich durch die Einführung der qualifizierten Mitbestimmung und im überbetrieblichen Bereich durch eine Reform der staatlichen Wirtschaftskommission und die Stärkung der Paritätischen Kommission erreicht werden.

Der Kongreß tritt für die Fortsetzung der Industrialisierung unseres Landes ein. In der Industrie können im Durchschnitt viel mehr höherqualifizierte Arbeitskräfte beschäftigt werden als im Gewerbe. Es können Begabungsreserven ausgeschöpft werden, die man im Kleingewerbe überhaupt nicht beschäftigen kann. Die Ausnützung dieser Fachkenntnisse und dieser Begabungsreserven ermöglicht ein hohes Volkseinkommen. Die Industrie ist der Motor des technischen, organisatorischen und betriebswirtschaftlichen Fortschritts, zugleich aber auch eine Basis für zahlreiche Mittel- und Kleinbetriebe.

Schwerpunkte des sozialpolitischen Antrags sind: Beschleunigung der Arbeiten für die Kodifikation des Arbeitsrechts, ein Dienstnehmerschutzgesetz, ein längerfristiges Finanzierungskonzept für die Sozialversicherung, Reform der Krankenanstalten und Schaffung eines Sozialgerichtsgesetzes. In einem Antrag zur Bildungspolitik heißt es, da jede wirksame Art der Mitbestimmung von gediegenen Betriebs- und Fachkenntnissen abhängig ist, solle das gewerkschaftliche Bildungswesen für eine umfassende und gründliche wirtschaftliche und betriebswirtschaftliche Schulung der Betriebsräte sorgen.

In einem Antrag zur Kulturpolitik spricht sich der Bundeskongreß für ein demokratisches, leistungs- und wandlungsfähiges Bildungssystem aus, für den Abbau ungleicher Startchancen im Schul- und Ausbildungswesen und für die Erweiterung des Zugangs zu den Bildungseinrichtungen. Einstimmig angenommen wird ein Antrag des Bundesvorstands, für alle ÖGB-Mitglieder eine Freizeit-Unfallversicherung einzuführen. (Aufgrund dieses Beschlusses trat am 1. Jänner 1972 die Solidaritätsversicherung in Kraft. Die Unterstützungsordnung des ÖGB wurde abgeändert.)

Anmerkungen

8. Bundeskongreß – 15. bis 19. September 1975

Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger erklärt in seiner Eröffnungsansprache:

„Die glückliche Entwicklung, die unsere Republik genommen hat, wäre nicht denkbar ohne die zielbewußte und weise Politik des Österreichischen Gewerkschaftsbundes. Was oberflächlich gesehen die Vertretung von Arbeitnehmerinteressen im engeren Sinn des Wortes war, ist zu einer gesellschaftlichen Institution geworden, die in stürmischen Zeiten als bewahrendes Element und in ruhigen Zeiten als initiativer Faktor wirkte.“

Die von den Berichten, von den Beiträgen der 75 Diskussionsredner und den überwiegend einhelligen Beschlüssen bestimmte Rangordnung der gewerkschaftlichen Ziele in Österreich gibt folgende Reihung: Vollbeschäftigung, Vermenschlichung der Arbeitswelt, Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand.

Andere wesentliche Wünsche des Bundeskongresses: Erhöhung des Mindesturlaubs auf vier Wochen, Einführung der Pflegefreistellung und Möglichkeit der Bildungsfreistellung für alle Arbeitnehmer.

Schon auf dem 7. Bundeskongreß stand die Vermenschlichung der Arbeit im Vordergrund. Auf dem 8. Kongreß werden umfassende Richtlinien beschlossen und den Gewerkschaften empfohlen, sie bei der Formulierung von Kollektivverträgen verstärkt zu berücksichtigen.

Unter den organisatorischen Beschlüssen des 8. Bundeskongresses sind ein Beschluß auf Einführung eines einheitlichen Gewerkschaftsbeitrags mit einem Prozent des Bruttolohns – unter Berücksichtigung der für die einzelnen Gewerkschaften gegebenen Erfordernisse und gegebenenfalls in Etappen – sowie ein Beschluß auf Verbesserung der Leistungen der Solidaritätsversicherung.

Eine Änderung der ÖGB-Statuten legt fest, daß den Beratungen des Präsidiums auch eine Vertreterin des ÖGB-Bundesfrauenausschusses beizuziehen ist.

Eine andere Statutenänderung, die aber erst beim 9. Bundeskongreß in Kraft tritt, legt fest, daß die Wahl zum ÖGB-Präsidenten oder zu einem der Vizepräsidenten des ÖGB erst nach einer gewissen Zeit der Bewährung in bestimmten gewerkschaftlichen Funktionen möglich sein soll.

Motto:
„30 Jahre ÖGB: Erfolg durch gemeinsame Arbeit – einig in eine gesicherte Zukunft“

9. Bundeskongreß – 10. bis 14. September 1979

In einem umfangreichen Antrag des Bundesvorstands zu Wirtschaftsfragen wird der Vorrang der Vollbeschäftigung betont. Dazu werden Förderungsmaßnahmen, wird aber auch mehr Mitbestimmung gefordert. Maßnahmen auf dem Gebiet der Energiesicherung, der Verkehrs-, Boden- und Wohnungspolitik, der Umweltsituation, der Raumordnungs- und Regionalplanungsprogramme sowie der verstaatlichten Industrie bilden wichtige Forderungspunkte. Großes Augenmerk wird in dem Antrag auch der Budgetsituation geschenkt, unter Berücksichtigung der Sparförderung, der Einkommens- und Steuerpolitik.

Der 9. Bundeskongreß stellt fest, daß Österreich wohl in den Sog der internationalen Rezession geriet, dennoch aber die österreichische Wirtschaft rascher wuchs als die der westlichen Industriestaaten. Für die Zukunft fordert der Kongreß eine Wirtschaftspolitik, die ein ausreichendes, qualitative Faktoren berücksichtigendes Wirtschaftswachstum sicherstellt. Planvoller Einsatz von Förderungen wird zur Erhaltung der Vollbeschäftigung im steigenden Maß notwendig sein.

Motto:
„Vollbeschäftigung – Solidarität – Für eine humane, gesicherte Zukunft“

Es wird beschlossen, daß die qualitative Kollektivvertragspolitik auszuweiten ist, wobei Sozial- und Personalplanung zur Steuerung und Kontrolle des technischen Wandels eingesetzt werden sollen.

Zum Thema „Solidarische Lohnpolitik“ heißt es in diesem Antrag: „Eine gedämpfte Wachstums- und Produktivitätseentwicklung setzt in mehrfacher Hinsicht neue Rahmenbedingungen für die Lohnpolitik der Gewerkschaften:

- Der langfristige Reallohnzuwachs wird im Durchschnitt aller Voraussicht nach geringer sein als in der Vergangenheit.
- Die Wirtschaftsentwicklung wird sich wahrscheinlich etwas stärker in den verschiedenen Wirtschaftsbereichen differenzieren.

Für die solidarische Lohnpolitik bedeutet dies, daß vermehrte Anstrengungen notwendig sein werden, um den Beschäftigten aller Wirtschaftsbereiche ein möglichst gleichmäßiges Einkommen zu sichern. Darüber hinaus sollten die Einkommen der wirtschaftlich schwächeren Gruppen etwas überdurchschnittlich wachsen, um diesen auch eine angemessene Erhöhung ihres Lebensstandards zu sichern.“

Im Bundesvorstandsantrag zur Sozialpolitik wird unter anderem verlangt: Aufnahme sozialer Grundrechte in die Bundesverfassung – Vorausschauende und vorbeugende Arbeitsmarktpolitik – Chancengleichheit für alle Arbeitnehmer – Weiterer Ausbau der Mitbestimmung auf allen Ebenen – Fortführung der Arbeitsrechtskodifikation – Ein modernes Arbeitsruhegesetz. Verlangt werden ferner die Verbesserung des Arbeitsschutzes und der Arbeitsinspektion, eine Regelung der Leiharbeit, Arbeitsleichterungen für Schicht- und Nachtarbeiter.

Zum Punkt Arbeitszeit heißt es in dem Antrag:

„Unter Bedachtnahme auf die wirtschaftlichen Gegebenheiten und Möglichkeiten, aber auch auf die beschäftigungspolitischen Auswirkungen ist die weitere Verkürzung der Arbeitszeit anzustreben. Das Mindesturlaubsausmaß soll auf fünf Wochen erweitert werden, wobei Anpassungen auch in anderen Urlaubsbereichen erfolgen sollen.“

In einem anderen Bundesvorstandsantrag wird festgestellt, der ÖGB fordere die gleichberechtigte Mitwirkung in allen Angelegenheiten der Medien- und Informationspolitik, nicht nur als Vertretung der im Medienwesen Beschäftigten, sondern vor allem in seiner Eigenschaft als Organisation der großen Mehrheit der arbeitenden Menschen. Der Kongreß beschließt eine Erweiterung des Präsidiums. Unter den nunmehr sechs Vorsitzenden (Alfred Dallinger, Ing. Johann Gassner, Maria Metzker, Rudolf Pöder, Roman Rautner, Karl Sekanina) ist erstmals eine Frau sowie erstmals ein Vertreter des öffentlichen Dienstes. Nach vier Jahren stellt die Fraktion christlicher Gewerkschafter auch wieder einen Vizepräsidenten. (Beim 8. Bundeskongreß hatte der Kandidat der FCG in geheimer Abstimmung nicht die erforderliche Mehrheit erhalten.)

10. Bundeskongreß – 3. bis 7. Oktober 1983

In seiner Begrüßungsansprache sagt ÖGB-Präsident Benya: „Ich hoffe, daß wir in einer Zeit, die wirtschaftlich bedeutend schwieriger als in den letzten zehn Jahren ist, das Erreichte halten können, wieder eine möglichst hohe Beschäftigung erreichen und – den wirtschaftlichen Möglichkeiten angepaßt – Realloohnerhöhungen durchsetzen können.“

Der amerikanische Wirtschaftswissenschaftler Charles Sabel erklärt in seinem vielbeachteten Referat, ein Land wie Österreich – mit einer starken Gewerkschaftsbewegung, mit der Institution der Sozialpartnerschaft und einer Wirtschaft mit einem hohen Anteil an qualifizierten Arbeitern und Angestellten – müßte ausgezeichnete Chancen haben, sich den geänderten wirtschaftlichen Bedingungen der internationalen Konkurrenz anzupassen.

Es liegen zwölf umfangreiche Anträge des Bundesvorstands vor, in denen sowohl die wichtigsten Anliegen der Gewerkschaften zusammengefaßt als auch die Ergebnisse mehrerer vorbereitender Arbeitskreise berücksichtigt sind. Dazu kommen insgesamt 191 Anträge der 15 Gewerkschaften.

Im Vordergrund stehen Anträge zur Sicherung der Arbeitsplätze und zur Einführung der 35-Stunden-Woche. Im Antrag des Bundesvorstands zur Arbeitszeitverkürzung heißt es: „Nach der derzeitigen Einschätzung der Arbeitszeitentwicklung in den Industriestaaten wird eine generelle Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden mit Lohnausgleich im Laufe der achtziger Jahre zu erwarten sein. Verkürzungen der wöchentlichen Arbeitszeit können in der derzeitigen ökonomischen und technologischen Situation in einzelnen Bereichen der generellen Verkürzung vorgezogen werden, um Arbeitslosigkeit in diesen Bereichen zu verhindern beziehungsweise zu vermindern. Solche Arbeitszeitverkürzungen in einzelnen Bereichen sind auf Kollektivvertragsebene vorzunehmen. Eine generelle Verkürzung der für alle Wirtschaftsbereiche gültigen Normalarbeitszeit ohne Lohnausgleich hat schwerwiegende sozialpolitische und ökonomische Nachteile. Eine generelle Verkürzung der wöchentlichen Normalarbeitszeit sollte auch in Zukunft nur bei Lohnausgleich vorgenommen werden.“

Der Bundeskongreß beauftragt den ÖGB-Bundesvorstand, geeignete Maßnahmen für die frühestmögliche Verkürzung der Arbeitszeit zu setzen. Dabei soll beachtet werden:

- Bei der Festlegung des Ausmaßes und des Zeitpunkts der Maßnahmen zur Arbeitszeitverkürzung ist auf die internationale Entwicklung in bezug auf die Aufrechterhaltung der Konkurrenzfähigkeit der österreichischen Wirtschaft und die Belastbarkeit der öffentlichen Hand Bedacht zu nehmen.
- Bis zur Verwirklichung einer allgemeinen wöchentlichen Arbeitszeitverkürzung auf 35 Stunden soll sie durch Kollektivvertrag in jenen Wirtschaftssektoren oder Branchen vereinbart werden, in denen die Schwierigkeiten, die Beschäftigung aufrechtzuerhalten, am stärksten sind.
- Modelle der flexiblen Arbeitszeit können nur unter Bedachtnahme auf ihre sozialpolitischen Auswirkungen kollektivvertraglich geregelt werden. Jobsharing und kapazitätsorientierte variable Arbeitszeit (KAPOVAZ) werden vom ÖGB-Kongreß grundsätzlich abgelehnt. Er verweist darauf, daß die Formen der flexiblen Arbeitszeit keine Alternativen zur Arbeitszeitverkürzung sind.

Motto:
**„Arbeit für alle –
 Schwierige Zeiten
 gemeinsam meistern“**

Im Bereich der Wirtschaftspolitik wird eine sinnvolle Umstrukturierung gefordert; die Anträge enthalten Vorschläge für eine moderne Industrie- und Gewerbepolitik, für Forschung, Innovation, Exportförderung, Verbesserung der Infrastruktur, Wohnbau, Energie-, Budget-, Steuer- und Preispolitik.

An der Spitze der sozialpolitischen Forderungen stehen Anträge zur Arbeitsmarktpolitik. Weiters werden die Reform der Sozialversicherung, verbesserter Arbeitsschutz, Erweiterung der Mitbestimmung, Novellierung des Arbeitsverfassungsgesetzes, Kodifikation des Arbeitsrechts und die Einführung einer eigenen Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit gefordert.

Als bildungspolitische Hauptziele nennt der Bundeskongress die weitere Demokratisierung des Bildungswesens und den Abbau der Bildungsbarrieren sowie die Sicherung des bereits Erreichten. Unter anderem werden eine Verbesserung des Berufsausbildungssystems und die Fortsetzung der inneren und organisatorischen Schulreform gefordert, ebenso eine Erweiterung der Bildungsfreistellung für Betriebsräte.

Zur Medienpolitik stellte der Bundeskongress fest: „Weder staatliche noch privatwirtschaftliche Macht darf dazu mißbraucht werden, ein Meinungsmonopol zu schaffen.“

In der Resolution zur internationalen Gewerkschaftsarbeit heißt es: „Der ÖGB unterstützt ... die Bemühungen (um) die Anerkennung des Rechts aller Menschen dieser Erde auf ein menschenwürdiges Dasein, auf ein Leben in demokratischen Verhältnissen, frei von Hunger, Not und Furcht; ... (um) die Schaffung einer neuen Weltwirtschaftsordnung; ... (um) den schrittweisen Abbau der Rüstungsproduktion; ... (um) die Erhöhung der Entwicklungshilfe; ... (um) den Aufbau und die Entfaltung freier und unabhängiger Gewerkschaftsbewegungen in der Dritten Welt.“

In organisatorischer Hinsicht beschließt der Bundeskongress unter anderem, daß nunmehr auch die beiden Leitenden Sekretäre des ÖGB sowie drei Delegierte der Frauenabteilung und ein Delegierter der Jugendabteilung dem Bundesvorstand als stimmberechtigte Mitglieder angehören.

11. Bundeskongress – 5. bis 9. Oktober 1987

Der Kongress bringt einen Generationswechsel an der Spitze der österreichischen Gewerkschaftsbewegung. Fritz Verzetitsch wird zum neuen ÖGB-Präsidenten gewählt und löst damit Anton Benya ab, der dieses Amt 24 Jahre innehatte. Leitende Sekretäre werden Karl Drochtor und Mag. Herbert Tumpel. Die Wahl der Vizepräsidenten fällt auf Alfred Dallinger, Josef Hesoun, Rudolf Nürnberger, Rudolf Pöder, Hilde Seiler und Rudolf Sommer.

In seiner Abschiedsrede an den Bundeskongress erklärt Anton Benya: „In seiner 42jährigen Geschichte hat der ÖGB großartige Erfolge und eine früher kaum denkbare Verbesserung der Lage der Arbeitnehmer erreicht. Dies war nur durch ein einheitliches, überparteiliches Auftreten des ÖGB möglich. Ich wünsche mir, daß diese Geschlossenheit des ÖGB auch weiterhin bestehen bleibt und daß bei aller Härte der Auseinandersetzungen nie das Menschliche vergessen wird. Dann wird der ÖGB auch in Zukunft ein wesentlicher gesellschaftlicher Faktor in Österreich und in der Lage sein, die Interessen der Arbeitnehmer wirkungsvoll zu vertreten.“

In „Forderungen an die Zukunft“ mündet eine an alle ÖGB-Mitglieder gerichtete und dem Kongress vorangehende Fragebogenaktion, an der sich über 35.000 Mitglieder aktiv beteiligt hatten. Der Kongress kann seinem Motto entsprechend zu den drei Themenbereichen „Arbeit“, „Bildung“ und „Freizeit“ umfassend berichten.

Insgesamt werden 191 Anträge behandelt, 185 von den Gewerkschaften und sechs vom Bundesvorstand. In den Anträgen des Bundesvorstands finden die wichtigsten Anliegen der Gewerkschaften sowie die Ergebnisse mehrerer vorbereitender Arbeitskreise ihre Zusammenfassung. Im Vordergrund steht die Forderung nach einem Generalkollektivvertrag zur Arbeitszeitverkürzung sowie eine – dem Motto des Kongresses entsprechend – nach offensiver Arbeitsmarktpolitik, zu der untrennbar eine Ausbildungspolitik gesehen wird, die die Voraussetzungen für Qualifikationen schafft, wie sie die Arbeitnehmer eines hochindustrialisierten Landes brauchen.

Zu den wichtigsten Forderungen des Kongresses zählen im konkreten: Forcierung der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Öffnung des Wegs zur 35-Stunden-Woche für alle, solidarische Lohnpolitik, Erhaltung des Systems sozialer Sicherheit, Erweiterung der Mitbestimmung auf allen Ebenen, Verstärkung des Arbeitnehmerschutzes, Verbesserung der Arbeitslosenversicherung, mehr Augenmerk für Kultur und Bildung, stärkerer Schutz für Umwelt und Ausweitung der internationalen Kontakte zur Verstärkung der internationalen Solidarität.

- Der Antrag zur Wirtschaftspolitik verlangt unter anderem eine Abkürzung der Budgetkonsolidierung durch beschäftigungswirksame Programme, vor allem im Bereich des Umweltschutzes und der Erschließung heimischer Energieressourcen. Einhergehend mit der Forderung nach Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit für alle Arbeitnehmer hat eine anzustrebende solidarische Lohnpolitik zum Ziel, die Einkommensentwicklung schwächerer Gruppen abzustützen. Zur Umstrukturierung des industriell-gewerblichen Sektors verlangt der ÖGB eine Förderung in Richtung höherer Pro-Kopf-Wertschöpfung, hochwertiger Technik und besserer Vermarktungsfähigkeit.

- Zur Sozialpolitik beantragt der Bundesvorstand die Forcierung einer aktiven Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik. Darüber hinaus gilt es, die Bemühungen um eine vorbeugende Arbeitsschutz- und Gesundheitspolitik zu verstärken. Eine weitere Forderung ist die Verwirklichung der Gleichberechtigung von Mann und Frau in allen Bereichen, die über Maßnahmen zur wirksamen Rechtsdurchsetzung vorangetrieben werden soll. Im Rahmen der Arbeitsmarktpolitik spricht sich der ÖGB für eine vermehrte Qualifizierungsinitiative auf allen Ebenen aus.

- Der Antrag zur Kultur-, Bildungs- und Freizeitpolitik setzt sich unter anderem mit der Sicherung der Freiheit der Kunst und einer Intensivierung der Medien(konsum)erziehung auseinander. Bei der Berufsbildung wird eine zeitgemäße Novellierung des Berufsbildungsgesetzes, bei der Erwachsenenbildung die Verabschiedung eines Erwachsenenbildungsgesetzes und die gesetzliche Bildungsfreistellung für alle Arbeitnehmer gefordert.

- Im Rahmen der Forschungs- und Technologieförderung verlangt der ÖGB die verstärkte Partizipation Österreichs an internationalen Forschungsprojekten. Staatliche Technologiepolitik darf sich

Motto:
„Arbeit, Bildung, Freizeit –
Die Chancen nutzen“

nicht auf Förderungspolitik, die nur die allgemeine Wirtschaftspolitik unterstützt, beschränken; sie muß gleichzeitig auch Sozialpolitik sein.

● Zum Thema Gastarbeiter verlangt der ÖGB die Bekämpfung aller Aktivitäten, die Rassenhaß, Ausländerfeindlichkeit und faschistisches Gedankengut zum Ziel haben. Für Gastarbeiter müssen die gleichen Lohn- und Arbeitsbedingungen wie für Inländer gelten; Diskriminierung ist in jeder Form abzulehnen.

In seiner Schlußansprache unterstreicht der neugewählte ÖGB-Präsident: „Auch in Zukunft wird es Aufgabe der Gewerkschaften sein, die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Interessen der Arbeitnehmer unseres Landes entschieden zu vertreten – gegen die Interessen des Kapitals, privater und öffentlicher Unternehmer, aber auch gegen die Regierungen in Bund, Ländern und Gemeinden.“

Anmerkungen

12. Bundeskongreß – 14. bis 18. Oktober 1991

ÖGB-Präsident Verzetnitsch unterstreicht in seiner Begrüßungsansprache die Grundposition des ÖGB, aus der dieser den Anspruch ableitet, Mitgestalter der Zukunft zu sein: Der ÖGB erhebe nach wie vor den Anspruch, die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Interessen aller rund drei Millionen arbeitenden Menschen in Österreich zu vertreten und mit diesen gemeinsam Forderungen und Ziele zu entwickeln, zu formulieren und umzusetzen.

Zu den am Kongreß präsentierten Schwerpunkten der kommenden gewerkschaftlichen Arbeit zählen: weiterhin die Zielvorgabe Vollbeschäftigung, das Eintreten gegen Billiglöhne, der „Kampf gegen Schwarzunternehmer“, die Forderung nach 10.000 Schilling Mindestlohn und nicht zuletzt die Forderung nach einer generalkollektivvertraglichen Einführung der 35-Stunden-Woche.

Zu einem der Höhepunkte des Kongresses zählt die Berichterstattung über die Tätigkeit der sieben Arbeitskreise des ÖGB, die sich monatlang mit den wichtigsten Anliegen der österreichischen Arbeitnehmer beschäftigt und ihre Ergebnisse in Broschüren zu den Themen Organisation, Sozialpolitik, Umweltfragen, Internationale Politik, Berufsbildung und Bildung – Freizeit – Kultur festgeschrieben haben. Diese Berichts- und Diskussionsrunde ist die Zusammenfassung einer seit einem Jahr laufenden Diskussion zum Kongreßmotto. Über 12.000 Kolleginnen und Kollegen haben darin in 343 Diskussionsveranstaltungen die inhaltlichen Positionen des ÖGB vor dem Kongreß mitgestaltet.

Insgesamt werden 13 Anträge des ÖGB-Bundesvorstandes und 242 Anträge der Gewerkschaften eingebracht, die nahezu alle einstimmig angenommen oder dem ÖGB-Bundesvorstand zur Erledigung zugewiesen werden.

Zu den wesentlichsten Forderungen des Bundeskongresses zählen dabei

- die Einsetzung eines „Ständigen Organisationsausschusses“ beim ÖGB-Bundesvorstand, um die Ausarbeitung neuer Organisationsstrukturen unter größtmöglicher Beteiligung aller interessierten und betroffenen Mitglieder und Funktionäre effizient vornehmen zu können;
- die Ausschöpfung aller Möglichkeiten der Arbeitszeitverkürzung, bis das Ziel eines entsprechenden Generalkollektivvertrages zur Einführung der 35-Stunden-Woche erreicht ist. Dazu zählen sowohl Verkürzungen in geringerem Ausmaß als auch solche Verkürzungen, die nur bestimmte Branchen und Betriebe erfassen. Dabei sind alle rechtlichen Mittel – Betriebsvereinbarung, Branchenkollektivvertrag, Generalkollektivvertrag und Gesetz – zu nutzen;
- die rasche Verwirklichung eines kollektivvertraglichen Mindesteinkommens von 10.000 Schilling für alle vollzeitbeschäftigten ArbeitnehmerInnen;
- die bedarfsgerechte Weiterentwicklung der Leistungen der Pensionsversicherung und die fortschrittliche Harmonisierung der verschiedenen Altersversicherungssysteme;
- Maßnahmen zum Arbeitnehmerschutz umfassend zu forcieren;
- die Bemühungen um die Zusammenführung und Vereinheitlichung des Arbeitsrechtes zu einer umfassenden Arbeitsrechtskodifikation wieder aufzunehmen und fortzusetzen;
- die Gleichberechtigung der Erwerbstätigkeit von Mann und Frau sowie gezielte Maßnahmen zur Schließung der Einkommensschere zwischen Männern und Frauen;
- eine Reform der Lehrlingsausbildung, um deren Attraktivität für junge Menschen zu erhöhen;
- im Sinn einer lebensbegleitenden Weiterbildung die Einführung einer gesetzlichen Bildungsfreistellung von mindestens einer Woche pro Jahr für alle Arbeitnehmer bei vollem Entgeltanspruch;
- den Zuzug ausländischer Arbeitskräfte derart zu gestalten, daß sozial- und arbeitsrechtliche Standards sowie kollektivvertragliche Regelungen dadurch nicht in Frage gestellt werden. Insbesondere ist das Strafausmaß bei Verstößen durch die Unternehmer zu erhöhen, der Ausschluß von öffentlichen Aufträgen und bei mehrmaligen Verstößen der Entzug der Gewerbeberechtigung vorzusehen;
- im Bekenntnis zur aktiven Teilnahme Österreichs am europäischen Integrationsprozeß auf die Schaffung eines demokratischen und sozialen Europas unter Einbeziehung der Staaten Mittel- und Osteuropas zu drängen;
- die Weiterentwicklung der sozialen Dimension des Binnenmarktes in die Gestaltung der österreichischen Integrationspolitik und den Verhandlungsprozeß zu verankern.

Bei der Neuwahl des Präsidiums wurde ÖGB-Präsident Fritz Verzetnitsch in geheimer Abstimmung mit 96% der Delegiertenstimmen wiedergewählt. Mit Josef Hesoun, Lore Hostasch, Fritz Neugebauer, Rudolf Nürnberger, Irmgard Schmidleithner und Günter Weninger werden ihm sechs Vizepräsidenten und -präsidentinnen sowie mit Karl Drochter und Herbert Tumpel zwei Leitende Sekretäre zur Seite gestellt.

In seiner Schlußansprache dankt ÖGB-Präsident Fritz Verzetnitsch für das zum Ausdruck gebrachte Vertrauen, das eine Bestätigung für die konsequente Haltung in den letzten vier Jahren sei. In seinem Resümee vergleicht er den zu Ende gehenden Kongreß mit einem „Vitaminstoß, um in dem rauen Wind der Wirklichkeit bestehen zu können“.

Motto:
„ÖGB – Mitgestalter
der Zukunft“

13. Bundeskongreß – 17. bis 20. Oktober 1995

In seiner Begrüßungsansprache skizziert ÖGB-Präsident Fritz Verzetnitsch Grundpositionen der Gewerkschaftsbewegung. So fordert er angesichts der Briefbombenanschläge alle demokratischen Kräfte Österreichs dazu auf, sich gegen derartigen Terror zu wenden. Er mahnt ein, bei allen politischen Auseinandersetzungen gegenseitige Achtung zu erweisen.

Aber auch das Eintreten für einen Standpunkt sei gefragt. Wer im Wirtshaus beifällig nicke oder auch nur schweige, wenn rassistische Äußerungen fallen, wenn Minderheiten angegriffen werden, mache sich mitschuldig. Die Demokratie müsse wie bisher aktiv verteidigt werden.

Starke Gewerkschaften – so der ÖGB-Präsident – bleiben die Gegenmacht zu einem Trend, der sich ausschließlich an wirtschaftlichen Überlegungen orientiere, der Hoffnungen und das Schicksal des einzelnen Menschen ausbrenne. Bezugnehmend auf das Kongreßmotto „Österreichs Zukunft gemeinsam bestimmen“ führt Fritz Verzetnitsch aus: „Die Zukunft bestimmen heißt, jedes Jahr aufs neue Hunderte Tarif- und Kollektivvertragsverhandlungen zu führen. Dort werden Lohn- und Gehaltssummen bewegt, dort wird das Gesicht der künftigen Arbeitswelt positiv verändert. Das mag unspektakulär ablaufen, weil die Konflikte nicht auf der Straße ausgetragen werden, aber es ist Zukunftsarbeit.“

Folgende Schwerpunkte der Gewerkschaftspolitik der nächsten Jahre wurden am Kongreß präsentiert: Vollbeschäftigung und die Förderung von Erwerbsarbeit als Zielvorgaben, die Konsolidierung des Staatshaushalts durch sozial ausgewogene Maßnahmen, Stärkung solidaritätsfördernder Strukturen im Arbeitsrecht, Verhinderung einer Zersplitterung des Arbeitsrechts zu Lasten der Schwächsten, Anhebung der Qualität der Arbeitsleistung, die Forderung nach einer Ausbildungs- und Weiterbildungsoffensive, die Erhaltung der Qualität der Sozialsysteme sowie die aktive Mitwirkung an der europäischen Integration mit dem Ziel eines erfolgreichen Österreich in einem sozialen Europa.

In Vorbereitung auf den 13. Bundeskongreß hatten acht Arbeitskreise (Organisation/ Wirtschaftspolitik/Sozialpolitik/Humanisierung, Technologie, Umwelt/Bildungspolitik/Internationale Politik/Bildung, Freizeit, Kultur/Demokratie) Schwerpunkte künftigen gewerkschaftlichen Handelns formuliert und Forderungen für den Kongreß erarbeitet.

13 Anträge des ÖGB-Bundesvorstandes und 157 Anträge der Gewerkschaften lagen zur Beratung und Beschlußfassung vor, wobei der Bundeskongreß seine Beschlüsse überwiegend einhellig faßte.

Zu den wichtigsten Forderungen des Bundeskongresses zählen

- die Steigerung der wirtschaftlichen Innovation, Produktivität und Qualität statt Lohnsenkungen und Sozialabbau;
- die Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung durch qualifizierte Arbeitsplätze;
- die Stärkung des Wirtschaftswachstums bei gleichzeitiger Sicherung der gesamtwirtschaftlichen Stabilität;
- die Beibehaltung branchenweise geführter Lohnverhandlungen und Verwirklichung eines Mindestlohns von 12.000 Schilling;
- eine sozial ausgewogene mittelfristige Budgetkonsolidierung;
- sachlich nicht gerechtfertigte Unterschiede zwischen Arbeitnehmergruppen zu entfernen und die aktive Arbeitsmarktpolitik auszubauen;
- Arbeitszeitverkürzung und Förderung der Selbstbestimmung der Arbeitnehmer bei der Gestaltung der Arbeitszeit;
- eine verbesserte Integration bereits in Österreich befindlicher ausländischer Arbeitnehmer, ein geordneter Zugang ausländischer Arbeitskräfte nach Österreich und Kampf gegen illegale Beschäftigung;
- die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für beide Geschlechter zu fördern;
- die Verankerung sozialer Grundrechte in der Verfassung;
- den öffentlich-rechtlichen ORF zu erhalten, Konzentrationen bei Privatradios zu verhindern; Lizenzen für nichtkommerziellen Rundfunk vorzusehen und generell die Meinungsvielfalt und umfassende Information in Medien abzusichern;
- ein umfassendes Mitspracherecht des ÖGB in der Europapolitik, Ausbau der Demokratie der EU in allen ihren Institutionen, die Umgestaltung der EU zu einer sozialen Union und die Verwirklichung einer europäischen Gewerkschaftsmitgliedschaft.
- Darüber hinaus beinhaltete ein Antrag des ÖGB-Bundesvorstandes zur Organisationsentwicklung des ÖGB ein umfassendes Maßnahmenpaket, um die Gewerkschaftsbewegung den geänderten und sich ändernden gesellschaftlichen Bedingungen und Entwicklungen anzupassen. Mit der Erstellung einer detaillierten Organisationsstruktur und der konkreten Umsetzung wird, aufbauend auf die bisherige Arbeit, der Ständige Organisationsausschuß des ÖGB „ÖGB 2000“, dem alle Gewerkschaften angehören, beauftragt.

Mit der Wahl des neuen Präsidiums wurde der 13. Bundeskongreß abgeschlossen. In geheimer Abstimmung wurde Fritz Verzetnitsch für weitere vier Jahre als Präsident des ÖGB wiedergewählt. Auf Verzetnitsch entfielen 343 der 379 abgegebenen Stimmen. Seine Stellvertreter sind: Johann Driemer, Fritz Neugebauer, Rudolf Nürnberger, Hans Sallmutter, Irmgard Schmidleithner und Günter Weninger. Zu Leitenden Sekretären des ÖGB wählt der Kongreß neuerlich Karl Drochter und Herbert Tumpel.

In seinem Schlußwort als wiedergewählter ÖGB-Präsident meint Fritz Verzetnitsch in bezug auf die Debattenbeiträge und Forderungen des Bundeskongresses: „Wir sind sehr, sehr nahe an dem, was das einzelne Mitglied bewegt, also hautnah an den Sorgen und Wünschen unserer Mitglieder. Und wir haben sicherlich keinen Hang zur Analyse-Behäbigkeit, sondern wir sind im Erarbeiten von Lösungsmöglichkeiten immer mehrere Schritte voraus.“

Motto:
„Die Zukunft Österreichs
gemeinsam bestimmen“

Der ÖGB-Kongress plant die Politik des ÖGB und seiner Gewerkschaften für die nächsten vier Jahre. Der 14. Bundeskongress fand im Austria Center statt. An die 600 Delegierten stellten in Form von Anträgen, Diskussionen und Wahlen die gewerkschaftspolitischen Weichen für die ersten Jahre des neuen Jahrtausends.

14. Bundeskongress – 12. bis 15. Oktober 1999

„Der Wandel findet statt, ihn sozial und sicher zu gestalten, ist Aufgabe der Gewerkschaften.“ So leitete Präsident FRITZ VERZETNITSCH das Jahrbuch des ÖGB 1999 ein, das nicht zufällig den Titel „Die Zukunft der Arbeit“ trägt. Er sprach in diesem Beitrag bereits die fünf großen Themen an, die dann im Zentrum des 14. Bundeskongresses stehen sollten:

„Wir wollen keine Almosen, wir wollen ordentliche Einkommen. All jene, die nach Lohnreduktion rufen und selbst in Wirklichkeit ihre Gewinne oder ihre Einkommen an den steigenden Aktienkursen orientieren, die lade ich ein, ein ganzes Jahr lang mit dem Einkommen, das sie den unteren Einkommensbeziehern zugestehen, auszukommen...“

„Also eine Wirtschaft, an der möglichst viele teilnehmen können und die man auch mitgestalten kann...“

„Wir wollen Arbeit statt Beschäftigung. Geringfügige Beschäftigungen können für einen gewissen Lebenszyklus, für eine bestimmte persönliche Situation sinnvoll sein, aber sie sichern natürlich nicht die berufliche Entwicklung für das ganze Leben.“

„... Das Entscheidende ist, dass wir uns auch auf die zukünftigen Herausforderungen vorbereiten. Da ist es sicherlich notwendig, durch verstärkte Kooperation zusammenzuarbeiten.“

„Die Solidarität brauchen wir auch im dritten Jahrtausend.“

In seiner Begrüßungsansprache skizzierte der ÖGB-Präsident die **Grundpositionen der Gewerkschaftsbewegung**, angelehnt an die fünf Kongress-themen.

Zentrale Forderung des ÖGB ist „ein Bauplan für ein soziales Österreich, ein Bauplan für ein soziales Europa.“ Nicht der verschärfte Wettbewerb sollte das Maß aller Dinge sein, sondern „Solidarität mit jenen, die Leistungen brauchen, die sie sich oft selbst nicht leisten können“ und: „Ich will nicht, dass in unserem Land das Recht des Stärkeren statt der Gerechtigkeit zum Zug kommt.“

Der ÖGB setzt sich für „EU-weite Tarifrechte und Sozialnormen“ ein.

Bezüglich der EU-Osterweiterung betonte Verzetnitsch, dass die Gewerkschaften gefordert sind zu helfen, dass das niedrige Lohnniveau der Beitrittskandidaten auf EU-Niveau angehoben wird. Die Beitrittskandidaten dürfen „in der Lohn- und Sozialentwicklung nicht der EU als billiger Empfängerort gegenüberreten, sondern als gleichberechtigter Partner mit starken Gewerkschaften“.

„Die Welthandelsorganisation ist in Zukunft nur möglich mit sozialer Dimension, ansonsten gibt es ein klares Nein der Gewerkschaften zu dieser Entwicklung.“

● Einkommen statt Almosen

1998 lag das durchschnittliche Lohn- und Gehaltseinkommen nur 1,3 % über dem Stand von 1994, was einer durchschnittlichen jährlichen Zunahme von ca. 0,3 % entspricht. Bei den Nettoeinkommen gab es sogar einen Rückgang: 1998 lagen sie etwa 4 % unter dem Niveau von 1994.

Anmerkungen

Motto
„Sicherheit im Wandel“

Einkommen statt Almosen

Wirtschaft statt Herrschaft

Arbeit statt Beschäftigung

Zukunft statt Vergangenheit

Gemeinschaft statt Egoismus

Soziales Europa

Osterweiterung

WTO

Lohn- und Kollektivvertragspolitik

Einsparungen im öffentlichen Dienst und das Sparpaket 1996 wirkten sich dämpfend auf die durchschnittlichen Einkommen aus. Dagegen kam es zu einer Umverteilung hin zu Einkommen aus Besitz und Unternehmungen.

Eine von Unternehmenseite immer stärker geäußerte Forderung ist die Verlagerung der Lohnverhandlungen auf die betriebliche Ebene. Es besteht kein sachlicher Grund, von der herrschenden Praxis in Richtung mehr Betriebsverhandlungen abzugehen. Die Arbeitgeber erhoffen sich auf Betriebsebene mehr Zugeständnisse.

Die Kollektivvertragspolitik trägt dazu bei, Beschäftigung zu sichern und den gesellschaftlich produzierten Reichtum sozial gerecht zu verteilen. Kollektivvertragspolitik als gesellschaftliches Instrument dient dazu, die Konkurrenz der ArbeitnehmerInnen untereinander zu mindern, wenn nicht auszuschließen.

Ein Ziel der Lohnpolitik ist die Sicherung der Kaufkraft, um ein schleichendes Sinken des Lohn- und Gehaltsniveaus zu verhindern. Würden Löhne und Gehälter nicht stetig an die allgemeinen Preissteigerungen angepasst, so würde sich der Lebensstandard der Unselbständigen laufend verschlechtern. Die Lohn- und Einkommenspolitik hat zum Ziel, auch schwächeren Gruppen durch die Kaufkraft starker Gewerkschaften eine positive Einkommensentwicklung zu garantieren.

Ziel der Lohnpolitik des ÖGB ist nicht nur ein Anpassen der Löhne an die Inflations- und Produktivitätsentwicklung, sondern auch ein Absinken geringer Einkommen gegen ein Absinken unter ein gewisses Mindestniveau.

Die Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen haben sich seit 1994 wieder vergrößert. Die Einkommensdifferenzen beginnen schon beim Berufseinstieg. Der ÖGB fordert daher gerechte Einkommen unabhängig vom Geschlecht der Arbeitnehmer.

Arbeit ist Einkommensquelle und sozialer Integrationsmechanismus. Für die Gewerkschaften sind existenzsichernde Erwerbsarbeit für alle Arbeitswilligen und Vollbeschäftigung die wichtigsten Zielsetzungen. Der ÖGB hält eine weitere Senkung der wöchentlichen Normalarbeitszeit in Richtung auf 35 Stunden für sinnvoll und notwendig.

Waren es in den 70er Jahren hauptsächlich die Alten, so sind es heute die Jungen, die vermehrt von Armut betroffen sind. Das Sozialsystem ist nicht mehr ausreichend geeignet, neue Familiensituationen und Lebensverläufe abzusichern. Armut „franst aus“: Es sind immer mehr Personen von zeitweiser Armut bedroht.

Es ist nicht einzusehen, warum der Vermögenserwerb durch Arbeit relativ hoch besteuert wird und der Vermögenserwerb ohne Arbeit praktisch steuerfrei sein soll. Eine höhere Besteuerung von Finanzkapital und Unternehmensgewinnen sowie eine Ökologisierung des Steuersystems sind sinnvolle Umschichtungen.

Die meisten sozialen Transfers sind Ausgaben, die eindeutig nach unten umverteilen (Arbeitslosengeld, Notstandshilfe, Sozialhilfe etc.). Darauf kann nicht verzichtet werden.

● Arbeit statt Beschäftigung

Mit Beginn der 80er Jahre begann sich auch in Österreich der wirtschaftspolitische Kurswechsel (Politik des Neoliberalismus) durchzusetzen. Inflationsbekämpfung, Währungsstabilität und Budgetkonsolidierung wurden über das Ziel der Vollbeschäftigung gesetzt. Für Gewerkschaften hat Vollbeschäftigung nach wie vor höchste Priorität. Wir haben es gleichzeitig mit einem Wachstum von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit zu tun.

Anmerkungen

Solidarische Lohnpolitik

Mindestlohnpolitik

Gleichbehandlungsfragen

Bewertung der Arbeit

Armut und Ausgrenzung verhindern

Steuerpolitik

Soziale Transfers

Priorität Vollbeschäftigung

Jeder fünfte Arbeitnehmer ist einmal pro Jahr von Arbeitslosigkeit betroffen.

Aktive Arbeitsmarktpolitik muss eine auf Vollbeschäftigung ausgerichtete Wirtschaftspolitik ergänzen. Das AMS muss alle Anstrengungen unternehmen, gleich am Beginn der Arbeitslosigkeit mit intensiven Vermittlungsversuchen Langzeitarbeitslosigkeit zu verhindern. Es ist aber unerlässlich, dass das System der Arbeitslosenversicherung weiterhin existenzsichernde Unterstützungsleistungen zur Verfügung stellt.

Flexible Arbeitszeitmodelle müssen unter Beachtung folgender Voraussetzungen eingeführt werden: Freiwilligkeit des Arbeitnehmers, Einigung der Betriebspartner, rechtlicher Rahmen muss der Kollektivvertrag bleiben. Nur so kann „Flexibilisierungsdumping“ verhindert werden.

Freie Dienstverträge, Werkverträge und andere Formen unfreiwilliger Selbstständigkeit kommen in der Praxis immer häufiger vor. Menschen, die nach allgemeinem Verständnis als ArbeitnehmerInnen betrachtet werden, gelten als selbstständig und verlieren ihren Anspruch auf kollektivvertraglichen Mindestlohn, bezahlten Urlaub, Sicherung des Einkommens bei Krankheit etc. Es ist daher unerlässlich, jene, die nicht alle Kriterien der Arbeitnehmereigenschaft erfüllen, bei denen aber doch die Elemente der unselbstständigen Erwerbstätigkeit überwiegen, auch ins Arbeitsrecht, in die Kollektivverträge einzubinden.

Mit der vom ÖGB und den Gewerkschaften initiierten „Aktion Fairness“ sollen die noch bestehenden Unterschiede in den arbeitsrechtlichen Grundansprüchen beseitigt werden. Die Rechtsansprüche der ArbeiterInnen sollen auf das Niveau der Angestellten angehoben werden (gleiche Entgeltfortzahlung, gleiche Kündigungsfristen, gleiche Regelungen bei Arbeitsverhinderung).

Weitere zentrale Forderung zum Individualarbeitsrecht ist die Schaffung eines modernen Abfertigungsrechts, das Abfertigung bei Selbstkündigung, kontinuierliches Anwachsen der Abfertigung, Abfertigungsanspruch auch für kurzfristig Beschäftigte garantiert.

Die Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte und Personalvertreter müssen den geänderten Anforderungen und der größeren Mitverantwortung der Beschäftigten für den Wirtschaftsstandort angepasst werden. Dies gilt insbesondere für die Mitbestimmung in internationalen Konzernen und für die Mitbestimmung bei Ausgliederungen und Unternehmensänderungen.

● **Wirtschaft statt Herrschaft**

Wachstum hat sozialen Spielregeln zu folgen. Der neoliberale Weg des „Über-Leichen-Gehens“ passte nicht in die Politikkultur Europas in der Vergangenheit, und wir lehnen diesen Weg auch künftig – angesichts der steigenden Arbeitslosigkeit und der negativen Auswirkungen auf die Sozialsysteme – entschieden ab.

Die Wirtschaftspolitik muss bestrebt sein, die künftige Entwicklung unserer Wirtschaftsstruktur in Leistungen mit höherer Wertschöpfung zu lenken. Einem verstärktem internationalem Konkurrenzdruck darf nicht durch Lohnsenkungen, sondern muss vielmehr offensiv durch die Realisierung neuer Chancen im Produktions- und Dienstleistungssektor begegnet werden.

Die Gewerkschaften standen immer vor dem Problem, einerseits den Unternehmen Zugeständnisse abzurufen und andererseits zu verhindern, dass auf ArbeitnehmerInnen wegen Existenzängsten Druck ausgeübt wird, schlechtere Bedingungen zu akzeptieren. Beide Aufgaben sind eng miteinander verbunden und werden durch die Öffnung der Märkte erschwert.

Anmerkungen

Aktive Arbeitsmarktpolitik

Scheinselbstständige

„Aktion Fairness“

Abfertigungsrecht

Erweiterung der Mitbestimmung

Soziale Spielregeln . . .

. . . statt Neoliberalismus

Internationalisierung und Globalisierung

Durch eine überregionale Kollektivvertragspolitik soll die betrieblich und regional zersplitterte Lohnpolitik der EU- und der Beitrittsländer abgestimmt werden, um Sozialdumping entgegenzutreten und das europäische Sozialmodell als Gegengewicht und Korrektiv zum freien Spiel der Marktkräfte weiter zu entwickeln. Dies erfordert eine grenzüberschreitende Koordination gewerkschaftlicher Ziele.

Der WTO-Vertrag folgt dem neoliberalen Muster nach vollständiger weltweiter Deregulierung von Wirtschaft und Gesellschaft. Die Forderung der Gewerkschaft auf die Vorbereitungen zur WTO-2000-Runde lautet, dass die ILO-Mindestsozialnormen im neuen Vertrag verankert sein müssen.

Das MAI geht in seinem Deregulierungsansatz noch weit über die Substanz des WTO-Vertrages hinaus. Es will den Nationalstaaten Gesetzgebungs- und Gerichtskompetenz nehmen.

Das Wiedererreichen der Vollbeschäftigung ist wichtigstes Ziel des ÖGB. Vollbeschäftigung muss wieder ins Zentrum der Wirtschaftspolitik rücken. Eine spürbare Reduktion der Arbeitslosigkeit setzt vor allem ein stärkeres Wachstum der Gesamtnachfrage voraus. Die Wirtschaftspolitik der EU, insbesondere die Geldpolitik, ist zu restriktiv orientiert und die Koordinierung der Akteure und Bereiche der Wirtschaftspolitik unzureichend.

Die Arbeitgeber haben eine soziale und beschäftigungspolitische Verantwortung, die sie aber immer weniger wahrnehmen. Ostöffnung und Globalisierung bringen zwar die Wirtschaft unter Druck, aber Lohnsenkungen, Abbau von Arbeitnehmerschutzbestimmungen und Umweltstandards sind der falsche Weg.

Folgende Maßnahmen sind notwendig: Förderung einer Politik eines beschäftigungsintensiven Wirtschaftswachstums, Stärkung der Realwirtschaft gegenüber der Finanzwirtschaft (Eindämmung der Spekulationen auf den Finanzmärkten, Tobin-Steuer), Besteuerung des Produktionsfaktors Kapital, da es sich zunehmend der Besteuerung entzieht, EU-weite Mehrbelastung des Lkw-Schwerverkehrs statt Wettbewerbsverzerrung durch Subventionierung des Gütertransportes auf der Straße, Modernisierung der Infrastruktur, Intensivierung der Weiterbildungspolitik, beschäftigungswirksame Energie- und Umweltprogramme usw.

Die Arbeitszeitentwicklung ist in den vergangenen Jahren anders als in der Nachkriegszeit verlaufen: Der Trend zur Verkürzung der wöchentlichen Normalarbeitszeit hat sich nicht fortgesetzt. Der ÖGB fordert eine Senkung der wöchentlichen Normalarbeitszeit auf 35 Stunden.

Die Sicherung starker österreichischer Unternehmenskerne ist notwendig, damit wir nicht zu Globalisierungsverlierern werden. Die ÖIAG braucht klare strategische Zielsetzungen und die erforderlichen Mittel, um die Umwandlung von einer reinen Privatisierungs- bzw. Finanzholding in eine Beteiligungsgesellschaft zur langfristigen Wahrnehmung der Eigentumsrechte des Bundes zu schaffen.

Gemeinwirtschaft war in den 90er Jahren wie kaum ein anderer Bereich von massiven Änderungen betroffen. Die Notwendigkeit eines gemeinwirtschaftlichen Leistungsangebotes besteht aber weiterhin. Für den ÖGB unabdingbar sind öffentlicher Verkehr, Energieversorgung, Telekommunikation sowie Gesundheits- und Bildungswesen.

● **Zukunft statt Vergangenheit**

Mensch und Arbeit stehen im Mittelpunkt der Aktivitäten des ÖGB. Der ÖGB will Arbeit, durch die der Mensch seine Existenz sichern, Wohlstand erwerben und in Eigenverantwortung zur Sicherung des Gemeinwesens

Anmerkungen

WTO-Abkommen 1994

Das Multilaterale Investitionsschutzabkommen – MAI

Wege aus der Arbeitslosigkeit

Erforderliche Maßnahmen

Arbeitszeit

Industriepolitik

Aufgaben der Gemeinwirtschaft

Zukunftsperspektiven der Gewerkschaftsbewegung

beitragen kann. Der ÖGB will eine Arbeitsgesellschaft in einem sozialen Staat und in einem gemeinsamen Europa.

Der ÖGB will eine Neugestaltung der betrieblichen Interessenvertretung auf allen Ebenen, national, multinational, auf Konzernebene, die sich betrieblichen Notwendigkeiten rasch anpassen kann und die echte Mitwirkungsrechte besitzt.

Der ÖGB ist Teil der Sozialpartnerschaft, eine tragende Säule der Wirtschaft und Gesellschaft, aber eine unabhängige, überparteiliche Bewegung, die sich besonders auf ihre Mitglieder und ihre eigene Stärke verlässt.

Um die Aufgaben für die Mitglieder erfüllen zu können, bedarf es auch neuer Maßnahmen zur Interessendurchsetzung:

Beispiele

Kampagnen

Hennes & Mauritz: Durch Medienaktion wurde H&M Österreich von der schwedischen Konzernzentrale massiv unter Druck gesetzt, Lehrlinge auszubilden, was dann auch eingelöst wurde.

Kaffeehausbesetzungsaktion der HGPD

Konsumentenstreik (Bestreiken der Cola-Automaten durch Betriebsräte von Industriebetrieben vor dem Hintergrund der Schließung von Abfüllstationen)

Demonstration

Europäische Aktionstage mit grenzüberschreitenden Gewerkschaftsaktionen

Lobbying

Freie Radioprojekte, Betriebsrätenetzwerke, Lobbying durch das ÖGB-Büro in Brüssel

● **Gemeinschaft statt Egoismus**

Solidarität, aber nicht aus bloßer Tradition, sondern vielmehr aus der Tatsache, dass wir es mit einer Fülle von Entwicklungen zu tun haben, die den ÖGB und die Gewerkschaften mit ihrem Schutz- und Gestaltungsanspruch in Arbeitswelt und Gesellschaft vor neue Aufgaben stellen und Fragen nach dem sozialen Zusammenhalt sowie nach Gleichheit und Gerechtigkeit in der Gesellschaft aufs Neue aufwerfen (Globalisierung der Märkte, Massenarbeitslosigkeit in Europa, Individualisierung der Lebensstile und Wertorientierungen, Rechtsextremismus).

Neoliberale Konzepte gefährden den sozialen Zusammenhalt. Nicht der Rückzug des Staates, sondern Innovationen des staatlichen Handelns sind notwendig, um Demokratie und soziale Sicherheit zu festigen.

Deshalb geht es dem ÖGB um Gerechtigkeit in der Steuerpolitik und in den Systemen der sozialen Sicherheit, um innovative Wirtschafts- und Beschäftigungsprogramme, zukunftsweisende Aus- und Weiterbildung, um eine sukzessive Umstellung der Finanzierung des Sozialstaates weg vom Faktor Arbeit hin zum Faktor Wertschöpfung, um den Ausbau betrieblicher Mitbestimmung sowie Arbeitszeitverkürzung und einen Fortschritt in der europäischen Sozialpolitik.

Individualismus muss nicht unvermeidlich Vereinzelung und Beziehungslosigkeit und auch nicht Egoismus bedeuten. Die Gesellschaft zerfällt nicht einfach in einander begriffs- und verständnislos gegenüberstehende Gruppen. Solidarität muss nur neu konstruiert werden, durch die Überbrückung unterschiedlicher Interessen. Individualität und Solidarität müssen nicht als Gegensatz verstanden, sondern im Gleichklang verwirklicht werden.

Anmerkungen

Kampagnen

Konsumentenstreik

Demonstration

Lobbying

Neue Herausforderungen an eine solidarische Politik

Der Markt allein schafft keine soziale Gerechtigkeit

Solidarität bleibt aktuell – Gewerkschaftliche Interessenpolitik

Starke und durchsetzungsfähige Gewerkschaften müssen für die Überwindung sozial ungerechter und ökologisch zerstörerischer Verhältnisse kämpfen. Sie müssen Widerstand und Gegenmacht ebenso entwickeln wie vorwärts weisende Initiativen und zukunftsfähige Konzepte, um Freiheit und Demokratie, Solidarität und Gerechtigkeit durchzusetzen.

Für das Verhältnis des ÖGB zur Regierung, gleich welcher Koalition, galt und gilt stets die gleiche Grundposition: Jede Regierung, wie immer sie zusammengesetzt ist, wird danach beurteilt und daran zu messen sein, inwieweit sie bereit ist, Forderungen, die im Interesse der ArbeitnehmerInnen erhoben werden, zu verwirklichen.

Bei seiner politischen Einflussnahme setzt der ÖGB auf die sozialpartnerschaftliche Verhandlungsstruktur. Zu dieser konsensorientierten Politikbewältigung gehört die starke Vertretung von GewerkschaftsfunktionärInnen in Parteien, im Parlament und in den Landtagen.

Der ÖGB vertritt nicht die Vorstellung, der Staat müsse alles regeln. Die Gewerkschaften plädieren vielmehr für staatliche und gesellschaftliche Verantwortung, die Märkte reguliert, die selbstverantwortliche Entfaltung der Individuen stärkt, Standards für öffentliche und private Dienste vorgibt und kontrolliert sowie den Erhalt und den Ausbau sozialer Sicherungssysteme garantiert.

Reform und Modernisierungen der Selbstverwaltung in der Sozialversicherung dürfen zu keiner Zerschlagung, sondern müssen zu einer Weiterentwicklung der Handlungsfähigkeit und Problemlösungskompetenz der Organisationen der Sozialversicherung im Interesse der Versicherten führen.

Die Erweiterung der EU erfordert eine Reform ihrer Institutionen, um deren Effizienz zu erhöhen und ihre demokratischen Strukturen zu verbessern. Die Stärkung der sozialen Dimension der EU wird nur dann Fortschritte bringen, wenn es Fortschritte hin zu einer Politischen Union gibt.

10 Anträge des ÖGB-Bundesvorstandes und 197 Anträge der Gewerkschaften lagen zur Beratung und Beschlussfassung vor, wobei der Bundeskongress seine Beschlüsse überwiegend einhellig fasste.

Als prominente Gastredner sprach ROBERT B. REICH, US-Arbeitsminister 1992 bis 1996, über „Modernisierungsverlierer“ und ihre Auswege:

Reich wies darauf hin, dass es der Clinton-Administration zwar gelungen sei, Millionen neuer Jobs zu schaffen, aber weniger gut bezahlter. Zwar haben die Menschen, die ganz unten auf der Einkommensleiter stehen, bescheidene Einkommensverbesserungen erhalten, *„aber die ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen hat alarmierende Ausmaße angenommen. Und wenn die Konjunktur nachlässt (...), dann ist zu befürchten, dass viele Amerikaner in Armut leben müssen. Im europäisch-sozialdemokratischen Modell gibt es eine bessere Absicherung und weniger Ungleichheit als in Amerika, aber auch eine höhere Arbeitslosigkeit. Hier liegt eine der wesentlichen Aufgaben des Staates darin, den Einzelnen vor den Wechselfällen des Marktes zu schützen, insbesondere die Menschen, die keine Arbeit haben.“*

BILL JORDAN, Generalsekretär des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften, sprach über die Sicherheit der Arbeitsplätze und sozialen Schutz: *„Hinsichtlich dieser beiden grundlegenden Themen beobachten wir zur Zeit eine beispiellose Offensive gegen die Normen, die wir in der industrialisierten Welt geschaffen haben. Und ein skrupelloses Komplott von Regierungen und Arbeitgebern verhindert die Einführung von Arbeits- und Sozialnormen in den Entwicklungsländern.“* Und Jordan appellierte: *„Wenn wir die gefährliche Richtung, in die sich die Globalisierung bewegt, ändern wollen, muss der Kampf,*

Die Rolle des ÖGB – Sicherheit im Wandel

Verhältnis des ÖGB zum Staat, zu Parteien und zu den demokratischen Institutionen

Stellenwert des gemeinwirtschaftlichen Sektors

Selbstverwaltung in der Sozialversicherung

Erweiterungsprozess der EU sozial ausgewogen gestalten

Anträge

Für einen Wohlstand in Gerechtigkeit

Sozialer Schutz für Arbeitnehmer

den wir für die Schaffung von Rechten und Normen in der industrialisierten Welt ausfechten mussten, jetzt auf globaler Ebene fortgesetzt werden.“ Die Kraft der Solidarität, so schloss Jordan optimistisch, ist eine stärkere Kraft wie die Globalisierung.

Im Zuge des Bundeskongresses wurde die erste **ÖGB-Service-Messe „Rat und Tat ‘99“** präsentiert, die den BetriebsrätInnen Information, Motivation, Weiterbildungsmöglichkeiten und unterstützende Hilfsmittel für deren Arbeit bot.

Mit der **Wahl des neuen Präsidiums** wurde der 14. Bundeskongress abgeschlossen. In geheimer Abstimmung wurde Fritz Verzetnitsch mit 93,3 % der Stimmen für weitere vier Jahre als Präsident des ÖGB wieder gewählt.

Zu ÖGB-VizepräsidentInnen wurden RENATE CSÖRGITS (Bundesvorsitzende der ÖGB-Frauen), JOHANN DRIEMER (Vorsitzender der Gewerkschaft Bau-Holz), FRITZ NEUGEBAUER (Vorsitzender der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst), RUDOLF NÜRNBERGER (Vorsitzender der Gewerkschaft Metall-Bergbau-Energie), HANS SALLMUTTER (Vorsitzender der Gewerkschaft der Privatangestellten) und GÜNTER WENINGER (Vorsitzender der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten) gewählt.

Zu Leitenden Sekretären des ÖGB wählte der Kongress KARL DROCHTER und DR. RICHARD LEUTNER.

IRMGARD SCHMIDTLEITHNER, Bundesvorsitzende der ÖGB-Frauen und ÖGB-Vizepräsidentin seit 1991, kandidierte aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr. Sie wurde vom Bundeskongress verabschiedet und erhielt zum Dank für Ihre Arbeit die höchste Auszeichnung des ÖGB, die Johann-Böhm-Plakette.

Der beim 13. Bundeskongress gewählte Leitende Sekretär HERBERT TUMPEL war 1997 in die Kammer für Arbeiter und Angestellte gewechselt und schied daher aus dem ÖGB aus. Sein Arbeitsbereich wurde geteilt: DR. RICHARD LEUTNER wurde Sekretär des ÖGB und übernahm das Grundsatzreferat, GÜNTER WENINGER die Finanzen. Der 14. Bundeskongress wählte DR. RICHARD LEUTNER zum Leitenden Sekretär.

Anmerkungen

Messe „Rat & Tat“

Wahlergebnisse

<p>ÖGB / AK / GEWERKSCHAFTLICHE AKTIVITÄTEN</p>	<p>WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG / WIRTSCHAFTSPOLITIK</p>	<p>SOZIALE ENTWICKLUNG / SOZIALPOLITIK</p>	<p>ALLGEMEINE POLITISCHE ENTWICKLUNG</p>	<p>STAATSVETRAG / INTERNATIONALE ENTWICKLUNG / WELTPOLITIK</p>
<p>15. 4.: Gründung des Österreichischen Gewerkschaftsbundes. Provisorischer erster Vorsitzender: Böhm.</p> <p>30. 4. Anerkennung des ÖGB durch Sowjets.</p> <p>1. 5.: Wien feiert den 1. Mai in gemeinsamen Kundgebungen der drei Parteien.</p>	<p>29. 4.: Die ersten Linien der Wiener Straßenbahn fahren wieder.</p> <p>5. 5.: Staatsamt für soziale Verwaltung erläßt einen Aufruf an die Arbeitnehmer, unverzüglich die Arbeit wieder aufzunehmen.</p> <p>19. 6.: Erntendienst geschaffen, um dem großen Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitskräften abzuwehren. Mehlszuschüsse als Prämien ausgesetzt.</p> <p>5. 7.: Wiedererrichtung der Österreichischen Nationalbank.</p> <p>Ende Juli: Auf dem Erzberg wird die Arbeit wieder aufgenommen.</p>	<p>13. 5.: 190 Schulen in Wien wiedereröffnet. Durch den Krieg wurden 55 Schulen vollständig zerstört und 67 schwer beschädigt.</p> <p>1. 6.: Tagesnormen der Lebensmittellabgabe pro Person (in Gramm): Brot: Schwerarbeiter 450, Arbeiter 400, Angestellte 300, Normalverbraucher 250; Grütze: Schwerarbeiter 80, Normalverbraucher 30; Fleisch: Schwerarbeiter 50, Normalverbraucher 25, Normalverbraucher 15. Jede Person erhält pro Monat 50g Kaffee-Ersatz und 400g Salz.</p> <p>23. 9.: Tageskaloriensatz für Normalverbraucher von 800 auf 1550 erhöht.</p> <p>1. 10.: Dritte Länderkonferenz richtet einen dringenden Hilferuf an die Alliierten. Im kommenden Winter droht Österreich eine Katastrophe durch Hunger, Frost und Seuchen.</p>	<p>April 1945: Befreiung Österreichs durch die Armeen der Alliierten.</p> <p>27. 4.: Provisorische Regierung unter Staatskanzler Renner erläßt Proklamation über die Wiederherstellung der demokratischen Republik Österreich.</p> <p>8. 5.: Verfassungsgesetz über Verbot der NSDAP, Registrierung der Nationalsozialisten sowie Einsetzung von Volksgerichtlichen.</p>	<p>12. 4.: Roosevelt, seit 1932 Präsident der USA, gestorben. Sein Nachfolger ist Truman.</p> <p>28. 4.: Mussolini in Mailand hingerichtet.</p> <p>30. 4.: Hitler verübt in der Berliner Reichskanzlei Selbstmord.</p> <p>2. 5.: Berlin durch russische Truppen erobert.</p> <p>9. 5.: Krieg in Europa endet mit offizieller Unterzeichnung der deutschen Kapitulation in Berlin.</p> <p>25. 6.: Abschluß der Konferenz von San Franzisko. 50 Staaten gründen die „Vereinten Nationen“.</p> <p>17. 7. bis 2. 8.: Dreimächtekonferenz in Potsdam. Abkommen zwischen Truman, Stalin und Churchill (Attlee) legt weitere Behandlung Deutschlands fest. Die Konferenz richtet an Japan Ultimatum mit Aufforderung zur bedingungslosen Kapitulation.</p> <p>6. 8. und 9. 8.: Abwurf der ersten Atombomben auf die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki.</p> <p>14. 8.: Bedingungslose Kapitulation Japans. Ende des Zweiten Weltkriegs.</p>
<p>Anfang September: ÖGB-Verbindungsstelle in Salzburg.</p> <p>29. 9. Beitritt des ÖGB zum Weltgewerkschaftsbund (WGB), der freie westliche und kommunistische Gewerkschaftszentralen zu vereinen versucht.</p> <p>1. 10.: Die Arbeitermittelschule in Wien beginnt ihren ersten Lehrgang.</p> <p>8. 10.: Alliiertes Rat gestattet Bildung von Gewerkschaften in ganz Österreich.</p>	<p>22. 10.: In einem Teil Wiens sind die Straßen wieder beleuchtet.</p> <p>24. 10.: Regierung beschließt ein Gesetz zur Bekämpfung des Schleichhandels und der Preistreiberei.</p>	<p>1. 9.: Eintreffen amerikanischer, britischer und französischer Truppen in Wien.</p> <p>24. bis 26. 9.: Erste Länderkonferenz in Wien. Provisorische Regierung wird erweitert.</p>		

ÖGB / AK / GEWERKSCHAFTLICHE AKTIVITÄTEN	WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG / WIRTSCHAFTSPOLITIK	SOZIALE ENTWICKLUNG / SOZIALPOLITIK	ALLGEMEINE POLITISCHE ENTWICKLUNG	STAATSVERTRAG / INTERNATIONALE ENTWICKLUNG / WELTPOLITIK
<p>7. 12.: Wiener Betriebsräte- und Vertrauenspersonenversammlung stimmt Forderungsprogramm des ÖGB-Bundesvorstands zu.</p>	<p>5. 12.: Brunner Glasfabrik nimmt Produktion von Fensterglas auf.</p> <p>27. 12.: Alle Wiener Bezirke haben wieder Gas</p>	<p>6. 12.: Erste Beschäftigtenzählung in Wien seit Kriegsende. 518.000 Beschäftigte, 83.000 Unabhängige, 149.000 Arbeitslose, 42.000 Studenten, 143.000 Hausfrauen.</p> <p>21. 12.: Der Schilling ist wieder gesetzliches Zahlungsmittel.</p>	<p>20. 11.: Erste freie und demokratische Parlamentswahlen in der Zweiten Republik: ÖVP 85 Mandate, SPÖ 76, KPÖ 4.</p> <p>3. 12.: Der Bundesparteiobermann der ÖVP, Figl, mit der Regierungsbildung beauftragt.</p> <p>19. 12.: Feierliche Wiedereröffnung des österreichischen Parlaments.</p> <p>20. 12.: Renner von der Bundesversammlung einhellig zum Bundespräsidenten gewählt.</p>	<p>20. 11.: Beginn des ersten Nürnberger Kriegsverbrecherprozesses.</p>
<p>3. und 4. 2.: In Wien tagt der Österreichische Arbeiterkammertag. Er fordert, daß nicht nur die Errungenschaften der Arbeiterschaft vor dem Krieg wiederhergestellt werden, sondern daß auch der seitherigen Entwicklung Rechnung getragen werde.</p> <p>18. 6.: Mehrstündiger Streik der Wiener Straßenbahner gegen die Hungerrationen.</p>	<p>1. 2.: Im Werk Ottakring der Österreichischen Staatseisenbahnen wird die erste wiederinstandgesetzte Lokomotive dem Verkehr übergeben.</p> <p>20. 2.: Banknoten zu 5, 2 und 1 Reichsmark verlieren Eigenschaft als gesetzliche Zahlungsmittel.</p> <p>10. 5.: Der Alliierte Rat setzt die Besatzungskosten mit 35 Prozent des Staatshaushalts fest.</p> <p>26. 7.: Erstes Verstaatlichungsgebot vom Nationalrat beschlossen. Es stößt auf russische Vorbehalte für die sowjetische Zone.</p> <p>10. 8.: Erster Hochofen in Donawitz angeblasen.</p> <p>3. 12.: Alliierte Rat setzt die Besatzungskosten für 1947 mit 15 Prozent des Staatshaushalts fest.</p>	<p>20. 1.: In Wien trifft eine große schwedische Hilfskolonne von mehr als 100 Fahrzeugen ein, die 300 Tonnen Lebensmittel, Kleider und Medikamente bringt.</p> <p>11. 3.: Alliierte Rat setzt die Rationsätze für Normalverbraucher auf 1200 Kalorien herab. Schwerarbeiter 2700, Arbeiter 1850, Angestellte 1450, Kinder 1300.</p> <p>22. 5.: Der Kaloriensatz ist auf 950 täglich gesunken.</p> <p>Anfang Juni: In Fohnsdorf werden Bergarbeiter in total erschöpftem Zustand aus der Grube getragen.</p> <p>Mitte November: Tagessatz von 1550 Kalorien ist bis Februar 1947 gesichert.</p>	<p>Anfang Jänner: Die Alliierten anerkennen die Regierung Figl.</p> <p>3. 1.: Konstituierende Sitzung des österreichischen Verfassungsgerichtshofs.</p> <p>12. 4.: Das Parlament lehnt mit den Stimmen der ÖVP und der SPÖ die Forderung des Alliierten Rats nach Ausarbeitung einer neuen Verfassung ab.</p> <p>24. 7.: Neues Nationalsozialistengesetz beschlossen.</p> <p>Anfang September: Österreich und Italien schließen ein Abkommen über Südtirol, das der deutschsprachigen Bevölkerung die Gleichberechtigung sichern soll.</p> <p>4. 10.: Inländische Postzensur aufgehoben.</p>	<p>10. 1.: Eröffnung der ersten Vollversammlung der Vereinten Nationen in London.</p> <p>30. 1.: Der englische Kriegsminister erklärt im Unterhaus, daß noch 12.000 österreichische Kriegsgefangene in England seien.</p> <p>25. bis 28. 4.: In Kopenhagen tagt der Rat der Interparlamentarischen Union. Österreich nimmt wieder teil.</p> <p>29. 6.: In Paris beginnt eine von 21 Staaten beschickte Friedenskonferenz. Sie berät die Friedensverträge mit Italien, Rumänien, Ungarn, Bulgarien und Finnland.</p> <p>16. 10.: Vollstreckung der Todesurteile des Nürnberger Kriegsverbrecherprozesses. Göring begeht am Vorabend Selbstmord.</p>
<p>1945</p>	<p>1946</p>			

<p>1947</p>	<p>ÖGB / AK / GEWERKSCHAFTLICHE AKTIVITÄTEN</p> <p>6. 2.: Die Arbeiterorganisationen erhalten ihr Vermögen zurück.</p>	<p>WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG / WIRTSCHAFTSPOLITIK</p> <p>Jänner: Mangel an Kohle und Strom legt Industrie lahm.</p> <p>26. 3.: Zweites Verstaatlichungsgesetz (Elektrizitätswirtschaft).</p> <p>28. 3.: Amerikaner übergeben der Regierung 22 Firmen, die ehemals Deutsches Eigentum waren, zur treuhänderigen Verwaltung. Amerikaner verzichten ab 1. Juli auf Besatzungskosten.</p> <p>25. 6.: Österreichisch-amerikanisches Hilfsabkommen. Sowjetische Besatzungsmacht erhebt Einspruch.</p> <p>1. 8.: Sowjetische Truppen besetzen Ö raffinerie Lobau. Seit Kriegsende hat die sowjetische Besatzungsmacht etwa 220 Unternehmen als Deutsches Eigentum beschlagnahmt.</p> <p>19. 11.: Währungsschutzgesetz: Mit Wirkung vom 10. Dezember wird der Nennwert des Schillings auf ein Drittel herabgesetzt.</p>	<p>SOZIALE ENTWICKLUNG / SOZIALPOLITIK</p> <p>1. 1.: 1,857.000 Beschäftigte, 64.604 Arbeitslose.</p> <p>26. 2.: Kollektivvertragsgesetz.</p> <p>3. 3.: US-Landwirtschaftsministerium stellt fest: Österreich ist das Land mit der schlechtesten Ernährung.</p> <p>28. 3.: Betriebsrätegesetz.</p> <p>12. 6.: Sozialversicherungs-Überleitungsgesetz.</p> <p>4. 7.: Opferfürsorge- und Wiedereinstellungsgesetz.</p> <p>10. 11.: Lebensmittellationen für Normalverbraucher auf 1700 Kalorien täglich erhöht.</p> <p>2. 2.: Erhöhung der Lebensmittellationen. Normalverbraucher 1800, Angestellte 2000, Arbeiter 2400, Schwerarbeiter 3000, Schwerstarbeiter 3250 Kalorien.</p>	<p>ALLGEMEINE POLITISCHE ENTWICKLUNG</p> <p>15. 1.: Bundeskanzler Figl gibt im Nationalrat Österreichs Wünsche zu den Staatsvertragsverhandlungen kund. Die wichtigsten sind: Grenzen von 1937, demokratische Verfassung, Eintritt in die UNO, Beendigung der Besetzung, keine Reparationen, tragbare Lösung in der Frage des Deutschen Eigentums.</p> <p>12. 9.: Der erste Transport von 1200 österreichischen Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion trifft in Wiener Neustadt ein. Weitere folgen.</p> <p>19. 11.: Rücktritt des Energieministers Dr. Altmann bedeutet Austritt der KPÖ aus der Regierung.</p>	<p>STAATSVETRAG / INTERNATIONALE ENTWICKLUNG / WELTPOLITIK</p> <p>Anfang Jänner: Heftige Kämpfe zwischen französischen Truppen und der nationalen Unabhängigkeitsbewegung in Vietnam.</p> <p>14. 1. bis 24. 2.: Sonderbeauftragte für Österreich treten wieder in London zusammen. Keine Einigung in der Frage des Deutschen Eigentums.</p> <p>12. 3.: Präsident Truman verlangt vom amerikanischen Kongreß wirtschaftliche Soforthilfe für Griechenland und die Türkei, um der Ausbreitung des Kommunismus zu begegnen. Wende in der USA-Außenpolitik (Truman-Doktrin).</p> <p>12. bis 15. 7.: 16 europäische Staaten, darunter Österreich, nehmen an der Pariser Konferenz über Marshallplan teil.</p> <p>21. 8.: Veto der Sowjetunion gegen Österreichs Aufnahme in die UNO.</p> <p>Ende September: Gründung des Kommunistischen Informationsbüros (Kominform).</p> <p>25. 11. bis 15. 12.: Londoner Außenministerkonferenz ergebnislos. Sonderbeauftragte für Österreich verhandeln weiter.</p> <p>30. 1.: Mahatma Gandhi ermordet.</p> <p>25. 2.: Kommunistischer Staatstreich in der CSR, Präsident Benesch ernannt die von der KPC vorgeschlagenen Minister.</p>
<p>1948</p>	<p>Februar: Ergebnis der Betriebsratswahlen der letzten Monate: 71,7% Sozialisten, 8,9% Kommunisten, 5,3% Volkspartei, 14,2% Parteilose.</p>				

ÖGB / AK / GEWERKSCHAFTLICHE AKTIVITÄTEN	WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG / WIRTSCHAFTSPOLITIK	SOZIALE ENTWICKLUNG / SOZIALPOLITIK	ALLGEMEINE POLITISCHE ENTWICKLUNG	STAATSVERTRAG / INTERNATIONALE ENTWICKLUNG / WELTPOLITIK
<p>1948</p> <p>Anfang März: Auf Anregung von Gewerkschaftsbund und Arbeiterkammer beginnt das Innenministerium eine Preissenkungsaktion durch Überprüfung verschiedener Industrieprodukte.</p> <p>18. bis 23. 5.: Erster Bundeskongreß des Österreichischen Gewerkschaftsbundes in Wien.</p> <p>16. 9.: Abschluß des 2. Preis- und Lohn-Abkommens.</p> <p>8. 10.: Am Gewerkschaftertreffen in Paris zur Durchführung des Marshallplans nehmen von österreichischer Seite Böhm und Proksch teil.</p>	<p>April: Österreich tritt der OEEC (Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit) bei.</p> <p>2. 7.: Österreich und die USA unterzeichnen das Marshall-Plan-Abkommen für Österreich.</p> <p>27. 8.: Österreich tritt der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds bei.</p>	<p>Ende März: Einer Arbeitslosen-zahl von 46.697 stehen noch immer 62.068 offene Arbeitsplätze gegenüber.</p> <p>16. 6.: Wohnhauswiederaufbau-gesetz.</p> <p>13. 9.: Erhöhung der Kaloriensät-ze: Normalverbraucher 2100, Ar-beiter 2500, Schwerearbeiter 3100.</p>	<p>5. 11.: Innenminister Helmer er-klärt im Nationalrat, daß 1948 von Organen einer Besatzungs-macht 268 Österreicher verhaftet wurden, von denen 152 noch nicht freigelassen sind.</p>	<p>Mitte März: Verhandlungen um den Staatsvertrag in London wieder einmal auf totem Punkt angelangt.</p> <p>3. 4.: Gesetz über die Europahil-fe („Marshallplan“) in den USA beschlossen.</p> <p>14. 5.: Proklamation des Staates Israel.</p> <p>24. 6.: Mit russischen Wirt-schaftssanktionen, Stromab-schaltung usw., beginnt die Blockade Berlins.</p> <p>8. 10.: Europäische Gewerkschaf-ter treffen in Paris mit US-Außenminister Marshall zusam-men.</p> <p>9. 12.: Generalversammlung der UNO in Paris befürwortet mit 37 gegen 6 Ostblockstimmen die Aufnahme Österreichs.</p>
<p>1949</p> <p>13. 1.: Österreich hat von 1945 bis 1948 an die Alliierten fast 5 Mil-liarden Schilling Besatzungsko-sten bezahlen müssen. Davon hätte es 65.000 Wohnungen bau-en können.</p> <p>April: Österreich hat in den er-sten 13 Monaten des Marshall-plans 249 Millionen Dollar er-halten.</p> <p>9. 4. Westmächte verzichten auf das Deutsche Eigentum in Österreich.</p> <p>7. 5.: 3. Preis- und Lohn-Abkommen, das am 1. 6. in Kraft tritt.</p> <p>1. 8.: Einführung einer Mineral-ölsteuer.</p>	<p>1. 4.: Freier Schuhverkauf.</p> <p>7. 5.: Gleichzeitig mit dem 3. Preis-Lohn-Abkommen wird die Alterspension für die Arbeiter vereinbart.</p>	<p>30. 4.: Innenminister Helmer erklärt, neue Parteien würden zugelassen.</p> <p>14. 6.: Erste Versammlung der „Vereinigung der Unabhängigen“ (VdU; national) in Salz-burg.</p>	<p>29. 1.: Außenminister Englands, Frankreichs, Belgiens, der Nie-derlande und Luxemburg kom-men überein, einen Europarat zu errichten.</p> <p>9. 2.: Wieder Staatsvertragsver-handlungen in London.</p> <p>4. 4.: Unterzeichnung des Atlan-tikpakts (NATO) in Washington.</p> <p>18. 4.: Abkommen über Vereini-gung der drei Westzonen Deutschlands.</p> <p>12. 5.: Aufhebung der Berliner Blockade.</p> <p>14. 8.: Erste freie Parlamentswahl-en in Deutschland seit Mach-tergreifung Hitlers.</p>	

Ö S T E R R E I C H

	WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG/ WIRTSCHAFTSPOLITIK	SOZIALE ENTWICKLUNG/ SOZIALPOLITIK	ALLGEMEINE POLITISCHE ENTWICKLUNG	STAATSVETRAG/ INTERNATIONALE ENTWICKLUNG/ WELTPOLITIK
1949	<p>1. 9.: Vorstand des ÖGB verlangt von der russischen Besatzungsmacht, daß sie die Betriebe, die sie verwaltet, in produktionsfähigem Zustand belasse.</p> <p>27. 10.: Der ÖGB tritt aus dem kommunistisch dominierten WGB aus; wird Gründungsmitglied des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG).</p>	<p>September: Rekorderte in Österreich.</p> <p>15. 10.: Ledermangel bedingt schwere Krise in der Schuhherzeugung.</p> <p>21. 11.: Neuer Dollarkurs für den Schilling sichert Exportfähigkeit.</p>	<p>9. 10.: Nationalratswahlen: ÖVP 77 Mandate, SPÖ 67, Wahlpartei der Unabhängigen 16, Linksblock (Kommunisten und Linksozialisten) 5.</p>	<p>7. 10.: Ausrufung der Deutschen Demokratischen Republik (Ostdeutschland).</p> <p>28. 11. bis 9. 12.: Gründungskonferenz des IBFG in London.</p> <p>7. 12.: Neuerliche Schwierigkeiten bei den Londoner Staatsvertragsverhandlungen.</p>
1950	<p>2. 2.: Vorstand des ÖGB kündigt Lohnforderungen an, falls Preise nicht gesenkt werden.</p> <p>11. 2.: ÖGB verlangt Ausarbeitung eines Krisenprogramms.</p>	<p>Mitte Jänner: Marshallplan-Mission verlangt unter Hinweis auf gute Ernte von 1949 eine Mehraufbringung von Roggen und Weizen von 34.000 Tonnen. Es ist ein offenes Geheimnis, daß große Mengen Brotgetreide verfübert werden.</p> <p>Ende Juni: Auflösung der Zentrallohnkommission nach vierjähriger Tätigkeit.</p>	<p>8. 3.: Regierung fordert Erleichterung der Besatzung, darunter Verringerung der Besatzungstruppen, Aufhebung der Zensur, Übergabe aller Rundfunksender, Aufhebung des Beschlagnahmerechts der Alliierten, Rückgabe der beschlagnahmten Wohnungen, Beseitigung der Militärrichte.</p> <p>24. 5.: Nationalrat lehnt Verlängerung des Gesetzes über die Todesstrafe ab.</p>	<p>7. 1.: Großbritannien anerkennt kommunistische Regierung Chinas.</p> <p>9. 1.: Verhandlungen über den Staatsvertrag in London wieder aufgenommen.</p> <p>31. 1.: Truman beauftragt amerikanische Atomenergiekommision, an der Herstellung der Wasserstoffbombe zu arbeiten.</p> <p>9. 5.: Die Moskauer „Prawda“ erklärt, vor Österreich müsse zuerst die Frage Triest geklärt werden.</p> <p>25. 6.: Ausbruch des Koreakriegs. Armee des kommunistischen Nordkorea überschreitet den 38. Breitengrad und dringt in Südkorea ein. Westliche Mitglieder des UN-Sicherheitsrats entsenden US-Truppen als UN-Streitmacht.</p>
	<p>26. 9.: Abschluß des 4. Preis- und Lohnabkommens</p> <p>26. 9. bis 5. 10.: Proteste gegen das 4. Lohn-Preis-Abkommen; kommunistischer Generalstreikversuch; ÖGB kann Erfolg der Kommunisten verhindern.</p>	<p>Juli: In Österreich befinden sich 454.000 Heimatlose.</p> <p>Mitte Oktober: Vollbeschäftigung in der österreichischen Stahl- und Eisenbahnindustrie. Tiefstand der Arbeitslosigkeit: 88.676.</p>		

ÖGB / AK / GEWERKSCHAFTLICHE AKTIVITÄTEN	WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG / WIRTSCHAFTSPOLITIK	SOZIALE ENTWICKLUNG / SOZIALPOLITIK	ALLGEMEINE POLITISCHE ENTWICKLUNG	STAATSVETRAG / INTERNATIONALE ENTWICKLUNG / WELTPOLITIK
<p>1950</p> <p>17. bis 30. 10.: Lohnstreik der Forstarbeiter.</p> <p>Mitte Dezember Delegation des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften stellt in Österreich fest, welch große Schwierigkeiten den österreichischen Arbeitern und Angestellten aus der Verzögerung des Abschlusses des Staatsvertrags erwachsen.</p>	<p>31. 12.: Die Industrieproduktion hat 1950 den Vorkriegsstand um 39% überschritten, die Ausfuhr um 40%.</p>	<p>Mitte Dezember: 145.020 Arbeitslose.</p>	<p>Ende Dezember: Bundespräsident Renner erleidet am Weihnachtsabend einen Schwächeanfall und stirbt am letzten Tag des Jahres.</p>	<p>15. 12.: Neue Staatsvertragsverhandlungen in London ohne Ergebnis. Vertagung.</p> <p>18. 12.: Truman bestimmt auf Ersuchen des Atlantikpaktrats General Eisenhower zum alliierten Oberbefehlshaber in Europa.</p>
<p>1951</p> <p>11. 7.: 5. Preis- und Lohnabkommen.</p> <p>1. bis 5. 10.: 2. Bundeskongreß des ÖGB.</p> <p>19. 10.: ÖGB fordert Maßnahmen zur Stabilisierung und Senkung der Preise.</p>	<p>Jänner: Eisenerzförderung erreicht Stand von 1937.</p> <p>21. 2.: Alliiertes Rat setzt Besatzungskosten 1951 mit 420 Millionen Schilling fest.</p> <p>4. 4.: Fünf Rahmengesetze zur Wirtschaftslenkung: unter anderem Gesetz über die Errichtung eines Wirtschaftsdirektoriums.</p> <p>4. 9.: Russen geben der Regierung die Anlagen des Donaukraftwerks Ybbs-Persenbeug zurück.</p> <p>Oktober: Bekämpfung der Fleischkrise: Kalb- und Schweinefleisch nur samstags und sonntags.</p> <p>November: Preissenkungsaktion soll die Wirtschaft stabilisieren.</p>	<p>Ende Jänner: Arbeitslosen höchststand: 219.150.</p> <p>13. 2.: Für die verstaatlichten Betriebe wird ein Sozialbeitrag geschaffen.</p> <p>21. 2.: Reichlich spät werden zur Bekämpfung der Winterarbeitslosigkeit 100 Millionen Schilling vom ERP-Sonderkonto und von der Regierung 600 Millionen freigegeben.</p> <p>1. 6.: Volkszählung: Österreich hat 6,933.905 Einwohner.</p> <p>Oktober: Höchster Beschäftigtenstand seit 1918: 2,051.050.</p>	<p>27. 5.: Theodor Körner wird im zweiten Wahlgang mit 2,172.806 gegen 2,004.290 Stimmen Gleißners zum Bundespräsidenten gewählt.</p> <p>4. 8.: Amerikaner halten 1000 Jugendliche, die zu den kommunistischen Weltjugendfestspielen in Berlin fahren wollen, in Saalfelden fest. Russen antworten mit Repressalien an der Demarkationslinie.</p> <p>30. 10.: Österreichische Regierung verlangt Wiederaufnahme der Staatsvertragsverhandlungen.</p> <p>6. 12.: Regierung fordert von den Besatzungsmächten die Abschaffung der Zensur.</p>	<p>19. 1.: Jugoslawien beendet Kriegszustand mit Österreich.</p> <p>10. 3.: Zum erstenmal in Friedenszeiten allgemeine Wehrpflicht in den USA.</p> <p>12. 3.: In Barcelona streiken 300.000 Arbeiter.</p> <p>18. 4.: Gründung der Montanunion (B, BRD, F, NL, J, L).</p> <p>2. 5.: England protestiert gegen die Verstaatlichung der persischen Erdölindustrie.</p> <p>9. 7.: Westmächte beenden Kriegszustand mit Deutschland.</p> <p>8. 9.: In San Franzisko wird Friedensvertrag mit Japan unterzeichnet.</p> <p>28. 11.: Feuereinstellung in Korea.</p>

ÖGB / AK / GEWERKSCHAFTLICHE AKTIVITÄTEN	WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG / WIRTSCHAFTSPOLITIK	SOZIALE ENTWICKLUNG / SOZIALPOLITIK	ALLGEMEINE POLITISCHE ENTWICKLUNG	STAATSVETRAG / INTERNATIONALE ENTWICKLUNG / WELTPOLITIK
<p>Anfang März: Russen verbieten in ihrer Zone zwei gegen die Fortdauer der Besetzung Stellung nehmende Plakate des ÖGB.</p> <p>3. 4.: ÖGB tritt in einem 10-Punkte-Programm für die Stabilisierung, aber gegen jede deflationistische Wirtschaftspolitik ein.</p> <p>24. 4.: 20.000 Bauarbeiter demonstrieren gegen Kürzung der Investitionen und für Vollbeschäftigung.</p> <p>30. 5. bis 2. 6.: 30.000 Teilnehmer am 2. österreichischen Gewerkschaftstreffen in der Steiermark.</p> <p>8. 7.: Zweistündiger Proteststreik der Wiener Handelsangestellten und Demonstration für den freien Samstagnachmittag und für eine gesetzliche Ladenschlußregelung.</p> <p>5. 10.: In Wien wird auf dem Grund des ehemaligen Rothschild-Palais ein modernes Lehrlingsheim der Arbeiterkammern Wien und Niederösterreich eröffnet, das 250 Lehrlinge aufnehmen kann.</p>	<p>Jänner: Freigabe von 400 Millionen Schilling aus den Schilling-erlösen der Marshallplan-Hilfe.</p> <p>Die mehr als 200 USIA-Verkaufsstellen in Ostösterreich haben 1 Milliarde Schilling Steuerschulden.</p> <p>19. 3.: Finanzminister streicht Ausgaben des Bundes für den Wohnhausbau und für die Elektrifizierung der Bundesbahnen, die der Nationalrat bei der Budgetberatung beschlossen hat.</p> <p>15. 5.: Bundeskanzler Figl bezieht auf einer Pressekonferenz in Washington die Schäden der Besetzung in Österreich mit einer Milliarde Dollar.</p> <p>13. 6.: Russen geben die Donau frei. Wieder österreichische Schifffahrt zwischen Wien und Linz.</p> <p>Juli: Krise in der Textilindustrie.</p> <p>21. 11.: Neues Dampfkraftwerk St. Andrä im Lavanttal eröffnet.</p> <p>23. 12.: Freigabe von 500 Millionen Schilling aus Counterpartmitteln zur Bekämpfung der Winterarbeitslosigkeit und für Investitionen.</p>	<p>Anfang Februar: Gleichstellung volksdeutscher mit inländischen Arbeitnehmern.</p> <p>Ende Februar: Arbeitslosen-höchststand mit 215.103.</p> <p>1. 5.: Rentenbestimmungen der Arbeiterwitwen denen der Angestelltenwitwen gleichgestellt.</p> <p>1. 11.: Zuckermarken abgeschafft.</p>	<p>31. 1.: Internationale Flüchtlingsorganisation (IRO) beendet ihre Tätigkeit in Österreich.</p> <p>18. 7.: Nationalrat beschließt drei Naziarnestgesetze.</p> <p>22. 10.: Rücktritt der Regierung, da sie sich nicht über das Budget für 1953 einig kann.</p>	<p>Jänner: Unruhen in der Suezkanalzone.</p> <p>Anfang Februar: Ein amerikanischer Atomforscher erklärt, Amerika verfüge über etwa 1000 Atombomben, Rußland nur über etwa 100.</p> <p>14. 3.: Westmächte schlagen einen Kurzvertrag für Österreich vor, der unter anderem den unverzüglichen Abzug der Besatzungstruppen und den Verzicht auf das Deutsche Eigentum enthält.</p> <p>26. 5.: Das Besatzungsstatut für Westdeutschland wird aufgehoben.</p> <p>21. 7.: Schwere Unruhen in Persien. Blutige Straßenkämpfe zwischen Regierungstruppen und Anhängern des einige Tage zuvor zurückgetretenen Ministerpräsidenten Mossadeq.</p> <p>4. 11.: Eisenhower zum Präsidenten der USA gewählt.</p> <p>20. 12.: Vollversammlung der UNO nimmt auf Initiative Brasiliens eine Resolution für die Freiheit Österreichs in Abwesenheit von zehn Ländern, darunter die Ostblockstaaten, ohne Gegenstimmen an.</p>

<p>ÖGB / AK / GEWERKSCHAFTLICHE AKTIVITÄTEN</p>	<p>WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG / WIRTSCHAFTSPOLITIK</p>	<p>SOZIALE ENTWICKLUNG / SOZIALPOLITIK</p>	<p>ALLGEMEINE POLITISCHE ENTWICKLUNG</p>	<p>STAATSVERTRAG / INTERNATIONALE ENTWICKLUNG / WELTPOLITIK</p>
<p>15. 1.: ÖGB und Arbeiterkammern fordern Einstellung weiterer Abbaumaßnahmen in der gesamten Wirtschaft, Begebung von Schatzscheinen, Senkung der Bankrate und der Kreditkosten.</p>	<p>5. 1.: Bei den VÖEST in Linz wird das erste nach dem neuen Sauerstoffverfahren arbeitende Stahlwerk der Welt in Betrieb genommen.</p> <p>April: Butter wird mit Staatszuschuß ausgeführt.</p>	<p>1. 5.: Nach 13½ Jahren offizielles Ende der Lebensmittelkarten, noch billiges Fett abgegeben wurde.</p>	<p>22. 2.: Nationalratswahlen bringen folgendes Ergebnis: ÖVP 74, SPÖ 73, VdU 14, KPÖ 4. – Landtagswahlen in Kärnten, Steiermark und Burgenland bringen Mandatsergebnisse der SPÖ.</p>	<p>Für 30. Jänner in London vorge-sehene Sitzung des Sonderberauftragten für den österreichischen Staatsvertrag wird abge-sagt, weil Russen verlangen, daß Westmächte ihren Kurzvertrags-entwurf zurückziehen.</p>
<p>18. 4.: Österreichische Arbeiterorganisationen gründen mit einer Einlage von einer Million Schilling Theodor-Körner-Stiftung zur Förderung der Wissen-schaft und Kunst.</p>	<p>4. 5.: Einheitlicher Devisenkurs: 1 Dollar = 26 Schilling.</p>	<p>9. 6.: Sowjetische Besatzungs-macht hebt an der Demarkati-onslinie die ständige Kontrolle des Personen- und Lastenver-kehrs auf.</p>	<p>9. 6.: Russen heben die in ihrer Besatzungszone bestehende Sonderzensur auf.</p>	<p>5. 3.: Stalin stirbt im 74. Lebens-jahr. Nachfolger: Malenkow; KPdSU-Sekretär Chruschtschow.</p>
<p>30. 8. bis 6. 9.: Drittes österreichi-sches Gewerkschaftstreffen un-ter dem Motto „60 Jahre Gewerk-schaftsbewegung in Österreich“ in Wien: 300.000 Teilnehmer.</p>	<p>1. 7.: Österreich ist Vollmitglied der Europäischen Zahlungs-union.</p>	<p>9. 7.: Jugendeinstellungsgesetz.</p>	<p>12. 8.: Russen heben die in ihrer Besatzungszone bestehende Sonderzensur auf.</p>	<p>17. 6.: Aufstand in Ost-Berlin, Zehntausende Demonstranten, Streiks in ganz Ostdeutschland. Nach einigen Tagen blutig unter-drückt.</p>
<p>30. 10.: Die österreichischen Ar-beiter und Angestellten erinnern durch fünf Minuten Arbeitsruhe die Alliierten an das uneingelö-ste Versprechen der Moskauer Deklaration vom 1. November 1943.</p>	<p>17. 7.: Russen übergeben der Re-gierung die Aktiven des Kraft-werkbaues Ybbs-Persenbeug.</p> <p>Anfang August: USA bewilligen weitere Freigabe von 800 Millio-nen Schilling aus dem Gegen-wertfonds der Amerikahilfe.</p>	<p>14. 10.: In einem Heimkehrer-transport kommen aus Rußland auch 200 nach dem Krieg aus Österreich verschleppte Zivil-personen nach Hause.</p>	<p>10. 9.: Österreich verlangt, daß es an den zukünftigen Staatsvertrags-verhandlungen teilnehmen darf.</p>	<p>22. 7.: In Panmundschoon wird Waffenstillstandsabkommen un-terzeichnet. In Korea ruhen die Waffen.</p>
<p>30. 8. bis 6. 9.: Drittes österreichi-sches Gewerkschaftstreffen un-ter dem Motto „60 Jahre Gewerk-schaftsbewegung in Österreich“ in Wien: 300.000 Teilnehmer.</p>	<p>1. 11.: Die Nationalbank stellt bei Auslandsreisen pro Person und Jahr für 100 Dollar Devisen zur Verfügung.</p>	<p>6. 11.: Alliiertes Rat genehmigt Amnestie für Spätheimkehrer.</p> <p>Ende Dezember: 1953 wurden 38.188 Wohnungen gebaut.</p>	<p>4. 11.: Am 35. Jahrestag der Be-setzung Triests durch Italien bre-chen in Triest blutige Unruhen aus. Straßenschlachten zwischen Demonstranten und Polizei.</p>	<p>17. 8.: Westmächte lassen unter der Bedingung, daß Moskau kei-ne weiteren Schwierigkeiten be-reite, den „Kurzvertrag“ fallen.</p>

ÖGB / AK / GEWERKSCHAFTLICHE AKTIVITÄTEN	WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG / WIRTSCHAFTSPOLITIK	SOZIALE ENTWICKLUNG / SOZIALPOLITIK	ALLGEMEINE POLITISCHE ENTWICKLUNG	STAATSVETRAG / INTERNATIONALE ENTWICKLUNG / WELTPOLITIK
<p>25. 1.: ÖGB verlangt von der Regierung rasche Maßnahmen gegen die Winterarbeitslosigkeit.</p> <p>April: Betriebsratswahlen vom September 1953 bis März 1954 (540.000 Beschäftigte): 62,5% SPÖ, 26,3% Partei unbekannt, 5,2% KPÖ, 5,5% ÖVP, 0,5% VdU.</p>	<p>1. 1.: England und Frankreich verlangen keine Besatzungskosten mehr.</p> <p>Jänner: Infolge der guten Fortschritte der österreichischen Wirtschaft wird amerikanische Wirtschaftshilfe für Österreich eingestellt.</p> <p>26. 3.: Minister Waldbrunner teilt mit, daß die verstaatlichten Unternehmen 1954 4,4 Milliarden Schilling für arbeitschaffende Investitionen aufwenden werden.</p> <p>19. 7.: Weltbank gewährt Österreich eine Anleihe von 12 Millionen Dollar zum Ausbau des Wasserkraftwerks Reifseck-Kreuzeck.</p> <p>September: Österreichs Wirtschaft nähert sich der Hochkonjunktur.</p>	<p>10. 3.: Heimarbeitsgesetz.</p> <p>9. 4.: Jugendwohlfahrtsgesetz.</p> <p>6. und 7. 7.: Wichtige Rentengesetze, Gesetze über den Kapitalmarkt und die Wohnbauförderung.</p> <p>September: Arbeitslosenstand mit 91.729 der niedrigste seit 1951.</p> <p>15. 10.: Eröffnung des Hugo-Breitner-Hofs, mit 1112 Wohnungen Wiens größte Nachkriegs-Wohnanlage.</p> <p>Oktober: 2.075.019 Beschäftigte – höchster Stand seit 1918.</p>	<p>7. 2.: Unter Führung von Außenminister Figl und Staatssekretär Kreisky fliegt offizielle österreichische Delegation zur Berliner Konferenz.</p> <p>13. 2.: Österreichische Regierung weist russische Zumutung, Österreich auch nach Abschluß des Staatsvertrags besetzt zu halten, als unannehmbar zurück.</p> <p>Novellierung des gegen die Gewerkschaften gerichteten „Antiterror-Gesetzes“ von 1930.</p> <p>17. 10.: Landtagswahlen in Wien, Niederösterreich, Salzburg und Vorarlberg.</p> <p>3. 11.: Sprecher aller Nationalratsfraktionen lehnen Berliner Entscheidung ab und betonen, daß der Anschluß von 1938 null und nichtig ist.</p>	<p>25. 1. bis 18. 2.: Berliner Viererkonferenz berät Entspannung der internationalen Lage, deutsche Frage und österreichischen Staatsvertrag. Über die beiden letzten Punkte wird keine Einigung erzielt.</p> <p>7. 5.: Nach 57tägiger Belagerung erobern in Indochina die Vietnam-Streitkräfte die französische Dschungelfestung Dien Bien Phu.</p> <p>21. 7.: Genfer Konferenz einigt sich über Waffenstillstand in Indochina.</p> <p>8. 9.: Acht Staaten unterzeichnen in Manila Vertrag über die Verteidigung Südostasiens (SEATO).</p> <p>23. 10.: Pariser Verträge: Souveränität für Westdeutschland, Aufnahme der BRD in NATO beschlossen.</p> <p>30. 10.: Deutsches Bundesverwaltungsgericht in Berlin entscheidet, daß Österreicher, die seit 1945 in Deutschland leben, noch immer die 1938 erworbene deutsche Staatsbürgerschaft besitzen.</p> <p>2. 12.: Deutsches Bundeskanzleramt anerkennt in einem Communiqué Anschluß als aufgehoben.</p>
<p>24. und 25. 10.: Arbeiterkammerwahlen: SPÖ 68,8%, ÖVP 16%, KPÖ 9,9%, VdU 2,5%, Sonstige 3%.</p>	<p>15. 12.: Gesetz über den Familienlastenausgleich und Gesetz über die Senkung der Einkommensteuer.</p>		<p>Während des Jahres Beginn des Algerienkriegs Frankreichs.</p>	

ÖGB / AK / GEWERKSCHAFTLICHE AKTIVITÄTEN	WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG / WIRTSCHAFTSPOLITIK	SOZIALE ENTWICKLUNG / SOZIALPOLITIK	ALLGEMEINE POLITISCHE ENTWICKLUNG	STAATSVETRAG / INTERNATIONALE ENTWICKLUNG / WELTPOLITIK
<p>10. 2.: Protestversammlungen der Bäckerarbeiter gegen Verschleppung des Bäckerarbeiterschutzgesetzes.</p> <p>21. 4.: Eine sozialistische Betriebsrätekonferenz fordert Verbleib der USIA-Betriebe nach deren Rückgabe im Eigentum des österreichischen Volkes.</p> <p>18. bis 22. 10.: 3. Bundeskongreß des ÖGB: Aktionsprogramm für die nächsten Jahre beschlossen.</p>	<p>27. 1.: Abkommen Österreich-CSSR über die Donauschifffahrt.</p> <p>9. 3.: Bundeskanzler Raab stellt im Nationalrat fest, daß der Anschluß Österreichs an die Weltwirtschaft gelungen ist.</p> <p>26. 3.: Die neue Profilstrecke im Grobwalzwerk Donawitz wird in Betrieb genommen (damit Werksausbau abgeschlossen).</p> <p>20. 5.: US-Regierung gibt 869.000 Dollar Auslandshilfsmittel für Österreich frei.</p> <p>21. 7.: Wirtschaftsabkommen Österreich-UdSSR.</p> <p>13. 8.: Übergabe der USIA-Betriebe, der DDSC und der russischen Mineralölverwaltung an Österreich.</p>	<p>1. 1.: Beschäftigtenstand 1.996.279 (um 119.390 größer als im Vorjahr).</p> <p>31. 3.: Bäckerarbeiterschutzgesetz.</p> <p>9. 9.: Allgemeines Sozialversicherungsgesetz (ASVG).</p>	<p>16. 3.: Bundesregierung erklärt die Absicht Österreichs, bündnisfrei zu bleiben.</p> <p>11. bis 15. 4.: Entscheidender Durchbruch bei Staatsvertragsverhandlungen in Moskau.</p> <p>2. bis 12. 5.: Botschafterkonferenz der vier Mächte in Wien – volle Übereinstimmung bezüglich Staatsvertrag.</p> <p>14. 5.: Abschluß des Warschauer Pakts = Militärbündnis der kommunistischen Staaten Mittel-, Ost- und Südost-Europas.</p> <p>15. 5.: Unterzeichnung des Österreichischen Staatsvertrags.</p> <p>20. 5.: Ende der sowjetischen Kontrolle bei österreichischen Verwaltungsbehörden.</p> <p>8. 7.: Alliiertes Rat hebt Verbot über militärische Betätigung Österreichs auf.</p> <p>27. 7.: Letzte Sitzung des Alliierten Rats.</p> <p>25./26. 10.: Die letzten Besatzungssoldaten verlassen Österreich.</p> <p>26. 10.: Verfassungsgesetz über die immerwährende Neutralität Österreichs.</p>	<p>8. 2.: Rußland macht Staatsvertrag weiterhin von Lösung der „Deutschen Frage“ abhängig.</p> <p>24. 3.: Raab wird von UdSSR zu Staatsvertragsverhandlungen nach Moskau eingeladen.</p> <p>11. bis 12. 5.: Botschafterkonferenz der vier Mächte in Wien – volle Übereinstimmung bezüglich Staatsvertrag.</p> <p>14. 5.: Abschluß des Warschauer Pakts = Militärbündnis der kommunistischen Staaten Mittel-, Ost- und Südost-Europas.</p> <p>20. bis 24. 5.: 4. Weltkongreß des IBFG in Wien.</p> <p>Während des Jahres: Zypernkrise (offener Konflikt zwischen GB, Griechenland, Türkei).</p> <p>16. bis 21. 9.: Militärputsch in Argentinien stürzt Perón-Diktatur.</p> <p>Während des Jahres: Beginn der Umrüstung der Großmächte auf Atomwaffen (= Abbau des konventionellen Rüstungspotentials).</p>

Ö S T E R R E I C H

	ÖGB / AK / GEWERKSCHAFTLICHE AKTIVITÄTEN	WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG / WIRTSCHAFTSPOLITIK	SOZIALE ENTWICKLUNG / SOZIALPOLITIK	ALLGEMEINE POLITISCHE ENTWICKLUNG	STAATSVETRAG / INTERNATIONALE ENTWICKLUNG / WELTPOLITIK
Ende 1955	<p>ÖGB-Präsidium fordert Verhandlungen über Preisstabilisierung.</p>	<p>Ende Dezember: Produktivitätssteigerung 13,5% (Jahresdurchschnitt); reale BSP-Zunahme 10%.</p>	<p>Verfassungsgerichtshof bestätigt: in Österreich gilt die 48-Stunden-Woche.</p> <p>Bei Eumig: 45-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich.</p> <p>Wien wird Sitz der Internationalen Atomenergiekommission.</p>	<p>Gründung der FPÖ.</p> <p>15. 12.: Aufnahme Österreichs in die UNO.</p>	<p>Die US-Gewerkschaftsverbände AFL und CIO vereinigen sich zur AFL-CIO (16 Millionen Mitglieder).</p> <p>USA verkünden „Politik der Stärke“.</p>
1956	<p>19. bis 21. 5.: 4. Gesamtösterreichisches Gewerkschaftstreffen.</p> <p>ÖGB-Appell zur Solidaritätsaktion für das ungarische Volk.</p> <p>IBFG-Komitee koordiniert in Wien mit ÖGB internationale Hilfeaktion für Ungarn.</p>	<p>Wirtschaftsabkommen USA-Österreich.</p> <p>Böhler-Werk hat höchste Produktionsleistung seit seinem Bestehen (150.000 Tonnen).</p> <p>Investitionsprogramm 1956/57: 1050 Millionen Schilling.</p>	<p>Verfälschung von Wahlen in Österreich.</p> <p>13. 5.: Nationalratswahlen – Ergebnis: ÖVP 52, SPÖ 74, FPÖ 6, KPÖ 3. Neue Koalitionsregierung Raab II.</p> <p>Verschärfter Konflikt Freiheitsbewegung – französische Kolonialmacht in Algerien.</p>	<p>Beitritt Österreichs zum Europarat.</p>	<p>Suez-Krise (Großbritannien/Frankreich-Ägypten); Weltkriegsgefahr.</p> <p>Israel besetzt Sinai-Halbinsel.</p> <p>Aufstand in Ungarn durch UdSSR blutig niedergeschlagen (190.000 Flüchtlinge).</p> <p>Arbeiteraufstand in Posen (Polen).</p>
1957	<p>Ungarnhilfe und Hilfe für Flüchtlinge wird fortgesetzt.</p> <p>27. 2.: Konstituierende Sitzung der Paritätischen Kommission für Preis- und Lohnfragen.</p> <p>19. 11.: In Wien stirbt die Pionierin der österreichischen Gewerkschaftsbewegung, Anna Borsche.</p>	<p>Handelsvertrag mit der UdSSR.</p>	<p>13. 2.: Mutterschutzgesetz.</p> <p>Österreich unterzeichnet die europäische Menschenrechtskonvention.</p>	<p>Tod von Bundespräsident Körner. Nachfolger wird Adolf Schärf.</p> <p>Beginn der Südtirolspannungen zwischen Österreich und Italien.</p> <p>G. F. Kennan (ehemaliger US-Botschafter in Moskau) fordert Beendigung des atomaren Wettrennens.</p>	<p>Syrien-Krise: Syrien beschuldigt USA des Umsturzversuchs.</p> <p>Start des 1. Erdsatelliten (Sputnik) durch die UdSSR.</p> <p>UdSSR: erfolgreiche Versuche mit Interkontinentalraketen/ NATO: Mittelstreckenraketen für Mitteleuropa.</p>
1958	<p>Der ÖGB fordert in einem Schreiben an die Unternehmerverbände baldigen Verhandlungsbeginn betreffend Einführung der 45-Stunden-Woche.</p> <p>19. 12.: Aussprache wegen Abschluß eines Gesamt-KV zur Einführung der 45-Stunden-Woche zwischen Funktionären von ÖGB und Bundeswirtschaftskammer.</p>	<p>Weltbankanleihe für Österreich (10,76 Millionen Dollar). UdSSR verzichtet auf Teil der im Staatsvertrag vorgesehenen Rohöllieferungen; statt dessen zum Teil Waren.</p> <p>Grundsteinlegung für ÖMV-Großraffinerie Schwechat.</p>	<p>Im Österreichischen Bergbau 45-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich.</p>	<p>Tiroler Landtag fordert Autonomie für Südtirol.</p> <p>Neues SPÖ-Parteiprogramm.</p>	<p>Französische Regierung stürzt über Algerienkonflikt; de Gaulle wird Staatspräsident.</p> <p>Gründung der „Vereinigten Arabischen Republik“ (VAR) Ägypten-Syrien.</p> <p>Bürgerkrieg im Libanon; kurzfristige Intervention der USA.</p>

Ö S T E R R E I C H

	ÖGB / AK / GEWERKSCHAFTLICHE AKTIVITÄTEN	WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG / WIRTSCHAFTSPOLITIK	SOZIALE ENTWICKLUNG / SOZIALPOLITIK	ALLGEMEINE POLITISCHE ENTWICKLUNG	STAATSVETRAG / INTERNATIONALE ENTWICKLUNG / WELTPOLITIK
1959	<p>13. 5.: Tod von ÖGB-Präsident Johann Böhm (Nachfolger wird Franz Olah).</p> <p>21. bis 25. 9.: 4. Bundeskongress des ÖGB.</p> <p>12. und 13. 10.: Arbeiterkammerwahlen.</p> <p>Bäckereiarbeiterstreik in ganz Österreich</p>	<p>USA stellen Österreich Vermögenswerte von 6 Millionen Dollar zurück.</p> <p>Gesamtrohneisenproduktion der VÖEST im Jahr 1,4 Millionen Tonnen.</p> <p>Österreich wird Mitglied der EFTA.</p>	<p>1. 2.: General-KV über Einführung der 45-Stunden-Woche tritt in Kraft.</p> <p>Verband der österreichischen Konsumentenorganisationen eröffnet Beschwerdestelle für Verbraucherangelegenheiten.</p>	<p>10. 5.: Nationalratswahlen – Ergebnis: ÖVP 79, SPÖ 78, FPÖ 8. Regierung Raab III.</p> <p>Südtirolkonflikt verschärft sich.</p> <p>Südtirolrede Außenminister Kreiskys bei UN-Generalversammlung.</p>	<p>Godesberger Programm der SPD.</p> <p>Chruschtschow verkündet Möglichkeit der „friedlichen Koexistenz“/Treffen Eisenhower-Chruschtschow („Geist von Camp David“).</p> <p>Kubanische Revolution unter Fidel Castro siegt.</p>
1960	<p>10. 3.: Konferenz der freien Gewerkschaftsverbände der EFTA-Länder in Wien.</p> <p>ÖGB-Bundesvorstand fordert die Bildung einer Wirtschaftskommission.</p> <p>ÖGB-Präsidium beschließt Schaffung eines „Hilfsfonds für Entwicklungsgebiete“.</p>	<p>23. 3.: Nationalrat bestätigt EFTA-Beitritt Österreichs.</p> <p>Zollsenkungen zwischen EFTA-Staaten.</p> <p>22. 11.: Konstituierende Sitzung der staatlichen Wirtschaftskommission.</p> <p>Jahresumsatz der VÖEST: 6 Milliarden Schilling.</p>	<p>Gründungsversammlung des Vereins für Konsumenteninformation.</p> <p>5. ASVG-Novelle = Rententform.</p> <p>Ende August: um 24,6% weniger Arbeitslose als im Vorjahr.</p>	<p>Regierung Raab IV (personell unverändert).</p> <p>Staatsbesuch des UdSSR-Ministerpräsidenten Chruschtschow in Österreich.</p> <p>Ausweitung des Südtirol-Konflikts: Südtirolresolution der UNO.</p> <p>Kongo-Konflikt.</p>	<p>Spanien: Franco-Regime erklärt Lohnstreiks zur militärischen Rebellion.</p> <p>Frankreich zündet seine erste Atombombe.</p> <p>Neues UdSSR-Staatsoberhaupt: L. Breschnew.</p> <p>Neuer US-Präsident John F. Kennedy.</p>
1961	<p>ÖGB-Präsident Olah legt sein Abgeordnetenmandat im Nationalrat (2. NR-Präsident) zurück.</p> <p>Raab-Olah-Abkommen über Ausbau der Paritätischen Kommission.</p>	<p>Weitbankkongress in Wien.</p>	<p>22. 3.: Krankenpflegegesetz (Neuregelung der Ausbildung).</p> <p>Volkszählung: 7.073.807 Einwohner.</p>	<p>Regierung Gorbach I. Südtirolverhandlungen scheitern; Bombenterror in Südtirol.</p> <p>Bau der Berliner Mauer.</p>	<p>UN-Generalsekretär Hammarskjöld bei Flugzeugabsturz im Kongo getötet.</p> <p>Juni: Kennedy-Chruschtschow-Treffen in Wien.</p>
1962	<p>Metallarbeiterstreik – größter Lohnkonflikt seit 1945.</p> <p>Lohn-Preis-Stillhalteabkommen zwischen den Wirtschaftspartnern.</p> <p>13tägiger Streik in den steirischen Coca-Cola-Betrieben erfolgreich.</p>	<p>UdSSR-Protest gegen EWG-Ansuchen Österreichs.</p>	<p>Änderung des Kinder- und Jugendlichsbeschäftigungsgesetzes (Anpassung am IAO-Übereinkommen über Verbot der Kinderarbeit).</p> <p>Österreich an 1. Stelle bei Verkehrstoten.</p>	<p>18. 11.: Nationalratswahlen – Ergebnis: ÖVP 81, SPÖ 76, FPÖ 8; schwierige Koalitionsverhandlungen. Höchster Beschäftigtenstand seit 1945. Entspannung im Südtirolkonflikt.</p>	<p>DGB-Kongress lehnt jede Notstandssetzung ab.</p> <p>Ende des Algerienkriegs/Algerien unabhängig.</p> <p>Kuba-Krise USA-UdSSR.</p>
1963	<p>28. 3.: Franz Olah legt ÖGB-Präsidentschaft zurück (wird Innenminister). Mit ÖGB-Geschäftsführung betraut: Anton Benya.</p>	<p>Verhandlungen über EWG-Assoziation Österreichs.</p>	<p>Wiederwahl Adolf Schärf zum Bundespräsidenten. Südtirolverhandlungen gehen weiter.</p>	<p>Regierung Gorbach II.</p> <p>9. bis 19. 7.: 1. Weltjugendtreffen des IBFG in Wien.</p>	<p>DGB-Grundsatzprogramm verabschiedet. Sekretär der illegalen spanischen KP hingerichtet.</p>

Ö S T E R R E I C H

	WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG/ WIRTSCHAFTSPOLITIK	SOZIALE ENTWICKLUNG/ SOZIALPOLITIK	ALLGEMEINE POLITISCHE ENTWICKLUNG	STAATSVETRAG/ INTERNATIONALE ENTWICKLUNG/ WELTPOLITIK
1963	<p>ÖGB / AK / GEWERKSCHAFTLICHE AKTIVITÄTEN</p> <p>23. bis 27. 9.: 5. Bundeskongress des ÖGB. Benya wird Präsident.</p>	<p>16. 10.: Studienförderungsgesetz.</p>	<p>Schwere Kämpfe in Vietnam.</p> <p>US-Bürgerrechtsbewegung/Kennedy legt Rassenintegrationsprogramm vor.</p>	<p>Vertrag über teilweisen Verzicht auf Atomversuche.</p> <p>22. 10.: US-Präsident Kennedy ermordet/Nachfolger Lyndon B. Johnson.</p>
1964	<p>Ende der Ablöselieferungen Österreichs an die UdSSR.</p> <p>Fremdenverkehrsrekord im 1. Halbjahr (Olympische Winterspiele).</p>	<p>18. 11.: General-KV über Verlängerung des Mindesturlaubs und des Höchsturlaubs (auch für Arbeiter).</p> <p>Gesetz „Krankheit unterbricht Urlaub“.</p>	<p>Regierung Klaus I.</p> <p>Volksbegehren zur Rundfunkreform.</p> <p>Österreich bei UN-Friedenstruppe in Zypern.</p>	<p>Vizekanzler Pittermann Präsident der Sozialistischen Internationale (SI).</p> <p>Zypernkonflikt Griechenland-Türkei/Einsatz von UN-Truppen.</p>
1965	<p>EWG-Verhandlungen über „Vertrag besonderer Art“ mit Österreich in Vorbereitung.</p> <p>Ministerrat beschließt finanzielle Unterstützung zur Weiterführung des Rax-Werkes in Wr. Neustadt.</p>	<p>Novelle zum Betriebsrätegesetz (Funktionsperiode 3 Jahre).</p> <p>Um den faschistischen Gedankengut lehrenden Welthandelsprofessor Borodajkewycz kommt es zu heftigen Auseinandersetzungen.</p> <p>Aufhebung des Visum-Zwangs für Jugoslawien.</p>	<p>Tod von Bundespräsident Schörf. Nachfolger wird Franz Jonas.</p> <p>Widerstand der bolivianischen Zinnarbeiter gegen Militärdiktatur blutig unterdrückt.</p> <p>Blutige Grenzzwischenfälle Israel/Jordanien.</p>	<p>De Gaulle kündigt NATO-Austritt Frankreichs an.</p> <p>Verschärfte Rassenunruhen in den USA.</p> <p>Beginn des direkten Truppeneinsatzes der USA in Vietnam.</p> <p>Chinesische „Kulturrevolution“.</p>
1966	<p>Beginn der EWG-Verhandlungen über den Beitritt Österreichs in Brüssel.</p> <p>ÖIG-Gesetz = Neuordnung der Verstaatlichten Industrie.</p>	<p>Altersgrenze für Frühpension auf 60 (Männer) beziehungsweise 55 Jahre (Frauen) herabgesetzt.</p> <p>ASVG-Novelle: Kosten für Spitalsaufenthalt ohne zeitliche Begrenzung.</p>	<p>6. 3.: Nationalratswahlen – Ergebnis: ÖVP 85, SPÖ 74, FPÖ 6; ÖVP-Alleinregierung Klaus II.</p> <p>Südtirolkonflikt: Bombenanschläge in Südtirol und Wien.</p> <p>Auseinandersetzung SPÖ-ÖVP, FPÖ um Einreise von Dr. Otto Habsburg.</p> <p>NDP-Gründung.</p> <p>ÖVP und FPÖ beschließen neues Rundfunkgesetz (in Kraft 1967).</p>	<p>Schwere Unruhen im belgischen Kohlerevier gegen Abbau der Sozialleistungen.</p> <p>SVP nimmt „Südtirolpaket“ der italienischen Regierung an.</p> <p>Abzug des NATO-Hauptquartiers aus Frankreich beschlossen.</p> <p>Weltweite Proteste gegen Vietnamkrieg.</p> <p>Blutige Rassenunruhen in den USA/erster schwarzer Minister R. C. Weaver.</p>

Ö S T E R R E I C H

	ÖGB / AK / GEWERKSCHAFTLICHE AKTIVITÄTEN	WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG / WIRTSCHAFTSPOLITIK	SOZIALE ENTWICKLUNG / SOZIALPOLITIK	ALLGEMEINE POLITISCHE ENTWICKLUNG	STAATSVETRAG / INTERNATIONALE ENTWICKLUNG / WELTPOLITIK
1967	<p>1. Personalvertretungswahlen im öffentlichen Dienst.</p> <p>24. bis 29. 9.: 6. Bundeskongreß des ÖGB. Forderung nach Einführung der 40-Stunden-Woche.</p>	<p>Veto Italiens gegen die EWG-Assoziierung Österreichs.</p> <p>Österreich: Nach Schweiz und Niederlande dritthöchste valutairische Deckung des Gesamtumlaufs seiner Währung (79%).</p>	<p>21. ASVG-Novelle: Zum Teil wesentliche Verbesserungen des Sozialversicherungsrechts.</p> <p>26. 10.: Nationalfeiertag erstmals bezahlter arbeitsfreier Staatsfeiertag.</p>	<p>„Südtirolpaket“ zwischen Österreich und Italien ausgehandelt.</p> <p>Terroranschläge an der österreichisch-italienischen Grenze. Wien wird Hauptsitz der UNIDO.</p>	<p>Militärputsch in Griechenland – Diktatur.</p> <p>„6-Tage-Krieg“ Israel-arabische Nachbarstaaten.</p> <p>Bürgerkrieg in Nigeria (Biafra-Konflikt/Hungerkatastrophe).</p>
1968	<p>27. 8.: 5 Minuten Arbeitsruhe als Sympathiekundgebung für den Freiheitskampf des Volkes in der CSSR.</p> <p>ÖGB bildet Aktionskomitee für Flüchtlingshilfe.</p> <p>ÖGB/ÖAKT verlangen Reform der Sozialgerichtsbarkeit.</p>	<p>VÖEST ergiebigste Devisenbringer Österreichs.</p> <p>Baubeginn der Adria-Wien-Pipeline.</p> <p>Eskalation von palästinensischen Terroraktionen und israelischen Gegenschlägen.</p>	<p>Statt Kinderbeihilfe einheitliche und höhere Familienbeihilfe.</p> <p>Wahlalter auf 19 Jahre gesenkt.</p>	<p>Regierungsumbildung: Kabinett Klaus III.</p> <p>Studenten- und Schülerdemonstrationen (68er-Bewegung).</p> <p>Höhepunkt des Vietnamkriegs.</p>	<p>20. 8.: Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen in der CSSR beendet den „Prager Frühling“.</p> <p>„Breschnew-Doktrin“ rechtfertigt Interventionen im UdSSR-Einflußbereich.</p> <p>Richard Nixon neuer US-Präsident.</p>
1969	<p>ÖGB-Bundesvorstand fordert modernes Arbeitszeitgesetz.</p> <p>21. und 22. 9.: Arbeiterkammerwahlen; Mandatsverteilung: SPÖ 590, ÖAAB 195, GE 11, FPÖ 40, PF 4.</p>	<p>Österreich an der Spitze der Exportsteigerungen (Ö: 21%, EFTA Ø 15,2%, EG Ø 11%).</p> <p>Verhandlungen betreffend Novellierung des ÖIG-Gesetzes.</p> <p>Neue Ausweitung des Bürgerkriegs in Nordirland.</p>	<p>4. bis 11. 5.: Volksbegehren zur Einführung der 40-Stunden-Woche.</p> <p>90.752 Arbeitsuchende (= 10,3% zuvor).</p> <p>Anti-Vietnam-Demonstrationen in USA.</p>	<p>Einigung Österreich-Italien über Vorgangsweise in Südtirolfrage.</p> <p>Anti-Schah-Demonstrationen in Wien.</p> <p>SPD-FDP-Koalition in der BRD / W. Brandt Bundeskanzler.</p>	<p>Atomsperrvertrag unterzeichnet.</p> <p>Frankreich: Rücktritt de Gaulles.</p> <p>US-Gewerkschaftsbund AFL-CIO tritt aus IBFG aus.</p> <p>IBFG verurteilt Unterdrückung spanischer Arbeiter.</p>
1970	<p>Protest des ÖSW-Betriebrats gegen Fusionsierungsbeschuß ÖMV-ÖSW.</p> <p>ÖGB-Bundesvorstand verurteilt Terror der spanischen Regierung gegen streikende Arbeiter.</p>	<p>Regierungsbeschuß: Fusion ÖMV-Stickstoffwerke (durchgeführt „kleine Lösung“ = 50:50-Beteiligung ÖMV/ÖSW an Petrochemie).</p> <p>Paritätische Kommission fordert preisdämpfende Maßnahmen.</p> <p>Beginn der Verhandlungen Österreich-EWG.</p> <p>Günstige Situation der Wirtschaft.</p>	<p>General-KV über etappenweise Einführung der 40-Stunden-Woche tritt in Kraft.</p> <p>25. ASVG-Novelle bringt bedeutende Verbesserungen bei Pensionen.</p>	<p>1. 3.: Nationalratswahlen – Ergebnis: SPÖ 81, ÖVP 79, FPÖ 5. SPÖ-Minderheitsregierung Kreisky I.</p> <p>Unruhen in Polen: Rücktritt Gomułka.</p>	<p>Beginn der SALT-Konferenz USA-UdSSR zur Begrenzung der strategischen Waffen in Wien.</p> <p>Deutsch-polnischer Vertrag = faktische Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze.</p>
1971	<p>20. bis 24. 9.: 7. Bundeskongreß des ÖGB</p>		<p>6. Weltkongreß für die Verhütung von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten in Wien.</p>	<p>Wiederwahl von Franz Jonas zum Bundespräsidenten.</p>	<p>Italien nimmt „Südtirolpaket“ an.</p> <p>Kurt Waldheim wird UN-Generalsekretär.</p>

Ö S T E R R E I C H

ÖGB / AK / GEWERKSCHAFTLICHE AKTIVITÄTEN	WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG / WIRTSCHAFTSPOLITIK	SOZIALE ENTWICKLUNG / SOZIALPOLITIK	ALLGEMEINE POLITISCHE ENTWICKLUNG	STAATSVETRAG / INTERNATIONALE ENTWICKLUNG / WELTPOLITIK
<p>1971</p> <p>ÖGB-Präsident Anton Benya wird 1. Nationalratspräsident. Freizeit-Unfallversicherung für alle ÖGB-Mitglieder.</p>	<p>Internationale Währungskrise; Gegenmaßnahme Schillingaufwertung.</p> <p>1. Hauptversammlung der ÖIAG.</p>	<p>Betriebsrätegesetz-Novelle.</p> <p>Gesetz über „Stärkhilfe“ für junge Ehepaare („Heiratsgeld“).</p> <p>Novelle zum Arbeiterurlaubsgesetz (zum Teil Angleichung an Angestellte).</p>	<p>10. 10.: Nationalratswahlen – Ergebnis: SPÖ 93, ÖVP 80, FPÖ 10. SPÖ-Alleinregierung Kreisky II.</p> <p>„Kleine Strafrechtsreform“ = Modernisierung des Sexualstrafrechts.</p> <p>Präsenzdienst auf 6 Monate herabgesetzt.</p>	<p>Aufnahme der Volksrepublik China in die UNO, Ausschluss Taiwans.</p> <p>24. bis 26. 6.: Weltwirtschaftskonferenz des IBFG in Genf.</p> <p>Beginn der Kontroverse um wirtschaftliche Nutzung der Kernenergie in der BRD.</p>
<p>1972</p> <p>Neuregelung der Unterstützungsordnung des ÖGB.</p> <p>ÖGB-Bundesvorstand fordert Erweiterung der betrieblichen und überbetrieblichen Mitbestimmung.</p> <p>ÖGB-Präsident Benya fordert Änderung des Rundfunkgesetzes.</p>	<p>Freihandelsabkommen Österreich-EWG („Interimsabkommen“).</p> <p>Reale Wachstumsrate: 6,4% (1. Stelle unter europäischen Industriestaaten).</p> <p>Nationalrat beschließt währungspolitische Stabilisierungsmaßnahmen.</p>	<p>Die 42-Stunden-Woche tritt in Kraft.</p> <p>Vollbeschäftigung.</p> <p>Arbeitnehmerschutzgesetz.</p> <p>Sozialversicherungsvertrag Österreich-Großbritannien.</p> <p>Novelle zum Familienlastenausgleichsgesetz: Gratisschulbuch, Schülerfreifahrten.</p>	<p>„Ortstafelkonflikt“ um Aufstellung zweisprachiger Ortstafeln in Kärnten.</p> <p>Diplomatische Beziehungen Österreich-DDR, Demokratische Republik Vietnam aufgenommen.</p>	<p>Vertrag über Rüstungsbegrenzung (SALT 1).</p> <p>Staatsbesuche von US-Präsident Nixon in VR China und UdSSR.</p> <p>Vietcong-Offensive/verstärktes US-Bombardement auf Nordvietnam.</p> <p>Terroranschlag palästinensischer Freischärler während Olympiade in München.</p>
<p>1973</p> <p>ÖGB-Bundesvorstand fordert Ausweitung der Mitbestimmung (Drittelvertretung) auch für GesmbH und Genossenschaften.</p> <p>Grundsätzliche Einigung der Wirtschaftspartner über Entwurf des Arbeitsverfassungsgesetzes.</p>	<p>Weiteres Wirtschaftswachstum.</p> <p>Fusion der 4 großen verstaatlichten Stahlgesellschaften im Rahmen der ÖIAG.</p> <p>Neue Gewerbeordnung 1974 in Kraft. Wegfallen der Bedarfsprüfung.</p> <p>Einführung der Mehrwertsteuer.</p> <p>Benzinpreiserhöhung – Geschwindigkeitsbegrenzung.</p> <p>Preissteigerungsrate 7,6% (europäischer Durchschnitt 8,7%).</p>	<p>Im Aufsichtsrat der VÖEST Alpine AG zum erstenmal in Österreich Drittelvertretung der Betriebsräte.</p> <p>Neues Arbeitsverfassungsgesetz (1974 in Kraft).</p> <p>Volljährigkeitsalter auf das vollendete 19. Lebensjahr herabgesetzt.</p> <p>Passives Wahlrecht auf 21 Jahre herabgesetzt.</p> <p>Strafrechtsreform; u. a. Fristenlösung (1975 in Kraft).</p> <p>Österreich unterzeichnet UN-Menschenrechtsakte.</p>	<p>Grundvertrag zwischen BRD und DDR.</p> <p>Einsetzung der ORF-Reformkommission.</p> <p>Palästinenseranschlag in Marchegg; 3 jüdische UdSSR-Emigranten als Geiseln. Forderung: Schließung des Transitlagers Schönau; wird zugesagt – Geiseln frei.</p> <p>Österreich Mitglied des UN-Sicherheitsrats (1973/74).</p>	<p>Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) in Helsinki.</p> <p>Truppenabbaugespräche NATO – Warschauer Pakt in Wien.</p> <p>Waffenstillstand im Vietnamkrieg.</p> <p>Sturz der gewählten Regierung Allende; Chile wird Militärdiktatur.</p> <p>4. Israelisch-arabischer Krieg („Yom-Kippur-Krieg“).</p> <p>Großbritannien, Irland, Dänemark EWG-Mitglieder.</p>

Ö S T E R R E I C H

	WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG/ WIRTSCHAFTSPOLITIK	SOZIALE ENTWICKLUNG/ SOZIALPOLITIK	ALLGEMEINE POLITISCHE ENTWICKLUNG	STAATSVETRAG/ INTERNATIONALE ENTWICKLUNG/ WELTPOLITIK
1974	<p>ÖGB/AK/GEWERKSCHAFTLICHE AKTIVITÄTEN</p> <p>ÖGB-Bundesvorstand fordert Lohnfortzahlung für Arbeiter im Krankheitsfall.</p> <p>28. und 29. 9.: Arbeiterkammerwahlen: FSG 351, ÖAAB 239, FPÖ 29, GE 1, GLB = KP 10.</p>	<p>Vermögensvertrag Österreich-CSSR wird 1,2 Milliarden Schilling für österreichische Vermögenswerte zahlen.</p> <p>Verordnung über „autofreien Tag“ als Benzinsparmaßnahme.</p> <p>Schließung der Krauland-Bank wegen Zahlungsunfähigkeit: Erster Bankkrach der 2. Republik.</p>	<p>Entgeltfortzahlungsgesetz (EFZG) für Arbeiter beschlossen.</p> <p>Verbesserung von Karenzurlaubsgeld und Mutterschutz.</p> <p>Verbessertes Sozialabkommen Österreich-BRD.</p> <p>Rundfunkgesetz-Novelle beschlossen.</p>	<p>Einsetzen einer weltweiten Rezession (1. Ölkrise).</p> <p>Nach Watergate-Affäre 1973: Rücktritt von US-Präsident Nixon, Nachfolger Gerald Ford.</p> <p>In Spanien werden 10 Gewerkschaftsfunktionäre zu 12 bis 20 Jahren Kerker verurteilt.</p>
1975	<p>ÖGB-Bundesvorstand fordert Arbeiterabfertigung und 4 Wochen Mindesturlaub.</p> <p>ÖGB-Bundesvorstand fordert von Bundesregierung Maßnahmen zur Erhaltung der Vollbeschäftigung.</p> <p>15. bis 19. 9.: 8. Bundeskongress des ÖGB.</p>	<p>Bildung der „Vereinigten Edelmetallwerke AG“ (= Änderung des ÖIAG-Gesetzes).</p> <p>Absatzschwierigkeiten der Puchwerke; Kündigungen.</p> <p>„Konjunkturspritze“ der Bundesregierung für die Wirtschaft (4,4 Milliarden Schilling).</p> <p>„Zuckerskandal“ (Zucker ins Ausland verschoben).</p>	<p>4. 10.: Nationalratswahlen – Ergebnis: SPÖ 93, ÖVP 80, FPÖ 10; SPÖ-Alleinregierung Kreisly III.</p> <p>Parteiengesetz. Terroranschlag auf Wiener OPEC-Sitz; 2 Tote.</p> <p>Türkischer Botschafter in Wien ermordet.</p> <p>Konferenz zur Lösung des Zypermproblems in Wien.</p> <p>In UdSSR werden ca. 10.000 politische Häftlinge vermutet.</p>	<p>Treffen von 200 führenden europäischen Gewerkschaftern aus Ost und West in Genf fordert Humanisierung der Arbeitswelt.</p> <p>USA kündigt Mitgliedschaft bei der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO/IAO).</p> <p>Konflikt der argentinischen Gewerkschaften mit Staatspräsident Perón.</p> <p>Tod Francos; unter König Juan Carlos Beginn der Demokratisierung in Spanien.</p>
1976	<p>Einigung der Wirtschaftspartner über die neue Marktordnung.</p> <p>ÖGB nun auch im Getreide- und Milchwirtschaftsfonds vertreten.</p> <p>1. Sitzung der neuen Industriekommission im Bundeskanzleramt.</p> <p>Neues Marktordnungsgesetz.</p> <p>Teuerungsrate 7,3%.</p>	<p>Rezeession</p> <p>Erhöhung der Mehrwertsteuer auf 18%.</p> <p>Staatliche Preis- und Tarifierhöbungen (unter anderen Bundesbahnen, Stempelgebühren, Zigaretten).</p>	<p>Einführung der 40-Stunden-Woche.</p> <p>Lohnfortzahlung im Krankheitsfall für Heimarbeiter.</p> <p>Novelle zum Bäckereiarbeitergesetz (kein Nachtbackverbot mehr, verkürzte Nettoarbeitszeit).</p> <p>Neues Lebensmittelgesetz.</p> <p>Familienrechtsreform (rechtliche Gleichstellung der Frau in der Ehe, 1976 in Kraft).</p> <p>Bürgerkrieg im Libanon.</p>	<p>I. Konferenz der bedeutendsten spanischen Untergrundgewerkschaft UGT nach 34 Jahren auf spanischem Boden.</p> <p>Friedensdemonstrationen irischer Frauen.</p> <p>Tod Mao Tse-Tungs; teilweise Änderung der chinesischen Politik.</p>
		<p>32. ASVG-Novelle = Verbesserungen bei Arbeitslosengeld und Karenzurlaubsgeld.</p> <p>Urlaubsgesetz (Vereinheitlichung des Urlaubsrechts, Pflegefreistellung) in Kraft.</p>	<p>Rohbau des UNO-Konferenzgebäudes fertiggestellt.</p> <p>Einsturz der Wiener Reichsbrücke.</p> <p>Volksgruppengesetz; Proteste Jugoslawiens; Sprengstoffanschläge in Kärnten.</p>	

Ö S T E R R E I C H

ÖGB / AK / GEWERKSCHAFTLICHE AKTIVITÄTEN	WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG / WIRTSCHAFTSPOLITIK	SOZIALE ENTWICKLUNG / SOZIALPOLITIK	ALLGEMEINE POLITISCHE ENTWICKLUNG	STAATSVETRAG / INTERNATIONALE ENTWICKLUNG / WELTPOLITIK
<p>General-KV ÖGB-Bundeskommission zu Teilen des neuen Urlaubsgesetzes abgeschlossen.</p> <p>„Wirtschaftliches Maßnahmenpaket“ der Bundesregierung u. a. „Luxussteuer“, „Lkw-Steuer“ bekanntgegeben.</p> <p>Freihandel Zwischen EWG- und EFTA-Staaten in Kraft.</p> <p>Hohes Außenhandelsdefizit (73 Milliarden Schilling).</p> <p>Seit 1973: Zuwachs des BNP 2,7% (= überdurchschnittlich).</p>	<p>Neutralitätswidriges Waffengeschäft mit Syrien aufgefliegen; Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses.</p> <p>Rücktritt von Verteidigungsminister Lütgendorfer.</p>	<p>Regierungsumbildung.</p> <p>Volksanwaltschaftsgesetz (auf 6 Jahre befristet).</p> <p>Verstärkter bewaffneter Widerstand gegen die Regierungspolitik in El Salvador.</p> <p>1. freie Wahlen in Spanien seit 1936 (zur verfassungsgebenden Versammlung).</p>	<p>2. Ost-West-Treffen europäischer Gewerkschaften in Genf.</p> <p>Jimmy Carter neuer US-Präsident.</p> <p>KPD-SU-Generalsekretär Breschnew wird auch UdSSR-Staatsoberhaupt.</p> <p>M. Begin wird israelischer Ministerpräsident.</p> <p>KSZE-Folgetreffen in Belgrad.</p>	<p>Jugendkonferenz des EGB in Wien. Es geht vor allem um das Problem der wachsenden Jugendarbeitslosigkeit.</p> <p>Aktionstag des EGB für die Wiederherstellung der Vollbeschäftigung.</p> <p>UNO-Rede Kreiskys für Anerkennung der PLO.</p> <p>Friedensvertrag Ägypten-Israel.</p> <p>Sturz des Schah-Regimes; Iran „Islamische Republik“.</p> <p>Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan.</p> <p>Sturz der Somoza-Diktatur in Nicaragua.</p> <p>Militärdiktatur in El Salvador; Ausweitung des Bürgerkriegs.</p>
<p>ÖGB fordert als politischen Schwerpunkt Sicherung der Vollbeschäftigung.</p> <p>ÖGB-Bundesvorstand strebt eine Lohnsteueranpassung für 1979 an.</p> <p>ÖGB tritt für die Nutzung des Atomstroms in Österreich ein.</p>	<p>Fusion von 14 bisher unabhängigen Konsumentenschaften zum „Konsum Österreich“.</p> <p>Insolvenzrechtsänderungsgesetz soll vorschnelle Liquidationen unterbinden und notwendige Konkursverfahren beschleunigen.</p>	<p>Berufsausbildungsgesetznovelle bringt Verbesserung für Berufsausbildung.</p> <p>Verhandlungen über Lohnsteueranpassung erfolgreich abgeschlossen.</p>	<p>„Zwentendorf-Volksabstimmung“: Knappe Ablehnung der Inbetriebnahme des Kernkraftwerks.</p> <p>Krieg Vietnam-Kambodscha.</p> <p>Militärische Besetzung des Südlibanon durch Israel.</p>	<p>6. 5.: Nationalratswahlen – Ergebnis: SPÖ 95, ÖVP 77, FPÖ 11, SPÖ-Alleinregierung Kreisky IV.</p> <p>Eröffnung der UNO-City; Wien 3.</p> <p>Aufhebung der Visumpflicht mit Ungarn.</p>
<p>10. und 11. 6.: Arbeiterkammerwahlen; FSG 534, ÖAAB 252, FPÖ 20, GLB = KP 4.</p> <p>ÖGB-Bundesvorstand fordert Aufbau neuer Produktionen, Sicherung der Energieversorgung, umfassende Sozialgerichtsbarkeit.</p> <p>10. bis 14. 9.: 9. Bundeskongress des ÖGB.</p>	<p>3. EGB-Kongress fordert Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Arbeitszeitverkürzung um 10% bei vollem Lohnausgleich.</p>	<p>Gesetz über Abfertigungsanspruch (Arbeiter und Angestellte gleichgestellt).</p> <p>Gleichbehandlungsgesetz (gegen Frauen Diskriminierung bei Entgeltfortzahlung).</p> <p>Konsumentenschutzgesetz.</p> <p>Welthandelskonferenz in Manila.</p> <p>Britische Regierung schränkt Gewerkschaftsrechte ein.</p>	<p>Breschnew und Carter unterzeichnen in Wien SALT-II-Abkommen.</p> <p>Nachrüstungsbeschluss der NATO.</p>	

1977

1978

1979

Ö S T E R R E I C H

ÖGB / AK / GEWERKSCHAFTLICHE AKTIVITÄTEN	WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG / WIRTSCHAFTSPOLITIK	SOZIALE ENTWICKLUNG / SOZIALPOLITIK	ALLGEMEINE POLITISCHE ENTWICKLUNG	STAATSVETRAG / INTERNATIONALE ENTWICKLUNG / WELTPOLITIK
<p>1980</p> <p>ÖGB-Bundesvorstand fordert Maßnahmen gegen internationalen Inflationsdruck und Steigerung der Verbraucherpreise.</p> <p>ÖGB-Steuerkommission arbeitet an Vorschlägen für eine umfassende Steuerreform.</p>	<p>GmbH-Recht novelliert.</p> <p>Gewerberechtsgesetz novelliert.</p> <p>Österreich neben der Schweiz und BRD preisstabilstes westliches Industrieland.</p> <p>Leistungsbilanzdefizit.</p>	<p>Novelle zum GmbH-Gesetz regelt u. a. Arbeitnehmermitbestimmung neu.</p> <p>Arbeitslosenrate unter 2%.</p> <p>Weltweite „Friedensbewegung“ gegen Rüstungsspirale.</p> <p>Militärische Befreiungsaktion für US-Geiseln in Teheran scheitert.</p>	<p>R. Kirchschräger zum Bundespräsidenten wiedergewählt.</p> <p>Endgültige Entscheidung der Bundesregierung gegen Panzerverkauf an die chilenische Diktatur.</p> <p>Tod des jugoslawischen Staatspräsidenten Tito.</p> <p>KSZE-Folgetreffen in Madrid.</p>	<p>Gründung der polnischen unabhängigen Gewerkschaft Solidarnosc; Regierung muß Streikrecht garantieren.</p> <p>Sozialminister Weissenberg wird IAO-Präsident.</p> <p>Wiedereintritt der USA in die IAO.</p> <p>Militär übernimmt in der Türkei die Macht.</p>
<p>1981</p> <p>ÖGB-Bundesvorstand fordert Festhalten an Hartwährungspolitik zur Absicherung des Realeinkommens der Arbeitnehmer.</p> <p>ÖGB und AK gegen Benzinpreisfreigabe.</p> <p>ÖGB bekämpft sich zur Fortsetzung der Wirtschaftspartnerschaft.</p> <p>ÖGB-Präsident Benya fordert international abgestimmte Politik der Arbeitszeitverkürzung unter Berücksichtigung der nationalen Besonderheiten.</p>	<p>Angespannte Budgetsituation.</p> <p>Freigabe des Benzinpreises.</p> <p>Verstärkte Auswirkung der Weltwirtschaftskrise auf Österreich.</p> <p>Schwierige Situation der Bauwirtschaft.</p>	<p>Nachtschicht-Schwerarbeitsgesetz.</p> <p>Sozialversicherungsabkommen Österreich-Griechenland.</p> <p>Sozialenzyklika Johannes Pauls II. „Laborem exercens“.</p> <p>2. IBFG-Weltjugendtreffen in Sevilla. Schlußreferat Bundeskanzler Kreisky.</p> <p>Beschäftigungsprogramme der Bundesregierung.</p> <p>Novelle zum Kinder- und Jugendlichenbeschäftigungsgesetz.</p>	<p>Korruptionsaffäre beim Bau des Allgemeinen Krankenhauses in Wien („AKH-Skandal“).</p> <p>Neues Mediengesetz.</p> <p>1. Solidarnosc-Kongreß in Danzig.</p> <p>Militärdiktatur in Polen: Todesstrafe für Streik in Schlüsselbetrieben, Ausnahmezustand.</p> <p>„WBO-Skandal“ um Veruntreuung von Genossenschaftsgeldern.</p> <p>EGB macht restriktiven Wirtschaftskurs der meisten europäischen Regierungen für Zunahme der Arbeitslosigkeit verantwortlich.</p>	<p>Neuer US-Präsident Ronald Reagan; rechts-konservatives Programm.</p> <p>AFL-CIO-Großdemonstration gegen die Wirtschafts- und Sozialpolitik von US-Präsident Reagan.</p> <p>30. 11.: Beginn der Abrüstungsgespräche in Genf USA-UdSSR.</p> <p>Wiedereintritt von AFL-CIO in den IBFG.</p> <p>Proteste gegen Kriegsrecht in Polen.</p> <p>Bürgerkrieg im Libanon/Einmarsch der israelischen Truppen.</p> <p>Militärdiktatur in Chile vor wirtschaftlichem Bankrott.</p> <p>„Falklandkrieg“ Argentinien-England.</p> <p>In 24 OECD-Staaten 30 Millionen Arbeitslose.</p>
<p>1982</p>				

<p>ÖGB / AK / GEWERKSCHAFTLICHE AKTIVITÄTEN</p>	<p>WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG / WIRTSCHAFTSPOLITIK</p>	<p>SOZIALE ENTWICKLUNG / SOZIALPOLITIK</p>	<p>ALLGEMEINE POLITISCHE ENTWICKLUNG</p>	<p>STAATSVERTRAG / INTERNATIONALE ENTWICKLUNG / WELTPOLITIK</p>
<p>Die 1. Bundesarbeitsstagung für Jugendvertrauensräte fordert unter anderem: besseren Kündigungsschutz, Errichtung von Zentraljugendvertrauensräten in Unternehmen mit mehreren Betriebsstätten.</p>	<p>Durchführung der zweiten Etappe der Lohnsteueranpassung.</p> <p>Studien des Wissenschaftsministeriums belegt die Benachteiligung von Frauen im Berufsleben.</p>	<p>Etappenweise Verlängerung des Mindesturlaubs von 4 auf 5 Wochen.</p>	<p>24. 4.: Nationalratswahlen – Ergebnis: SPÖ 90, ÖVP 81, FPÖ 12; Rücktritt von Bundeskanzler Kreisky, Kleine Koalition SPÖ-FPÖ unter Fred Sinowatz/SPÖ (Bundeskanzler) und Norbert Steger/FPÖ (Vizekanzler).</p> <p>Viertägiger Besuch Papst Johannes Pauls II.</p> <p>Neonazi-Prozess im Wiener Straflandesgericht; Verurteilung aller Angeklagten.</p>	<p>Wegen „Nachrüstungsbeschluss“ der NATO Abbruch der Abrüstungsverhandlungen durch UdSSR.</p> <p>11. 5.: Mit dem ersten „Tag des nationalen Protests“ beginnen regelmäßige Protestaktionen der chilenischen Bevölkerung gegen die Diktatur Pinochet.</p> <p>Der Vorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes beschließt Kampf für die 35-Stunden-Woche.</p> <p>Militärische Intervention Frankreichs im Bürgerkrieg in seiner ehemaligen afrikanischen Kolonie Tschad.</p> <p>Ermordung des Oppositionsführers Aquino auf den Philippinen löst Protestwelle gegen Marcos-Diktatur aus.</p> <p>Nach Niederlage in Falklandkrieg Sturz der Militärdiktatur in Argentinien.</p> <p>Ausweitung der internationalen Stahlkrise.</p>
<p>3. bis 7. 10.: 10. Bundeskongress des ÖGB, Frauen- und Jugendvertreter sowie Leitende Sekretäre erhalten Stimmrecht im Bundesvorstand.</p>	<p>Neuerliches Beschäftigungsprogramm der Bundesregierung soll das Ansteigen der Arbeitslosigkeit verlangsamen.</p> <p>Verbesserte gesetzliche Grundlage für den betriebsärztlichen Dienst beschlossen.</p> <p>Arbeitslose im Jahresdurchschnitt: 4,2%.</p>	<p>Neues Arbeitsruhegesetz.</p> <p>Immer stärker werdende Diskussion um die Einführung der 35-Stunden-Woche.</p> <p>Nach Intervention des Bundeskanzlers muß das VOEST-Management die geplante Kürzung der Sozialleistungen zurücknehmen.</p>	<p>Besetzung der Karibik-Insel Grenada durch US-Truppen; Linkregierung in dem Commonwealth-Land gestürzt.</p>	<p>Konferenz für Vertrauensbildung und Abrüstung in Europa (KVAE) in Stockholm.</p> <p>Rücktritt der libanesischen Regierung nach schweren Kämpfen der Bürgerkriegsparteien; Abzug der „internationalen Friedenstruppen“ der USA und Italiens.</p> <p>Tod von J. Andropow; K. Tschernenko neuer KPdSU-Vorsitzender.</p> <p>Schwerpunktstreiks des DGB für die 35-Stunden-Woche; in der deutschen Metallindustrie 38,5 Stunden erreicht.</p>
<p>Resolution des ÖGB-Bundesvorstands für den umweltschonenden Bau des Donaukraftwerks Hainburg (gegen die Stimmen der KP-Fraktion und der GE).</p>	<p>Mit Hilfe eines „Maßnahmenpakets“ will die Regierung den budgetären Handlungsspielraum erhalten und die Konjunktur ankurbeln.</p> <p>Gemeinsames Sonderförderungsprogramm des Bundes und des Landes Oberösterreich für die wirtschaftliche Sanierung der Krisenregion Steyr.</p>	<p>Feiern zum Gedenkjahr „175 Jahre Tiroler Freiheitskampf“. Dabei laut werdende Forderungen nach einem „einigen Tirol“ führen zu scharfen verbalen Reaktionen des italienischen Außenministers.</p> <p>Einleitung einer gerichtlichen Untersuchung gegen den ehemaligen Finanzminister Androsch wegen Verdachts der Steuerhinterziehung.</p>		

Ö S T E R R E I C H

ÖGB / AK / GEWERKSCHAFTLICHE AKTIVITÄTEN	WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG / WIRTSCHAFTSPOLITIK	SOZIALE ENTWICKLUNG / SOZIALPOLITIK	ALLGEMEINE POLITISCHE ENTWICKLUNG	STAATSVETRAG / INTERNATIONALE ENTWICKLUNG / WELTPOLITIK
<p>12. 12.: Das ÖGB-Präsidium stellt fest, daß es in der Verhinderung des Baubeginns für das DKW Hainburg durch Umweltschützer einen Rechtsbruch sieht.</p>	<p>Das Waldsterben durch sauren Regen nimmt bedrohliche Ausmaße an.</p>	<p>Arbeitslosenrate im Jahresdurchschnitt 4,5%.</p>	<p>Staatsbesuch von Bundespräsident Kirchschiäger in den USA.</p> <p>Umweltschützer besetzen die Donau bei Hainburg, um den dort geplanten Bau eines Donaukraftwerks zu verhindern.</p>	<p>Neue Großoffensive des Iran im „Golfkrieg“ mit dem Irak.</p> <p>Ermordung der indischen Ministerpräsidentin Indira Gandhi durch Anhänger der Sikh-Religion (deren Heiligtum nach Unruhen von Regierungstruppen gestürmt wurde).</p>
<p>16./17. 4.: ÖGB-Symposium über die Zukunft der Arbeit und die Zukunft der Gewerkschaften anlässlich des 40. Jahrestags der ÖGB-Gründung.</p> <p>Große Mitgliederbefragung des ÖGB unter dem Motto „Forderungen an die Zukunft“.</p>	<p>Sommer: „Glykol-Skandal“ wird bekannt; zirka 1000 österreichische Weinsorten wurden mit dem Frostschutzmittel Diäthylenglykol „verbessert“. Großer Schaden für den Weinexport.</p> <p>Nach halbjähriger Tätigkeit spricht sich eine Expertenkommission gegen den Bau des geplanten Donaukraftwerks am umstrittenen Standort Hainburg aus.</p> <p>26. 11.: Rücktritt des VOEST-Vorstands nach Bekanntwerden eines Rekordverlusts des verstaatlichten Konzerns von 5,7 Milliarden Schilling.</p>	<p>Pensionsreform (40. ASVG-Novelle). Ziel ist Sicherung des Pensionssystems auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ohne Sozialabbau.</p> <p>Arbeitslosenrate im Jahresdurchschnitt 4,8%.</p>	<p>Der vorzeitig aus italienischer Haft entlassene und nach Österreich abgeschobene ehemalige SS-Sturmabführer Walter Reder wird von Verteidigungsminister Frischenschlager (FPÖ) per Handschlag begrüßt; daraufhin heftige Proteste.</p> <p>Abüstungsgespräche USA-UdSSR beim Außenministertreffen in Wien zur Feier der 30. Wiederkehr der Unterzeichnung des Staatsvertrags.</p> <p>Große Spendenaktion zur Linderung der Hungersnot in Afrika, vor allem in Äthiopien und den anderen Staaten der von Dürre heimgesuchten Sahel-Zone. Erst ein Fernsehbericht weckt Hilfsbereitschaft, der Katastrophenalarm der äthiopischen Regierung ist ignoriert worden.</p>	<p>5. 3.: Ende des fast einjährigen britischen Bergarbeiterstreiks gegen Stilllegung von staatlichen Kohlenrevieren; Niederlage der Gewerkschaft.</p> <p>Israelischer Luftangriff auf das Hauptquartier der Palästinensischen Befreiungsorganisation in Tunis.</p> <p>Michail Gorbatschow wird neuer Generalsekretär der KPdSU. Kündigt Entspannungspolitik und Modernisierung der UdSSR an, später auch Demokratisierung.</p> <p>Wiederaufnahme der Abrüstungsverhandlungen.</p> <p>Erstes Treffen Reagan-Gorbatschow in Genf signalisiert Fortschritt in der Entspannungspolitik.</p>
<p>Das ÖGB-Präsidium lehnt pauschale Angriffe gegen die Verstaatlichte Industrie ab.</p>	<p>Sanierungsmaßnahmen für die Verstaatlichte Industrie: mehr Kompetenz für die Dachorganisation – statt ÖIAG „Österreichische“.</p>	<p>Medienkampagne gegen das Sozialversicherungs- und Sozialhilfesystem unter dem Schlagwort „Sozialschmarotzer“.</p>	<p>Präsidentenwahlkampf. Dem Kandidaten Kurt Waldheim wird vorgeworfen, in seiner Biographie über die Zeit des Zweiten Weltkriegs falsche Angaben gemacht zu haben.</p>	<p>EG-Beitritt Spaniens und Portugals.</p> <p>Ermordung des schwedischen Ministerpräsidenten Olof Palme.</p>

1984

1985

1986

Ö S T E R R E I C H

ÖGB / AK / GEWERKSCHAFTLICHE AKTIVITÄTEN	WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG / WIRTSCHAFTSPOLITIK	SOZIALE ENTWICKLUNG / SOZIALPOLITIK	ALLGEMEINE POLITISCHE ENTWICKLUNG	STAATSVERTRAG / INTERNATIONALE ENTWICKLUNG / WELTPOLITIK
<p>Telegramm des ÖGB an den südafrikanischen Präsidenten: Forderung nach sofortiger Freilassung verhafteter Gewerkschafter, Ende der Apartheid, Achtung der Menschen- und Gewerkschaftsrechte.</p> <p>Von ÖGB und AK mitveranstaltetes Symposium „Umwelt und Arbeitsplätze“ in Wien.</p> <p>ÖGB-Präsident Benya fordert Lohnsteuersenkung für kleine und mittlere Einkommen.</p>	<p>sche Industrieverwaltungs AG“, Personalabbau um 9500 Beschäftigte geplant, Privatisierungsbestrebungen.</p> <p>30. 4.: Die radioaktive Wolke von Tschernobyl erreicht Österreich.</p>	<p>Einigung der Sozialpartner über eine Novellierung des Arbeitsverfassungsgesetzes.</p> <p>38- oder 38,5-Stunden-Woche für über halbe Million Arbeitnehmer durch Kollektivverträge.</p> <p>Arbeitslosenrate im Jahresdurchschnitt: 5,2%.</p>	<p>gaben gemacht zu haben. Er weist dies als Verleumdung zurück</p> <p>8. 6.: Im zweiten Wahlgang wird Kurt Waldheim zum Bundespräsidenten gewählt.</p> <p>16. 6.: Franz Vranitzky neuer Bundeskanzler der Kleinen Koalition.</p> <p>Demonstrationen gegen den Bau der Kernelemente-Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf (Bayern). Bayern verhängt Einreiseverbot gegen österreichische Demonstranten.</p> <p>15. 9.: Nach Führungswechsel in der FPÖ kündigt SPÖ Koalition auf.</p> <p>5. 11.: Nationalratswahlen – Ergebnis: SPÖ 80, ÖVP 77, FPÖ 18,</p>	<p>Sturz der Marcos-Diktatur auf den Philippinen.</p> <p>Ende der Duvalier-Diktatur auf Haiti; keine Verbesserung der politischen und sozialen Verhältnisse.</p> <p>Zahlreiche Verhaftungen von Oppositionellen in Südafrika.</p> <p>In einem AKW in Tschernobyl (Ukraine) bisher größter Kernreaktorunfall der Geschichte.</p> <p>Negative Reaktion in der Öffentlichkeit der westlichen Staaten auf die Wahl Kurt Waldheims.</p> <p>Einschränkung des Streikrechts in der BRD trotz heftiger Proteste der Gewerkschaften.</p> <p>Erster Teilabzug von sowjetischen Truppen aus Afghanistan.</p> <p>Die US-Luftwaffe bombardiert die libyschen Städte Tripolis und Bengasi unter dem Vorwand der Terroristenbekämpfung.</p> <p>„Irangate-Affäre“ in den USA: Verwicklung von Regierungskreisen in illegale Waffengeschäfte mit dem Iran und illegale militärische Unterstützung der gegen die sandinistische Regierung Nicaraguas kämpfenden „Contras“ (offizielle Unterstützung erst ab 1986).</p>

<p>ÖGB / AK / GEWERKSCHAFTLICHE AKTIVITÄTEN</p>	<p>WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG / WIRTSCHAFTSPOLITIK</p>	<p>SOZIALE ENTWICKLUNG / SOZIALPOLITIK</p>	<p>ALLGEMEINE POLITISCHE ENTWICKLUNG</p>	<p>STAATSVETRAG / INTERNATIONALE ENTWICKLUNG / WELTPOLITIK</p>
<p>ÖGB-Präsident Benya erklärt, daß der ÖGB einen Generalkollektivvertrag zur Arbeitszeitverkürzung anstrebt.</p> <p>Der ÖGB-Bundesvorstand fordert zusätzliche Beschäftigungsimpulse durch Kraftwerksbau, Bahnausbau und Umweltschutzmaßnahmen.</p> <p>5. bis 9. 10.: Bundeskongreß des ÖGB, Friedrich Verzetitsch neuer ÖGB-Präsident.</p> <p>ÖGB verlangt soziale Ausgewogenheit bei der geplanten Pensionsreform.</p> <p>Erbitterte Proteste der Belegschaft gegen den Baustopp beim Alu-Werk Ranshofen. Ebenso Protestaktionen der Arbeitnehmer an anderen Standorten der Verstaatlichten Industrie.</p>	<p>Austerity-Politik zur Budgetsänierung im Koalitionsabkommen festgelegt.</p> <p>Einigung auf Teilprivatisierung der Verstaatlichten Unternehmen; Bundeskanzler Vranitzky erklärt dies als Sanierungs-, nicht als Zerschlagungsmaßnahme.</p> <p>ÖBB-Konzept „Neue Bahn“ wird vorgestellt.</p> <p>Steuerreformplan des Finanzministers steht zur Diskussion.</p> <p>Weiterer Konjunkturabschwung.</p>	<p>Das Arbeits- und Sozialgerichtsgesetz 1985 und die Novelle zum Arbeitsverfassungsgesetz 1986 treten in Kraft: Vereinheitlichung der Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit, Verbesserung der Mitbestimmungsmöglichkeiten.</p> <p>Änderung des Pensionsversicherungsgesetzes für 1988 beschlossen.</p> <p>Arbeitslosenrate im Jahresdurchschnitt 5,6%.</p>	<p>Große Koalition SPÖ-ÖVP; Bundeskanzler Franz Vranitzky (SPÖ), Vizekanzler Alois Mock (ÖVP).</p> <p>Wie in den Jahren zuvor, Auseinandersetzungen um Ankauf und Stationierung des schwedischen Militärflugzeugs „Draaken“.</p> <p>USA setzen Waldheim als Privatperson als „Watch-List“; Einreiseverbot als „unerwünschte Person“. Diplomatische Proteste Österreichs ohne Wirkung.</p> <p>Konferenzzentrum bei der Wiener UNO-City eröffnet.</p> <p>Ministerrat beschließt Einsetzung einer Historikerkommission zur Untersuchung der Vorwürfe gegen Waldheim.</p> <p>Studenten- und Schülerstreik, auch gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau.</p> <p>In Südafrika streiken 600.000 Bergleute.</p> <p>Einigung über Friedensplan für Zentralamerika; Waffenstillstandsverhandlungen in Nicaragua, in anderen Staaten zögernde Verwirklichung.</p> <p>Harter Militäreinsatz gegen Demonstranten in den von Israel besetzten Gebieten.</p> <p>Ermittlungen gegen VOEST-Tochter wegen illegaler Waffengeschäfte mit dem Iran.</p>	<p>Neue Eskalation im Libanon-Bürgerkrieg: Kämpfe, Terroranschläge, Geiselnahmen, Blockade von Palästinensernlagern.</p> <p>Demonstrationen von Friedens- und Anti-AKW-Bewegungen in Westeuropa.</p> <p>Bürgerrechtsdemonstrationen und Jugendproteste in osteuropäischen Staaten und UdSSR.</p> <p>Schülerstreik in Spanien.</p> <p>Brasilien stellt Zinsrückzahlung an ausländische Banken ein. Bedrohliches Ausmaß der Verschuldung der „Dritten Welt“; Gefahr der weiteren Verarmung durch politische Auflöserung des Internationalen Währungsfonds für Umschuldung. Gefahr für internationales Währungssystem.</p> <p>Eskalation im Golfkrieg. Angriffe auf Öltanker. US-Geleitschutz für kuwaitische Schiffe.</p> <p>19. 10.: „Schwarzer Montag“ – dramatischer Kurssturz an den Börsen in aller Welt.</p> <p>8. 12.: Bei Gipfeltreffen Gorbatschow-Reagan Unterzeichnung von Vertrag über Abbau aller atomaren Mittelstreckenwaffen.</p>

Ö S T E R R E I C H

ÖGB / AK / GEWERKSCHAFTLICHE AKTIVITÄTEN	WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG / WIRTSCHAFTSPOLITIK	SOZIALE ENTWICKLUNG / SOZIALPOLITIK	ALLGEMEINE POLITISCHE ENTWICKLUNG	STAATSVETRAG / INTERNATIONALE ENTWICKLUNG / WELTPOLITIK
<p>1988</p> <p>ÖGB-Bundesvorstand fordert verlängerte Berufsschulzeiten und verstärkte EDV-Ausbildung.</p> <p>Erstmals Branchenkonferenzen des ÖGB.</p> <p>2. 12.: Mag. Heinz Vogler wird zum neuen AK-Präsidenten gewählt.</p> <p>8. 2.: Die ÖGB-Illustrierte „Solidarität“ wird in Zukunft auf Recyclingpapier gedruckt.</p> <p>Europa-Memorandum des ÖGB.</p>	<p>Einsetzender Wirtschaftsaufschwung. Wachstumrate 4,2%.</p> <p>Österreichische Warenexporte steigen um 9,5%.</p> <p>Der neue Innovations- und Technologiefonds (ITF) vergibt Fördermittel in der Höhe von über einer halben Milliarde Schilling.</p> <p>Neues Marktordnungsgesetz wird beschlossen.</p>	<p>38- bzw. 38,5-Stunden-Woche für über 1 Million Arbeitnehmer durch Kollektivverträge.</p> <p>Gesetz über Regelung der Leiharbeit (Arbeitskräfteüberlassungsgesetz).</p> <p>Arbeitslosenrate sinkt auf 5,3%.</p> <p>Verlängerte Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes in Krisenregionen.</p> <p>Sozialpartnerschaftliche Einigung über Flexibilisierung der Ladenöffnungszeiten.</p>	<p>Gedenkjahr 1938-1988</p> <p>Bericht der internationalen Historikerkommission zur Causa Waldheim.</p> <p>12. 4.: Wechsel an der Spitze der SPÖ; Franz Vranitzky wird neuer Vorsitzender.</p> <p>9. 6.: Regelung der Kärntner Minderheitenschulfrage.</p>	<p>27. 4.: Gipfeltreffen Gorbatschow-Reagan: Der IWF-Vertrag tritt in Kraft.</p> <p>20. 8.: Waffenstillstand im Golfkrieg Irak-Iran.</p> <p>Präsidentenwahlen in Frankreich: Mitterand wiedergewählt.</p> <p>Präsidentenwahlen in den USA: George Bush gewinnt gegen Michael Dukakis.</p>
<p>1989</p> <p>19. 1.: Gipfelkonferenz der EFTA-Gewerkschaften in Wien zur weiteren europäischen Integration.</p> <p>11./12. 6.: Arbeiterkammerwahlen. Mandatsverteilung: FSG 510, ÖAAB 258, FPÖ 63, GLB 4, GE 5.</p> <p>14. 7.: Der Österreichische Arbeiterkammertag beschließt, die bewährte Arbeitsteilung zwischen ÖGB und AK weiterhin beizubehalten.</p> <p>4. 11.: ÖGB-Jugendkongress fordert 35-Stunden-Woche auch für Lehrlinge.</p> <p>7. 12.: Die Präsidenten des ÖGB und der AK wenden sich scharf gegen eine „Ausländer-raus-Politik“.</p> <p>Branchenkonferenzen des ÖGB zu den Bereichen Gewerbe, Industrie, Öffentlicher Dienst und Medien.</p>	<p>Bestes Bilanzergebnis in der Geschichte der ÖIAG.</p> <p>17. 7.: Österreich stellt Antrag auf Mitgliedschaft in der EG.</p>	<p>1. 1.: Lohnsteuerreform bringt unselbstständig Beschäftigten über 18 Milliarden Schilling Steuerersparnis.</p> <p>Arbeitslosenrate sinkt auf 5%.</p> <p>Novelle zum Arbeitslosenversicherungs- und Ausländerbeschäftigungsgesetz.</p>	<p>Parlamentarische Untersuchungsausschüsse: Lucona; Milchwirtschaftsfonds.</p> <p>19. 5.: Josef Riegler wird neuer Bundesparteiohmann der ÖVP.</p>	<p>Die „Kreisky-Kommission“ legt in Paris ihren Bericht zur europäischen Beschäftigungspolitik vor.</p> <p>17. 4.: Landesweite Zulassung der polnischen Gewerkschaft Solidarnosc.</p> <p>April: Einführung der 40-Stunden-Woche in Japan.</p> <p>9. 11.: Öffnung der Berliner Mauer</p> <p>Demokratisierungsbewegungen in ganz Osteuropa.</p> <p>21. 11.: Japanische Gewerkschaften gründen den einheitlichen Dachverband Shin-Rengo, der dem IBFG beiträgt.</p>

Ö S T E R R E I C H

ÖGB / AK / GEWERKSCHAFTLICHE AKTIVITÄTEN	WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG / WIRTSCHAFTSPOLITIK	SOZIALE ENTWICKLUNG / SOZIALPOLITIK	ALLGEMEINE POLITISCHE ENTWICKLUNG	STAATSVETRAG / INTERNATIONALE ENTWICKLUNG / WELTPOLITIK
<p>22. 3.: Der ÖGB-Bundesvorstand fordert in einer Resolution 10.000 Schilling Mindestlohn in allen Kollektivverträgen.</p> <p>Der ÖGB wendet sich strikt gegen Privatisierungspläne der Arbeitsvermittlung.</p> <p>13. 11.: Verabschiedung des neuen Arbeiterkammergesetzes durch den Nationalrat.</p> <p>29. 11.: Der ÖGB bekräftigt seine grundsätzlich positive Einstellung zur Entwicklung des Binnenmarktes der EG, verlangt dabei jedoch nachdrücklich die Berücksichtigung der sozialen Dimensionen.</p>	<p>Große Teile der ÖIAG werden in der Austrian Industries AG zusammengefaßt. Gang an die Börse geplant.</p> <p>Die deutsche Wiedervereinigung führt auch in Österreich zu bedeutenden Nachfrageimpulsen - 4,6% Wirtschaftswachstum.</p>	<p>Die 38- bzw. 38,5-Stunden-Woche gilt für mehr als 1,1 Millionen Arbeitnehmer.</p> <p>10. 10.: Zehn-Punkte-Memorandum an die neugewählte Bundesregierung.</p> <p>Arbeitslosenrate steigt auf 5,4%. Stand der unselbständig Beschäftigten steigt auf über 2,9 Millionen.</p> <p>Novelle zum Gleichbehandlungsgesetz sowie die Einsetzung einer Gleichbehandlungsanwältin.</p>	<p>7. 10.: Nationalratswahlen. Mandate: SPÖ 80, ÖVP 60, FPÖ 33, GAL 10.</p> <p>Bundeskanzler bleibt Dr. Franz Vranitzky, Vizekanzler Dr. Josef Riegler.</p>	<p>3. 10.: Die DDR tritt der BRD bei.</p> <p>19. 11.: In Paris unterzeichnen die Regierungschefs von NATO und Warschauer Pakt den mit massiver Abrüstung verbundenen Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa (VKSE). Ende des Kalten Krieges.</p>
<p>1. 1.: Fusion der Gewerkschaften Land-Forst-Garten und Lebens- und Genußmittelarbeiter.</p> <p>14. bis 18. 10.: 12. Bundeskongreß des ÖGB unter dem Motto „ÖGB - Mitgestalter der Zukunft“.</p> <p>Präsident Fritz Verzetnitsch wird mit überwältigender Mehrheit wiedergewählt.</p> <p>Erneute Forderung der 35-Stunden-Woche durch Generalkollektivvertrag.</p>	<p>EFTA und EG schließen Vertrag über einen einheitlichen Europäischen Wirtschaftsraum (EWR); legislative Probleme bei der Durchsetzung.</p> <p>Konjunkturabflachung; zunehmende Wirtschaftsprobleme in Osteuropa.</p> <p>3% Wirtschaftswachstum; 3,3% Inflationsrate.</p>	<p>50. ASVG-Novelle bringt die Reform der sozialen Krankenversicherung.</p> <p>Diskussion und Neuregelung bei der Alterspension.</p> <p>Arbeitslosigkeit steigt weiter: 5,8%.</p>	<p>14. bis 16. 5.: Wiener Volksbefragung zur „EXP0 95“; 65% stimmen mit Nein.</p> <p>32. Parteitag der SPÖ beschließt Umbenennung in Sozialdemokratische Partei Österreichs.</p> <p>Wirtschaftsminister Erhard Busek folgt Josef Riegler als Bundesparteiobmann der ÖVP nach.</p>	<p>17. 1.: Beginn des Golfkriegs. UNO-Truppen fügen mit der „Operation Wüstensturm“ dem Irak eine schwere Niederlage zu. Am 28. 2. werden die Kampfhandlungen eingestellt.</p> <p>1. 7.: In Prag löst sich der Warschauer Pakt offiziell auf; Bürgerkrieg in Jugoslawien; bis 6. 8. sichern bis zu 7500 Mann des österreichischen Bundesheeres fünf Wochen lang die Grenze zu Slowenien. Friedensbemühungen der EG bleiben ohne Erfolg. Neue Abrüstungsinitiative der USA.</p> <p>Gorbatschow löst die KPdSU auf.</p> <p>Zerfall der Sowjetunion in souveräne Staaten. GUS-Gründung.</p>

1990

1991

<p style="text-align: center;">ÖGB / AK / GEWERKSCHAFTLICHE AKTIVITÄTEN</p>	<p style="text-align: center;">WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG / WIRTSCHAFTSPOLITIK</p>	<p style="text-align: center;">SOZIALE ENTWICKLUNG / SOZIALPOLITIK</p>	<p style="text-align: center;">ALLGEMEINE POLITISCHE ENTWICKLUNG</p>	<p style="text-align: center;">STAATSVETRAG / INTERNATIONALE ENTWICKLUNG / WELTPOLITIK</p>
<p>1. 1.: Neues Arbeiterkammergesetz tritt in Kraft: tiefgreifende Reform der AK.</p> <p>ÖGB und Gewerkschaften beteiligen sich an der Aktion „Nachbar in Not“.</p> <p>7. 7.: Der ÖGB-Bundesvorstand betont die Notwendigkeit eines geordneten Arbeitsmarktes.</p> <p>Aktion Arbeitnehmerschutz: Arbeitnehmerschutz-Hotline des ÖGB und Öffentlichkeitsarbeit zum Thema Gesundheit und Sicherheit der Arbeitnehmer.</p> <p>23. 11.: Sozialpartner unterzeichnen Vereinbarung über neue Ziele und Gremien der Zusammenarbeit.</p>	<p>Die schwache internationale Konjunktur verursacht Konjunkturabschwung in Österreich. Währungsturbulenzen bzw. die Krise im Europäischen Währungssystem verstärken den Trend.</p> <p>Wirtschaftswachstum flacht auf 1,5% ab.</p> <p>Inflationsrate steigt um 4,1%.</p>	<p>Erhöhung der Familienbeihilfe sowie Anhebung des Bezugsalters für in Berufsausbildung stehende Personen.</p> <p>Lehrlinge erhalten freie Fahrt auf öffentlichen Verkehrsmitteln nicht nur in die Berufsschule, sondern auch zum Arbeitsplatz.</p> <p>Arbeitslosenquote erhöht sich auf 5,9%.</p>	<p>24. 5.: Thomas Klestil wird zum Bundespräsidenten gewählt.</p> <p>26. 6.: Verabschiedung eines Aufenthaltsgesetzes, das ab 1993 Zugang von Ausländern regelt.</p> <p>22. 9.: Nationalrat billigt Vertrag über Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR).</p> <p>3. 12.: Verabschiedung des Fremdingesetzes.</p>	<p>7. 2.: Unterzeichnung des Vertrags über die Europäische Union in Maastricht.</p> <p>29. 4. bis 2. 5.: Schwere soziale Unruhen zwischen Schwarzen und Sicherheitskräften in Los Angeles und anderen Städten der USA.</p> <p>18. 6.: Bush und Jelzin unterzeichnen nuklearen Abrüstungsvertrag.</p> <p>10. 7.: 4. KSZE-Folgekonferenz in Helsinki: Vereinbarung über Begrenzung der Truppenstärken in Europa wird unterzeichnet.</p> <p>3. 11.: Bill Clinton wird zum US-Präsidenten gewählt.</p>
<p>1. 4.: Der ÖGB-Bundesvorstand betont Priorität für die Wiedererlangung der Vollbeschäftigung und lehnt Sozialabbau als Mittel gegen Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit ab.</p> <p>Der ÖGB tritt für Arbeitszeitformen ein, die Arbeitnehmern eigene Gestaltung offenlassen.</p> <p>25./26. 9.: ÖGB-Jugendkongress; Motto: „Keine Grenzen im Kopf – Bewegung für Toleranz, gegen Rechtsradikalismus und Fremdenhaß“.</p> <p>27. 11.: Festakt „100 Jahre Gewerkschaftsbewegung“ im „Akzent“.</p>	<p>Wirtschaftliche Rezession in Westeuropa.</p> <p>Brutto-Inlandsprodukt schrumpft real um 0,3%.</p> <p>Inflationsrate ist mit 3,5% anhaltend hoch.</p> <p>In der Metallindustrie wird „Öffnungsklausel“ vereinbart.</p> <p>Konjunkturbelebungs- und Stabilitätspakt der Regierung, Länder, Gemeinden, Nationalbank und Sozialpartner.</p>	<p>1. 7.: Neues Bundespflegegeldgesetz schließt letzte große Lücke im Sozialsystem.</p> <p>51. ASVG-Novelle: Pensionstform sichert Funktion der Pensionsversicherung.</p> <p>ArbVG-Novelle: Rechte der Arbeitnehmer bei Umstrukturierungen sowie Mitbestimmung im Konzern neu geregelt und ausgebaut.</p> <p>1. 8.: Beschäftigungssicherungsgesetz: Maßnahmen zugunsten älterer Arbeitnehmer.</p> <p>Arbeitslosenquote erreicht 6,8%.</p>	<p>Novelle des Gleichbehandlungsgesetzes: Verbesserungen für Frauen.</p> <p>10. 1.–1. 2.: Das Volksbegehren „Österreich zuerst“ bleibt weit hinter dem Ziel Jörg Haider zurück.</p> <p>4. 2.: Gründung des „Liberalen Forum“.</p> <p>23. 2.: An Kundgebungen gegen Ausländerfeindlichkeit nehmen über 400.000 Bürger teil, eine Viertelmillion am „Lichtermeer“ am Heldenplatz. Auch der ÖGB und einzelne Gewerkschaften hatten zur Teilnahme aufgerufen.</p> <p>6.12.: Angesichts der Briefbombenattentate rufen die Sozialpartner zur „Bedenkminute gegen Gewalt“ auf.</p>	<p>Freihandelszone zwischen den USA, Mexiko und Kanada (NAFTA).</p> <p>1. 2.: Beginn der Beitrittsverhandlungen Österreichs mit der EU.</p> <p>9. 9.: Eröffnung des ÖGB-Büros in der Österreichischen Mission in Brüssel.</p> <p>4. 10.: Jelzin läßt das russische Parlamentsgebäude erstürmen.</p> <p>9./10. 9.: Gegenseitige Anerkennung Israels und der PLO.</p> <p>9. 12.: ÖGB-Präsident Fritz Verzeitsch wird einstimmig zum Präsidenten des Europäischen Gewerkschaftsbundes gewählt.</p>

<p>ÖGB / AK / GEWERKSCHAFTLICHE AKTIVITÄTEN</p>	<p>WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG / WIRTSCHAFTSPOLITIK</p>	<p>SOZIALE ENTWICKLUNG / SOZIALPOLITIK</p>	<p>ALLGEMEINE POLITISCHE ENTWICKLUNG</p>	<p>STAATSVERTRAG / INTERNATIONALE ENTWICKLUNG / WELTPOLITIK</p>
<p>1994</p> <p>2./3. 10.: Arbeiterkammerwahlen. Mandatsverteilung: FSG 461, ÖAAB 236, FA 116, GE 9, Sonstige 12. Eleanora Hostasch folgt Heinz Vogler als AK-Präsidentin.</p> <p>26. 4.: Der ÖGB-Bundesvorstand empfiehlt bei der Volksabstimmung mit einem Ja für einen Beitritt zur EU zu stimmen; er fordert eine aktive Rolle Österreichs bei der Gestaltung des „Sozialraums Europa“.</p> <p>4./5. 7.: Der ÖGB-Bundesvorstand erarbeitet Organisations- und Strategiekonzept zwecks noch engerer Zusammenarbeit zwischen ÖGB und den Gewerkschaften.</p>	<p>26./27. 2.: ÖGB-Tagung „Standort Österreich“ in Brunn am Gebirge.</p> <p>Steuerreform 1994 bewirkt Verbesserungen für die unteren Einkommen.</p> <p>Österreichs Wirtschaft wieder auf Wachstumskurs.</p> <p>Brutto-Inlandsprodukt erhöht sich real um 2,7%.</p> <p>Inflationsrate sinkt auf 3%.</p>	<p>Umbau der Arbeitsmarktverwaltung: stärkere Einbindung der Sozialpartner (Arbeitsmarkt-service)</p> <p>1. 1.: Novelle zum ASVG: Reform der Sozialversicherung.</p> <p>1. 7.: Arbeitszeitgesetz-Novelle in Kraft: flexiblere Arbeitszeiten in einigen Bereichen.</p> <p>Novelle zum Arbeitsmarktförderungs-gesetz in Kraft.</p> <p>21. 10.: ÖGB-Memorandum an die neugewählte Bundesregierung.</p> <p>Arbeitslosenquote beträgt 6,5%.</p>	<p>1. 3.: Abschluß der Beitrittsverhandlungen mit der EU.</p> <p>12. 6.: 66,6% Zustimmung bei der Volksabstimmung über EU-Beitritt.</p> <p>9. 10.: Nationalratswahlen. Mandate: SPÖ 65, ÖVP 52, FPÖ 42, Grüne 13, LiF 11.</p> <p>Im Mittelpunkt der Koalitionsverhandlungen zwischen SPÖ und ÖVP steht ein umstrittenes Sparpaket.</p>	<p>6. 4.: Beginn des verheerenden Bürgerkriegs zwischen Hutu und Tutsi in Ruanda.</p> <p>4. 5.: Abkommen über palästinensische Teilautonomie.</p> <p>22. 9.: Meilenstein für die Europäische Gewerkschaftsbewegung: Der Europäische Rat beschließt die Richtlinie „über die Einsetzung eines Europäischen Betriebsrates“.</p> <p>8. 11.: Wahlsieg der Republikaner in den USA; Mehrheit in beiden Häusern des Kongresses.</p>
<p>1995</p> <p>26. 4.: Jubiläumveranstaltung „50 Jahre ÖGB“ am historischen Geburtsort Westbahnhof.</p> <p>31. 5. bis 2. 6.: 12. ÖGB-Frauenkongress; Wiederwahl Irmgard Schmidleithners.</p> <p>10./11. 6.: 24. ÖGB-Jugendkongress unter dem Motto „Wir haben Rechte!“.</p> <p>17. bis 20. 10.: 13. Bundeskongress des ÖGB unter dem Motto „Die Zukunft Österreichs gemeinsam gestalten“. Präsident Fritz Verzetnitsch wird wiedergewählt.</p>	<p>Wende im Konjunkturverlauf; Wirtschaftswachstum kommt nach Jahresmitte zum Stillstand.</p> <p>6. 7.: Der ÖGB fordert, daß bei den Maastricht-Konvergenzkriterien auch Beschäftigung und Arbeitslosigkeit berücksichtigt werden.</p> <p>Brutto-Inlandsprodukt erhöht sich real um 2,5%.</p> <p>Inflationsrate steigt um 2,2%.</p>	<p>Soziale Unausgewogenheiten im „Sparpaket 1995“ können von ÖGB und AK größtenteils verhindert bzw. gerechter gestaltet werden.</p> <p>Änderungen in den Bereichen Arbeitsmarkt, Insolvenzenentgelt-Sicherung, Familienleistungen.</p> <p>1. 7.: Verbesserungen im Mutterschutz.</p> <p>Im Herbst Änderungen im Arbeits- und Sozialrecht.</p> <p>30. 11.: Memorandum des ÖGB an die Parteien und künftige Regierung.</p> <p>Arbeitslosenquote: 6,6%.</p>	<p>5.2.: Mordanschlag auf vier Roma in Oberwart.</p> <p>4. 5.: ÖVP-Vorsitzender Wolfgang Schüssel wird neuer Vizekanzler und Außenminister.</p> <p>12. 10.: Auseinanderbrechen der SPÖ/ÖVP-Koalition wegen Konflikte um Haushaltsentwurf 1996.</p> <p>17. 12.: Vorgezogene Nationalratswahl. Mandate: SPÖ 71, ÖVP 53, F 40, LiF 10, Grüne 9.</p>	<p>1. 1.: Österreich, Schweden und Finnland werden Mitglieder der EU.</p> <p>19. 1.: Russische Truppen erobern Grosny/Tschetschenien.</p> <p>50. Jahrestag des Kriegsendes, der Befreiung vom Faschismus und der Gründung der Zweiten Republik Österreich.</p> <p>14. 12.: Unterzeichnung des Friedensabkommens von Dayton: Ende des Kriegs in Bosnien-Herzegowina.</p>

<p style="text-align: center;">ÖGB / AK / GEWERKSCHAFTLICHE AKTIVITÄTEN</p>	<p style="text-align: center;">WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG / WIRTSCHAFTSPOLITIK</p>	<p style="text-align: center;">SOZIALE ENTWICKLUNG / SOZIALPOLITIK</p>	<p style="text-align: center;">ALLGEMEINE POLITISCHE ENTWICKLUNG</p>	<p style="text-align: center;">STAATSVERTRAG / INTERNATIONALE ENTWICKLUNG / WELTPOLITIK</p>
<p>1996</p> <p>AK-Mitgliederbefragung mit sehr hoher Zustimmung: Bei einer Wahlbeteiligung von 66,6% sprechen sich 90,6% für den Weiterbestand der Arbeiterkammern aus.</p> <p>20.11.: Demonstration der Gewerkschaft MBE vor der Wirtschaftskammer: Die Arbeitgebenseite kehrt zu den KV-Verhandlungen für das Metallgewerbe zurück.</p> <p>26.11.: ÖGB-Bundesvorstand fordert, daß neue Arbeitszeitformen mit branchenweiser Flexibilisierung dem Kollektivvertrag vorbehalten bleiben müssen.</p> <p>13.12.: Gewerkschaftliche Feier „100 Jahre Kollektivvertrag“ im ÖGB-Verlag.</p>	<p>5. 2.: SPÖ und ÖVP einigen sich auf „Konsolidierungsprogramm 1996 bis 1999“; die Sanierung des Staatshaushalts soll von Beschäftigungsinitiativen flankiert werden.</p> <p>26. 9.: Der Continental-Konzern beharrt auf der Halbierung der Semperit-Produktion in Traiskirchen; Auslagerungen nach Tschechien.</p> <p>30. 10.: Ladenöffnungszeiten-Gesetz beschlossen.</p> <p>Brutto-Inlandsprodukt steigt real um drei Viertelprozent.</p> <p>Inflationsrate bleibt unter der 2%-Marke.</p>	<p>Sozialrechtliche Änderungen bei der Pensions-, Kranken-, Arbeitslosenversicherung, Familienförderung und im Steuerrecht.</p> <p>16. 2.: Zustimmung der GÖD zum „Beamtenparpaket“ der Regierung.</p> <p>20. 6.: Finanzierungspaket für die Krankenkassen.</p> <p>4. 10.: Leistungsorientierte Krankenhaushausfinanzierung beschlossen.</p> <p>Arbeitslosenquote: 7%.</p>	<p>9. 1.: Auseinandersetzungen um das geplante Kraftwerk Lambach/ÖÖ.</p> <p>20. 1.: Informationen über US-Waffenverstecke aus dem Kalten Krieg.</p> <p>11. 3.: SPÖ und ÖVP einigen sich auf Neuaufgabe der Großen Koalition.</p> <p>13. 10.: Wahlen zum EU-Parlament. Mandate: ÖVP 7, SPÖ 6, FPÖ 6, LiF 1, Grüne 1.</p>	<p>20. 3.: Beginn der BSE-Affäre.</p> <p>9. bis 12. 5.: Der 8. EGB-Kongress fordert unter dem Motto „Europa, Beschäftigung und Solidarität müssen im Mittelpunkt stehen“ ein neues Gleichgewicht zwischen wirtschaftlichen und sozialen Fragen in Europa.</p> <p>3. 7.: Wahl Boris Jelzins zum Präsidenten der Russischen Föderation.</p> <p>9. 11.: Wiederwahl Bill Clintons zum US-Präsidenten.</p> <p>26. 12.: Beginn der Streikwelle südkoreanischer Arbeiter gegen umstrittenes Arbeitsgesetz.</p>
<p>1997</p> <p>Mitgliederwerbeaktion des ÖGB (Österreich gemeinsam bewegen) bringt einen Zuwachs von 19.000 Mitgliedern.</p> <p>21.-23. 5.: 16. Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Druck und Papier („Arbeit besitzen – Arbeit teilen“)</p> <p>28. 5.: Europäischer Aktionstag für Beschäftigung in Wien (Forderungen des ÖGB werden der Bundesregierung überreicht)</p> <p>7.-10.10.: 15. Gewerkschaftstag der Chemiarbeiter („Umdenken – Gesellschaft verändern“)</p> <p>27.-31.10.: 13. Gewerkschaftstag der GÖD („Starker Partner – Sichere Zukunft“)</p> <p>10.-12.11.: 2. Gewerkschaftstag der Gewerkschaft ANG</p>	<p>Arbeitslosenrate 7,1%</p> <p>Bahn-Betriebsverfassungsgesetz</p> <p>Post-Betriebsverfassungsgesetz</p> <p>Telekom-Gesetz</p> <p>Regierungsklausur in Rust: weitere Sparmaßnahmen, Ausbildungssoffensive für Jugendliche beschlossen</p> <p>EU-Osterweiterung: ÖGB verlangt Beitrittsfahrplan (Anhebung der Sozialstandards auf EU-Niveau vor Beitritt der neuen Staaten)</p>	<p>Juli: Novellierung der Gewerbeordnung (Abbau der regulierten Gewerbe)</p> <p>Einrichtung der Semperit-Arbeitsstiftung</p> <p>Arbeitszeitgesetz-Novelle (Flexibilisierung auf kollektivvertraglicher Grundlage)</p> <p>Pensionsreform für Beamte und im ASVG-Bereich</p> <p>54. ASVG-Novelle (Einbeziehung aller Erwerbseinkommen in die Sozialversicherung)</p>	<p>28. 1.: Angelobung der Bundesregierung. Viktor Klima folgt Franz Vranitzky als neuer Bundeskanzler.</p> <p>Schilling-Volksbegehren gegen den Euro durch die FPÖ</p> <p>Frauen- und Gentechnik-Volksbegehren</p> <p>Integrationspaket (Integration hat Vorrang vor Neuzug)</p>	<p>Wahlen in Großbritannien: Wahlsieg der Labour-Party: Toni Blair wird neuer Premierminister</p> <p>Übergabe der britischen Kronkolonie Hongkong an China</p> <p>Juni: EU-Gipfel in Amsterdam (Eingliederung des Sozialprotokoll in den Vertragstext), Beschäftigungspolitik wird Aufgabengebiet der EU, Beschluss der EU-Osterweiterung</p> <p>November: Sondergipfel der EU in Luxemburg fordert nationale Aktionspläne für Beschäftigung</p> <p>Großdemonstration südkoreanischer Gewerkschafter gegen massive Beschneidung der Gewerkschaftsrechte</p>

Ö S T E R R E I C H

ÖGB / AK / GEWERKSCHAFTLICHE AKTIVITÄTEN	WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG / WIRTSCHAFTSPOLITIK	SOZIALE ENTWICKLUNG / SOZIALPOLITIK	ALLGEMEINE POLITISCHE ENTWICKLUNG	STAATSVETRAG / INTERNATIONALE ENTWICKLUNG / WELTPOLITIK
<p>1998</p> <p>Beschäftigungsgipfel des EGB in Wien</p> <p>Neuregelung des AK-Wahlrechts (Einführung der Briefwahl)</p> <p>1.5.: Gründung der FGÖ (Freie Gewerkschaft Österreich), Stärke der von der FPÖ forcierten Gewerkschaft wird die Exekutive</p> <p>27.–29.5.: 14. Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Handel-Transport-Verkehr („Ja zur Zukunft mit starken Gewerkschaften“)</p> <p>Juni: Außerordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Textil-Bekleidung-Leder (Vorbereitung der Fusion mit der Gewerkschaft Metall-Bergbau-Energie für das Jahr 2000)</p> <p>15.–19.6.: 14. Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Kunst-Medien-Freie Berufe</p> <p>9.–12. 11.: 14. Gewerkschaftstag der GPA</p> <p>25.–27. 11.: 15. Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Bau-Holz</p>	<p>Arbeitslosenrate 7,2%</p> <p>Erstellung des nationalen Aktionsplanes für Beschäftigung (NAP) – Auffangnetze für Jugendliche, Erhöhung der Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik, Anstieg der Zahl der unselbstständig Beschäftigten</p> <p>Abschluss des Konsum-Ausgleiches</p> <p>Teilprivatisierung des Telekom-Bereiches</p> <p>Verkauf der Steyr-Daimler-Puch AG an den Magna-Konzern</p>	<p>Einführung der halbjährlichen Bildungskarenz</p> <p>ÖGB fordert Verhinderung von Sozialdumping bei EU-Osterweiterung</p> <p>Gewährung der Notstandshilfe unabhängig von der Staatsbürgerschaft</p> <p>55. und 56. Novelle zum ASVG (Einführung der Chipkarte)</p> <p>Sozialrechts-Änderungsgesetz (SRÄG) bringt Begünstigung für Bezieher niedriger Pensionen</p>	<p>19. 4.: Wiederwahl von Dr. Thomas Klestil zum Bundespräsidenten</p> <p>Historikerkommission zur Aufarbeitung der Arisierung und der Zwangsarbeit in der NS-Zeit wird eingesetzt</p> <p>Affäre Rosenstingl in der FPÖ</p> <p>Österreichische EU-Präsidentschaft</p>	<p>Streik der Renault-Arbeiter aus Belgien, Frankreich und Spanien gegen Schließung des belgischen Werkes</p> <p>Herbst: Abbruch der Verhandlungen über das MAI (Multilaterales Investitionsschutzabkommen) auf Grund des Ausstieges von Frankreich</p> <p>27. September: Bundestagswahlen in Deutschland. Sieg der SPD, Rücktritt des Langzeitkanzlers Helmut Kohl, Bildung einer rot-grünen Koalition unter Gerhard Schröder</p>

Ö S T E R R E I C H

ÖGB / AK / GEWERKSCHAFTLICHE AKTIVITÄTEN	WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG / WIRTSCHAFTSPOLITIK	SOZIALE ENTWICKLUNG / SOZIALPOLITIK	ALLGEMEINE POLITISCHE ENTWICKLUNG	STAATSVETRAG / INTERNATIONALE ENTWICKLUNG / WELTPOLITIK
<p>1999</p> <p>22.-24.3.: 5. Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Hotel-Gastgewerbe-Persönlicher Dienst</p> <p>29. 5.: 26. ÖGB-Jugendkongress</p> <p>7.-11.6.: 14. Gewerkschaftstag der Gemeindebediensteten („Kommunale Dienstleistungen – Arbeit schaffen für ein soziales Europa“)</p> <p>7.-10.6.: 13. Bundesfrauenkongress des ÖGB</p> <p>20.-24.9.: 16. Gewerkschaftstag der Eisenbahner („Fortschritt durch Stärke und Einigkeit“)</p> <p>Aktion Fairness (1995 gestartet, Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten): 8.-15.9.: bundesweite ÖGB-Aktion</p> <p>6. 10.: ÖGB fordert von künftiger Regierung die Umsetzung der Aktion Fairness</p> <p>12.-15.10.: 14. Bundeskongress des ÖGB unter dem Motto „Sicherheit im Wandel“</p>	<p>Gewerkschaftsbewegung verlangsamt, die Staatsanteile der privatisierten Unternehmen aktiv als strategisches Eigentum zu nutzen</p> <p>Abbruch der WTO-Verhandlungsrunde in Seattle (fehlender Konsens über weitere Handelsliberalisierung)</p>	<p>Gewerkschaften bereiten sich auf europäische Kollektivverträge vor</p> <p>Novellierung des Bundespflegegeldgesetzes tritt in Kraft (Ausweitung des anspruchsberechtigten Personenkreises; Leistungsverbesserungen)</p> <p>Novelle zum Behinderteneinstellungsgesetz (verbessertes Kündigungsschutz) und Mutterschutzgesetz bzw. Eltern-Karenzurlaubsgesetz</p> <p>Novelle zum ArbeitnehmerInnenschutzgesetz</p> <p>Vertragsbediensteten-Reformgesetz</p>	<p>Landtagswahl in Kärnten: FPÖ erstmals in einem Bundesland stimmenstärkste Partei, Dr. Jörg Haider wird Landeshauptmann</p> <p>Wiener Linien haben am 1. Mai Vollbetrieb (durch Beschluss aus 1998)</p> <p>3. 10.: Nationalratswahlen (SPÖ 65, ÖVP 52, FPÖ 52, Grüne 14 Mandate)</p> <p>Sondierungsgespräche zwischen SPÖ und ÖVP, Auftrag des Bundespräsidenten zur Regierungsbildung und Scheitern der SPÖ-ÖVP Koalition. Anfang 2000 (Bildung einer ÖVP-FPÖ Koalition im Februar 2000, SPÖ geht in Opposition, Rücktritt von Bundeskanzler Klima, Dr. Gusenbauer wird Parteichef)</p> <p>Protestbewegung – auch im Inland – gegen neue Regierung</p>	<p>Rücktritt der Europäischen Kommission nach Betrugsaffäre, Neuordnung der EU-Finanzen bis 2006</p> <p>EU-Beschäftigungspakt in Köln bezieht Gewerkschaften in europäisches Regelungsinstrument ein</p>

Literatur:

So nicht extra anders vermerkt erhältlich über jede Buchhandlung oder den Pichler Medienvertrieb, Hirschstettner Straße 21, 1220 Wien, Tel. 01/202 60 06 DW 6830 oder Fax DW 6880

Gewerkschaftsgeschichte allgemein:

Fritz Klenner/Brigitte Pellar: Die österreichische Gewerkschaftsbewegung. Von den Anfängen bis 1999, Wien 2000

Willy Krula: Die Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung von den Anfängen bis 1945 (Skriptum GK-2)

Fritz Klenner: Die Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung in der Zweiten Republik. Teil 1: Der ÖGB 1945 bis 1955 (Skriptum GK-3a)

Franz-Josef Lackinger: Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung in der Zweiten Republik. Teil 2: Der ÖGB 1956 bis 1982 (Skriptum GK-3b)

Franz-Josef Lackinger/Thomas Lösch/Michael Niedermaier: Grundzüge der Geschichte und Politik des ÖGB in den 80er und 90er Jahren (Skriptum GK-5)

Die Skripten sind erhältlich über das Referat für Bildung, Freizeit und Kultur, Tel. 01/534 44 DW 441

Gewerkschaftsgeschichte speziell:

Peter Autengruber/Georg Pichler: 50 Jahre Gewerkschaft der Privatangestellten. Landesleitung Wien, Wien 1999 (erhältlich über GPA Wien, 01/313 93-0)

Walter Göhring: Die Gelben Gewerkschaften Österreichs in der Zwischenkriegszeit, Wien 1998 (Zweite unveränderte Auflage ebenfalls 1998)

Walter Göhring: Um Freiheit und Mitbestimmung 1892 bis 1992. Die österreichischen Angestellten und ihre Gewerkschaften, Wien 1992

Reiner Hoffmann/Emilio Gabaglio: Ein offener Prozess. 11 Versuche über den Europäischen Gewerkschaftsbund, Münster 1998

Karin Holzer: Johann Böhm. Eine Biographie, Wien 2. Auflage 1998

Ludwig Reichhold: Die Geschichte der christlichen Gewerkschaften in Österreich, Wien 1987

Heinz Renner: Die Bau- und Holzarbeiter im Wandel der Zeit von 1867 bis 1992, Wien 1992 (als Nachtrag eine Beilagebroschüre bis 1996)

Rudolf Streiter: Österreichs kommunistische Gewerkschafter in der Zweiten Republik, Wien 1989

75 Jahre Kammer für Arbeiter und Angestellte, Wien 1995

100 Jahre Gewerkschaft der Eisenbahner, Wien 1992

14. Bundeskongress:

Walter Kratzer/Sylvia Reiss/Michael Weber (Hrsg): Die Zukunft der Arbeit. Jahrbuch des ÖGB 1999, Wien 1998

Walter Kratzer/Sylvia Reiss/Michael Weber (Hrsg): Was bringt die Zukunft? Jahrbuch des ÖGB 2000, Wien 1999

Solidarität November 1999

ÖGB-Kongressmagazin

Anträge der Gewerkschaften

Anträge des Bundesvorstandes

Bildungsinfo 4/1999

Broschüren im Schubert zum 14. Bundeskongress (Arbeit statt Beschäftigung, Wirtschaft statt Herrschaft, Gemeinschaft statt Egoismus, Zukunft statt Vergangenheit, ÖGB-Kurzbericht 1995 bis 1998)

Nachlese: Homepage des ÖGB, www.oegb.or.at (Rubrik Bundeskongress)